Nr. 162. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 14. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Wahlreform in Frankreich.

Paris, 11. Juli. (Eig. Ber.)

Die Deputiertenkammer hat gestern die Wahlreform mit 339 gegen 217 Stimmen angenommen. Die radikale Opposition war schließlich in ihrem Widerstande erlahmt und als in den Artikeln 19 bis 20b die vielumstrittene „Aufteilung der Reste" geordnet worden war, gab sie die hoffnungslos gewordenen Obstruktionsmanöver auf, die nur den ersehnten Eintritt der Kammerferien verzögert hätten. So wurde das Gesetzeswerk schnell zu Ende gebracht. Es bedarf nur noch der Annahme durch den Senat, der es im Herbst zu beraten haben wird. Auf ihn setzen jetzt die Radikalen ihre letzten Hoffnungen — auf denselben Senat, dessen Abschaffung einst auf ihrem Programm gestanden hat. Der alte Clemenceau, der sich durchaus nicht an den Gedanken gewöhnen kann, politisch ausgespielt zu haben, will die Kampagne organisieren und „Väterchen" Combes wird mittun. Daß die Radikalen jetzt ihren Retter in Clemenceau sehen, der sie als Ministerpräsident „mit der Reitpeitsche" behandelt und mit der Lauge seines Hohns übergossen hat, zeigt, wie die Angst um die Mandate ihr Selbstgefühl zum Schweigen bringt. Aber schlimmer ist die politische Charakterlosigkeit, die unter dem heuchlerischen Vorwand, das angeblich bedrohte allgemeine Stimmrecht zu retten, den aus einem stockreaktionären indirekten Wahlrecht hervorgegangenen Senat anbettelt, die Selbstbestimmung der Deputiertenkammer über ihre eigene Wahl aufzuheben. Es gibt Bezirkswahlrechtler, die gern einen Konflikt zwischen Senat und Deputiertenkammer über die Reformfrage ausbrechen sehen möchten und die „Lanterne" hat schon davon gesprochen, diese vom Kongreß, den vereinigten beiden Parlamenten erledigen zu lassen. Davon ist indes keine Rede und auch auf den Konflikt werden es die Senatoren nicht ankommen lassen. Sie hätten dabei sicher einen schlechten Stand, wenn auch die Meinung Jaurès, daß sich die ganze Arbeiterklasse gegen die Clemenceausche Fronde erheben würde, wohl die Stimmung des Landes zugunsten der Reform überschätzt. Die Massen — und dies gilt von den Massen aller Klassen — haben wahrhaftig für die ihre Korruptionssümpfchen verteidigenden Bezirkswahlrechtler nichts übrig, aber andererseits ist die Reform mit ihrer so verklausulierten „proportionellen Vertretung der Minoritäten" eine viel zu komplizierte Sache, als daß sich die Wähler dafür erhitzen würden. Man kann sogar ruhig sagen, daß ihre ungeheure Mehrheit trotz der Propagandafahrten der Proporzler und der Erklärungen der reformfreundlichen Presse noch immer nicht recht weiß, um was es sich handelt. Aber das nimmt der Reform nichts von ihrer politischen Bedeutung. Stellt sie doch den redlichen Versuch dar, das Ansehen des kompromittierten Parlamentarismus und damit der republikanischen Verfassung zu heben. Darum die Leidenschaft der republikanischen Parlamentarier, soweit sie nicht in herrschsüchtiger Verblendung an die Lebenskraft des von allen Seiten unterwühlten jakobinischen Regiments glauben. Darum auch der unverhohlene Zorn der Legitimisten von der „Action Française" über die Annahme des Gesetzes.

Daß dieses zum Schluß eine stärkere Opposition gegen sich vereinigt hat, als man nach den Abstimmungen der letzten Tage annehmen mochte, ist nicht zu leugnen. Die radikale Opposition hat denn auch von Poincaré mit stürmischen Rufen die Demission gefordert — in der Tat ist die „republikanische Mehrheit" auf seiten der Reform nur bei Einrechnung der geeinigten Sozialisten und der gemäßigten Republikaner vorhanden. Poincaré hat indes die Zumutung des Rücktritts mit einer Entschiedenheit zurückgewiesen, die ein Ergebnis der ununterbrochenen parlamentarischen Niederlagen des Radikalismus ist. Indem er die Opposition zur Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung herausforderte, stellte er das parlamentarische Grundprinzip, das Recht der durch keine politischen Rechenkünste abgezirkelten Mehrheit, wieder auf die Beine. Man wird von der widersinnigen und verlogenen Konstruktion der „republikanischen Mehrheit", diesem rudimentären Gliede aus der Epoche der „Affäre" wohl nicht so bald wieder hören.

Das Hauptverdienst am Gelingen der Reform dürfen die geeinigten Sozialisten in Anspruch nehmen. Nicht nur um ihrer vorangegangenen Propaganda willen und wegen der ungeheuren Arbeit, die Genosse Groussier als Berichterstatter der Kommission mit allgemein bewundertem Scharfsinn bewältigt hat, sowie der zahllosen Interventionen besonders des Genossen Jaurès. Sondern vor allem wegen der politischen Selbstlosigkeit, womit sie den Kampf für die Reform auch dann fortsetzten, als wichtige Amendements die Schwierigkeit erhöhten, die Stärke der sozialistischen Fraktion im künftigen Haus aufrecht zu erhalten. Wir müssen uns vorbehalten, den Einfluß, den die Wahlreform auf die Wahlsituation der sozialistischen Partei haben muß, im einzelnen zu betrachten. Vorläufig sei nur darauf hingewiesen, daß die Annahme des Departements als Wahlkreis an Stelle der vorgeschlagenen größeren Kreise, die Zulassung des Apparentements und die Einführung einer Prämie die bürgerlichen Republikaner auf Kosten besonders gerade der Sozialisten zu begünstigen geeignet scheinen. Was die Sozialisten gleichwohl bewogen hat, mit aller Energie für die Reform einzutreten, ist in erster Reihe der Umstand, daß das neue System doch einen prinzipiellen Wahlkampf verspricht und die großen Interessenkämpfe an die Stelle der Demagogie und der lokalen persönlichen und Klüngelgeschäfte treten lassen wird. Und dabei muß letzten Endes eine Partei der Masseninteressen wie die sozialistische gut fahren. Die Sozialisten haben aber auch das größte Interesse an der Wiederherstellung des Ansehens der Demokratie und der Vorbeugung reaktionärer Abenteuer, die den Klassenkampf des Proletariats hemmen und verwirren müßten. Ihre weitgesteckten Ziele erlauben und gebieten ihnen, keine Politik des Tagesnutzens zu treiben.

* * *

Wir geben im folgenden die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes wieder:

Art. I. Die Mitglieder der Deputiertenkammer werden mittels des Listenskrutiniums mit Minoritätenvertretung gewählt.

Art. II. Jedes Departement bildet einen Wahlkreis.

Art. III. Jeder Wahlkreis wählt einen Deputierten für je 70 000 Einwohner französischer Staatsangehörigkeit und für einen Bruchteil über 20 000.

Art. IV. Niemand kann Kandidat in mehr als einem Wahlkreis sein.

Art. V. Die Listen werden in jedem Wahlkreis für die von mehr als 200 Wählern verbunden vorgeschlagenen Kandidatengruppen konstituiert. Eine isolierte Kandidatur wird als eine Liste für sich angesehen.

Aus dem Art. VI ist folgende Bestimmung hervorzuheben: Die Einregistrierung bei der Präfektur ist jeder Liste zu verweigern, auf der ein Kandidat figuriert, der auf einer anderen, schon registrierten Liste steht. Von Art. VIII ist der Rücktritt eines Kandidaten nur bis zum 12. Tage vor der Wahl möglich.

Art. X bestimmt das „Apparentement" folgendermaßen: „Mehrere Listen, die einem Wahlkreis angehören, können erklären, ihre Stimmen im Hinblick auf die den Resten entsprechende Zuteilung der Mandate zusammenzulegen. Diese Erklärung ist in denselben Fristen wie die Kandidaturen bei der Präfektur einzubringen".

Art. XI. An den der Wahl vorangehenden Sonntag sind die eingetragenen Listen am Tor der Wahllokale mit ihrem Titel und mit der Bezeichnung der mit ihnen im Apparentement stehenden anzuschlagen.

Art. XII. Die Stimmzettel aller Listen eines Wahlkreises sind auf Kosten der Verwaltung auf ein einziges Blatt zu drucken. Jede Liste trägt ihre, der Folge der Einreichung entsprechende Nummer, ihren Titel und gegebenenfalls die Bezeichnung der apparentierten Liste. Auf jedem Stimmzettel ist ein freier Raum zu lassen, außerdem ein weißer Stimmzettel beizufügen. Die Stimmzettel sollen von einander leicht abzutrennen sein. Jeder Wähler erhält mit seiner Wählerkarte von Amtswegen zwei Stimmblätter, sowie ein Flugblatt jeder Liste.

Art. XIIb. In jeder Gemeinde werden für jede Liste eigene Plätze von gleichem Flächeninhalt reserviert. Außerhalb dieser Plätze sind die Wahlanschläge untersagt.

Art. XIII. Jeder Wähler verfügt über soviel Stimmen, als Deputierte im Wahlkreis zu wählen sind.

Art. XV. Die den Kandidaten gegebenen Stimmen gelten sowohl individuell für sie wie für die Liste, der sie angehören.

Art. XVII und XVIII regelt den Wahlvorgang. Nach Beendigung des Skrutiniums in den Sektionen sind die Stimmzettel und das Protokoll versiegelt an den Präsidenten des Zivilgerichts des Hauptorts des Departements zu schicken. Dort werden die Umschläge vom Präsidenten unter dem Beisitz einer Kommission geöffnet, die aus drei ausgelosten Mitgliedern des Generalrats und je zwei Repräsentanten jeder Liste besteht. Die Kommission stellt die Zahl der abgegebenen Stimmen fest und die Zahl, die auf jeden Kandidaten entfallen ist. Sie stellt die Wählermasse jeder Liste auf, indem sie die von den darauf stehenden Kandidaten erhaltenen Stimmen und die der Liste zugerechneten (d. h. die der unvollständigen Stimmzettel, die einen Titel und eine Listennummer tragen) addiert. Um die Stimmenzahl jeder Liste festzustellen, dividiert die Kommission die Wählermasse dieser Liste durch die Zahl der im Wahlkreis zu wählenden Deputierten.

Art. XIX. Die Kommission bestimmt den Wahlquotienten, indem sie die Gesamtzahl der Wählenden durch die Zahl der Deputierten des Wahlkreises dividiert. Jede Liste erhält soviel Mandate, so viele mal ihre Stimmzettel den Wahlquotienten enthält. Hierauf erhält jede Listengruppe (d. h. die Apparentierten) soviel Mandate, so oft die Summe ihrer Reste den Wahlquotienten erhält.

Hierauf wird ein Sitz der Liste oder der Listengruppe zugeteilt, die die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, wofern diese Liste oder diese Listengruppe nicht schon die absolute Mehrheit der Mandate innehat. (Die „Prämie.") Bleiben noch weitere Sitze zu vergeben, sind sie nach dem Verfahren der mittleren Zahlen unter die Listengruppen und die isolierten Listen aufzuteilen.

Art. XX. Die einer Listengruppe gemeinschaftlich zugeteilten Sitze werden unter die Listen nach dem Verfahren der mittleren Zahlen aufgeteilt.

Art. XXb. Die Aufteilung nach dem Verfahren der mittleren Zahlen vollzieht sich folgendermaßen: Um das Mittel einer Liste zu erhalten, dividiert man die Zahl ihrer Stimmen durch die Zahl der ihr schon zugeteilten Sitze plus eins. Ebenso verfährt man bei einer Gruppierung von Listen. Der erste der zu erteilenden Sitze fällt der Liste oder Listengruppe zu, die das größte Mittel aufzuweisen hat. Weisen mehrere Listen oder Listengruppen gleichermaßen das größte Mittel auf, fällt der Sitz der Liste oder Listengruppe zu, die die größte Stimmenzahl erhalten hat. Auf dieselbe Art verfährt man sukzessive für jeden der andern disponiblen Sitze.

Art. XXI. Die Sitze fallen auf jeder Liste den Kandidaten zu, die die größte Stimmenzahl erhalten haben. Kommt ein Sitz mit gleichem Anrecht mehreren Listen zu, wird er dem Kandidaten zugeteilt, der die größte Stimmenzahl erhalten hat. Im Fall der Gleichheit entscheidet das Alter. Die Kandidaten können als gewählt nur dann proklamiert werden, wenn ihre Stimmenzahl entweder den Wahlquotienten oder die Hälfte der für ihre Liste abgegebenen Stimmen erreicht.

Art. XXII. Wenn die Gesamtzahl der Abstimmenden in einem Wahlkreis die Hälfte oder die Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel ein Viertel der eingeschriebenen Wähler nicht übersteigt, wird binnen 15 Tagen eine neue Wahl vorgenommen, bei der auf die Zahl der abgegebenen und gültigen Stimmen keine Rücksicht genommen wird.

Art. XXIII. Die Kandidaten, die auf jeder Liste nach den als gewählt Proklamierten kommen, werden im Fall der Vakanz einberufen, um die Deputierten dieser Liste zu ersetzen.

Eine Utopie der Konfusion.

Wir haben, und erst in der letzten Zeit wieder, das Ungeheuerliche erlebt, daß unsere Reaktionäre, statt dem Volksdrängen auf Demokratisierung des Wahlrechts, und in erster Linie des preußischen Wahlrechts, nachzugeben, den Parlamentarismus verächtlich zu machen und für eine noch empörendere Entrechtung der Volksmassen zu plädieren versucht haben. Solch beispiellos frivole Provokation wäre selbst bei unseren Junkern und Scharfmachern unbegreiflich, wollte man nicht annehmen, daß diese Gesellschaft sich sagte: die beste Deckung ist der Hieb — die beste Verteidigung des elendesten aller Wahlsysteme ist die Attacke gegen das Reichstagswahlrecht. Wobei die Herrschaften freilich dem strategischen Irrtum verfallen sind, ihre Offensivkraft für den Ernstfall ebenso zu überschätzen, wie sie die Defensivkraft des arbeitenden Volkes zu unterschätzen sich wenigstens den Anschein gegeben haben!

Das hat selbst Professor **Kurt Breysig** begriffen, ein neuerdings auch bedenklich nach dem journalistischen und „politischen" Lorbeer schielender Kulturhistoriker, der in einem seiner seltsamen Artikel im „Tag" wenigstens den lichten Moment hat, daß er die Beseitigung des Reichstagswahlrechts für den „Bürgerkrieg" erklärt. Dafür hat allerdings Herr Kurt Breysig ein anderes Korrektiv gegen das „nivellierende" gleiche Wahlrecht in Vorschlag zu bringen. Er empfiehlt wieder einmal, wie schon vor Jahr und Tag, ein Reichs-Herrenhaus, das allerdings nicht aus Erlauchten und Edeln von Geburt bestehen, sondern ein „Rat der Besten" sein soll. Wie diese Vertretung der geistigen Elite aussehen und welche Wunderdinge sie wirken würde, das schildert der Verfasser des „Stufenbaus und der Gesetze der Weltgeschichte" (mit Kleinigkeiten gibt sich, wie man sieht, dieser a. o. Professor an der Berliner Universität nicht ab) höchst anschaulich:

„Dieses Oberhaus müßte aus den in Wahrheit Ersten unseres Volkes zusammengesetzt werden: den Ersten des Geistes und den Ersten der Tat. Wie im einzelnen, soll hier, nachdem es vor zwei Jahren schon einmal an dieser Stelle geschehen ist, nicht von neuem dargelegt werden. Nur dies sei kurz in Erinnerung gebracht, daß die Stärksten der Leistenden aus allen Bezirken und Formen des handelnden und des schauenden Wirkens zusammengerufen werden müßten: alle Zweige der Volkswirtschaft, alle Arten der Staatskunst — vorzüglich auch die militärischen —, alle Gattungen des geistigen Schaffens, Forschung, redende, bildende Kunst, Glaube und Unterricht müßten durch ihre Führer vertreten sein. Fürs erste würde dadurch ein Rat der ersten Sach- und Fachverständigen unseres Landes zustande kommen, dem keines der heutigen Parlamente auch nur entfernt an Wucht der Kennerschaft und des Ansehens sich vergleichen dürfte. Aber das wäre doch nur der geringere Gewinn: viel mehr ist daran gelegen, daß aus einer Versammlung aller, in denen in starken Flammen schöpferisches Feuer glüht, Geist und Odem einer neuen, überpersönlichen Kraft brechen müßte. Es gibt ein Verstehen der Starken, der Zeugerischen untereinander, das hundert Schwerfälligkeiten und kleine Verstandesmäßigkeiten der durchschnittlichen Verständigung spielend als überflüssig beiseite schiebt, und aus solchem Verstehen muß ein Hohes, Neues, muß ein Gesamtgeist aufflammen, der mehr ist als die Summe aller Kraft der Einzelnen. Und der Stolz der so Erlesenen müßte alle Parteibildung verbieten, und die Rede müßte hier wieder ein Zaubermittel der Machtauswirkung werden. Der in jeder Stunde Stärkste unter den Starken würde die Herrschaft an sich reißen, vielleicht nur an diesem Tag, in dieser Sache: aber sie würde ihm dann auch in Wahrheit zukommen."

Wenn wir boshaft wären und an einem Tohuwabohu unsere Freude hätten, könnten wir nur wünschen, daß ein solcher „Rat der Besten" einmal zusammenträte. Er brauchte ja nicht gleich eine offizielle Institution, ein Oberhaus zu sein. Schon bei der Wahl einer solchen Körperschaft würde es den tollsten Wirrwarr geben. Denn woran wären dann die „Besten" zu erkennen? Sie müßten doch von Ihresgleichen gewählt werden! Dann aber würde jeder sich für den Besten, für den Allerbesten halten. Die verschiedenen Richtungen, Cliquen, Koterien und schließlich Individualitäten würden sich endlos befehden. Aber selbst wenn dieser Schmerz glücklich überstanden wäre: was würde werden, wenn diese offizielle Körperschaft begönne, sich über konkrete politische Fragen zu unterhalten! Wenn — wofür Herr Prof.

Brehsig geradezu zu schwärmen scheint — die unglückselige Regierung mit wechselnden Tagesmajoritäten rechnen sollte!

Die Idee des Entdeckens des Stufenbaues und der Gesetze des Universums verrät die unsägliche Unreife bestiefter Intellektuellenkreise. Sicherlich ist es richtig, daß die derzeitige Volksvertretung im allgemeinen nicht aus den besten und produktivsten Köpfen der Nation besteht. Aber sie besteht immerhin aus den Leuten, die sich am eingehendsten mit den politischen und sozialen Fragen beschäftigt haben. Und darauf kommt es in erster Linie an! Und wenn bedeutende Gelehrte, Künstler oder sonstwie „Starke" politisch etwas Besonderes zu sagen haben, so steht ihnen ja bei dem heutigen System durchaus frei, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen. Freilich darf es sich nicht um rein persönliche Schrullen und Liebhabereien handeln, denn daraufhin wird es kaum bei irgend einer Partei jemand zum Mandat bringen.

Mögen also die „Besten" doch einmal resolut den politischen Wettbewerb aufnehmen! Vielleicht wird dann bei näherer Beschäftigung mit der Politik mancher von ihnen einsehen, daß nicht arrogante geistesaristokratische Eigenbrödelei dem Kulturfortschritt frommt, sondern einzig das Zusammengehen der „Besten" mit der proletarischen Masse!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juli 1912.

Die badische Sozialdemokratie und das Budget.

Wie wir bereits gestern berichteten, hat am Freitagnachmittag die sozialdemokratische Fraktion der badischen Zweiten Kammer nach einer offiziellen Erklärung Kolbs geschlossen das Budget abgelehnt. Wie es in dieser Erklärung heißt, erfolgte die Ablehnung deshalb, weil die badische Regierung die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt, und demnach die Selbstachtung verlangt, daß die sozialdemokratische Kammerfraktion gegen diese Behandlung den schärfsten Protest erhebt.

Ausführlicher als in dieser kurzen Erklärung kommt der Standpunkt unserer Fraktion in einer von unserem Mannheimer Parteiblatt veröffentlichten Begründung zum Ausdruck. Die „Volksstimme" schreibt in Ergänzung der von Kolb namens der Fraktion abgegebenen Erklärung:

„Es gibt wohl nirgends, auch im Lager unserer politischen Gegner nicht, einen vernünftig, gerecht oder objektiv denkenden Menschen, der unter den gegebenen Verhältnissen von unserer Landtagsfraktion etwas anderes als den schärfsten Protest gegen die Regierung erwartet hätte. Und innerhalb der Sozialdemokratie selbst werden als allererste diejenigen, die die Entscheidung unserer Parlamentsfraktionen über ihr Verhalten in der Schlußabstimmung zum Gesamtbudget stets nur nach den augenblicklichen politischen Verhältnissen eingerichtet und den Fraktionen bei dieser Entscheidung volle Selbständigkeit gewahrt wissen wollen, die Ablehnung des Finanzgesetzes begrüßen.

Die badische Sozialdemokratie ist es ihrer Ehre schuldig, der Regierung gegenüber, die durch einzelne ihrer Vertreter sie auf dem letzten Landtag wiederholt auf das schwerste provoziert hatte, von jenen parlamentarischen Mitteln Gebrauch zu machen, das den Ausdruck des schärfsten Mißtrauens involviert. Unsere Fraktion war auch auf dem nun zu Ende gehenden Landtag mit bestem Erfolg bemüht, für das von ihr vertretene Arbeitsvolk in Stadt und Land möglichst viel herauszuschlagen, und manch wichtiges Gesetz konnte nur mit ihrer Zustimmung unter Dach gebracht werden. An diesem ihrem politischen Verdienst wird nichts geschmälert, wenn sie der Regierung jetzt zeigt, daß sie die brüske Mißachtung der verfassungsmäßigen Rechte jener Partei, die sich bei den letzten Wahlen mit als die größte des Landes erwiesen hat, mit aller Schärfe zurückweist und für sich und ihre Parteigenossen nachdrücklichst die Forderung absoluter Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern erhebt."

Die liberale Presse ist größtenteils mit dem Verhalten der badischen Regierung, das diese Ablehnung geradezu herausgefordert hat, nicht einverstanden. Ihr wäre es aus begreiflichen Gründen weit lieber gewesen, die Regierung hätte sich möglichst entgegenkommend gegen die sozialdemokratische Fraktion benommen und diese dadurch vor die Entscheidung gestellt, entweder trotzdem das Budget abzulehnen, oder aber dem in Magdeburg gefaßten Parteitagsbeschluß entgegenzuhandeln und dadurch erneut ernste Differenzen in unserer Partei heraufzubeschwören. Halten wir es auch für ausgeschlossen, daß unsere Genossen in der badischen Zweiten Kammer sich in Widerspruch zu dem Beschluß des Magdeburger Parteitages gesetzt hätten, so ist doch unzweifelhaft in den liberalen Parteien sehr stark mit dieser Möglichkeit gerechnet worden. Recht gerne hätten sie gesehen, wenn sich der bevorstehende Chemnitzer Parteitag gegen seinen Willen nochmals mit der Budgetfrage hätte beschäftigen müssen. Vielleicht hat man in einzelnen liberalen Kreisen sogar auf eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei gerechnet.

Deutlich kommt diese ärgerliche Stimmung in folgender Aeußerung der „Voss. Ztg." zum Ausdruck:

„Du lieber Gott, Baden ist kein großer Staat, und nicht umsonst hat die Zentrumspresse gedroht, man werde die Regierung der Herr v. Bodman angehört, mores lehren. Also hat der Ministerpräsident v. Dusch gelernt. Und er hat den Stein des Anstoßes beseitigt. Nicht nur daß er gegen die Sozialdemokratie nach berechtigten Mustern vom Leder zog; er hat es sogar glücklich dahin gebracht, daß die „Genossen" im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung das Budget verweigerten. Sie sind keine Revolutionäre, sie wollen eine Reformpartei sein; zwei ihrer Vertreter haben bei Beginn der Tagung ihre Karten beim Großherzog, beim Prinzen Max, beim Präsidenten der Kammer abgegeben. Sag', Liebchen, was willst du mehr? Aber wenn es Herr v. Dusch so haben will — oder wollen muß, kann die Partei natürlich auch gegen das Budget stimmen ....

Es handelt sich sicherlich nicht um ein Spiel mit verteilten Rollen. Aber eigentlich könnte es nicht wundernehmen, wenn Regierung und Sozialdemokratie diese Taktik verabredet hätten. Sie haben beide davon einen augenblicklichen Vorteil. Das Ministerium mitsamt Herrn v. Bodman hat eine Wand gegen den Berliner Wind errichtet. Was kann man weiter von den badischen Exzellenzen verlangen, als sie ebenfalls „sammeln"? Gegen weitere offene oder geheime Verdächtigungen, daß sie den „inneren Feind" begünstigen, sind sie jetzt gefeit. Und die Herren Kolb, Frank und Kompagnie gehen schmunzelnd und wohlgemut zum Parteitag nach Chemnitz und brauchen nicht abermals als Budgetbewilliger auf der Anklagebank zu sitzen."

„Vor zwei Jahren hat die sozialdemokratische Fraktion in Baden dem Budget zugestimmt und trotz des Lärms, der sich in den Kreisen der orthodoxen norddeutschen Genossen erhob, nicht nur gegen die Badener, sondern auch schon gegen die Bayern und Württemberger, die sich des gleichen Frevels schuldig gemacht hatten, sollten sich auf dem Offenburger Parteitag die Delegierten nahezu einmütig auf die Seite der Fraktion. Diesmal würden sie es wohl wieder tun, aber sie werden in diese Lage kaum kommen, denn es wird kein Ankläger da sein. Die badische Sozialdemokratie hatte durch ihre Zustimmung zu dem Budget mit der geheiligten Praxis, daß „diesem" Staat kein Groschen bewilligt werden dürfe, gebrochen und sich auf den Boden wirklich positiver Mitarbeit gestellt. Die Stellung zur Budgetfrage wurde aus dem Banne des Dogmas befreit und auf den allein diskutablen Boden der Beurteilung von Fall zu Fall gestellt. Auch das Diktum des Gesamtparteitages konnte an dieser veränderten Taktik der süddeutschen und speziell der badischen Genossen nichts ändern. Das zeigte auch die Tatsache, daß trotz des Geschreies über Hofgängerei die Fraktion sich nicht abhalten ließ, bei Beginn der jetzt zu Ende gehenden zweiten Session des Landtages der Pflicht — oder vielleicht richtiger — dem Brauche gesellschaftlicher Höflichkeiten zu folgen, wie er im Verkehr der Kammern untereinander und gegenüber dem Hofe nun einmal besteht.... Die Staatsmaschine wäre noch ruhiger und ungestörter gelaufen, wenn man nicht hin und wieder das Bedürfnis empfunden hätte, ob ganz freiwillig oder auf motorischen Antrieb von außen her, das sei hingestellt, von Regierungs wegen zu zeigen, daß man mit der Existenz der Sozialdemokratie zwar zu rechnen habe, sie aber doch als gleichberechtigten Faktor nicht anerkenne. Ist folcherweise der Wille zur Leistung positiver Arbeit bei der Sozialdemokratie schon nicht gefördert worden, so hat man durch planmäßige Schärfe, wie sie in einigen Reden des Staatsministers v. Dusch und neuerdings des Kultusministers Dr. Böhm zum Ausdruck kam, die Sozialdemokratie von ihrer bisherigen besonnenen, zur Mitarbeit und Mitverantwortung bereiten Haltung geradezu herauszudrängen versucht."

Ein edler Spender!

Im „Königlich Sächsischen Militärverordnungsblatt" ist zu lesen:

„Dem Kriegsministerium ist von einem unbekannten Spender aus Chemnitz, unterschrieben: „Ein treuer Staatsbürger", zum „Anschaffen von Kriegsgerät" ein Fünfmarkschein übersendet worden. Das Kriegsministerium dankt dem unbekannten Geber für die zum Ausdrucke gebrachte Gesinnung. Der Betrag ist den Einnahmen des Reiches zugeführt worden."

Viel Kriegsgerät kann man für fünf Mark freilich nicht kaufen, höchstens eine der Schnüre, mit denen bei den Haubitzen der Schuß gelöst wird. Aber die Rechnungsstellen werden den edlen Spender verwünschen, denn eine solche nicht vorhergesehene Einnahme paßt in die amtliche Rechnungsschablone nicht hinein und erfordert deshalb eine ganz besondere Arbeit.

Kieler Kommunalwahlen.

In der Marineresidenz Kiel stehen in diesem Herbst interessante Stadtverordnetenwahlen bevor. Die Stadtkollegien haben das ihnen durch das Eingemeindungsgesetz aus dem Jahre 1910 gegebene Recht voll ausgenutzt und deshalb vor längerer Zeit beschlossen, die Zahl der Stadtmandate von 36 auf 48 zu erhöhen. Dieser Beschluß hat die Zustimmung des Regierungspräsidenten gefunden. Die Erhöhung hat die Folge, daß in diesem Jahre außer den sechs turnusmäßig ausscheidenden Stadtmandaten noch zwölf weitere zu wählen sind. Im ganzen müssen also 18 gewählt werden. Freund und Feind sehen deshalb der diesjährigen Wahl mit besonderer Spannung entgegen, weil sie unter einer neuen Bezirkseinteilung stattfinden wird.

Die bürgerliche Mehrheit setzte die Bezirkswahlen an Stelle der bisher üblichen Wahlen durch die ganze Stadt, als die sozialdemokratische Stimmenzahl so gewachsen war, daß im Jahre 1908 trotz des 1200-M.-Zensus sämtliche zur Wahl stehenden Mandate der Sozialdemokratie zufielen. Die Bezirkseinteilung war, trotzdem die Bezirke ungefähr gleich viele Wähler hatten, der Sozialdemokratie so ungünstig, daß sie im Jahre 1909 von den fünf Bezirken in nur einem den Sieg errang. Das lag daran, daß in dem Bezirk Gaaden, in dem die Reichswerft und die Kruppsche Werft liegen, die Arbeiter dicht gedrängt wohnen, das, was hier überreichlich an sozialdemokratischen Stimmen ist, in den anderen Bezirken aber fehlt. Das Bürgertum jubelte. Endlich hatte es ein Mittel gefunden, um ohne offensichtliche Verschlechterung des Wahlrechtes die sozialdemokratische Gefahr zu bannen. Die Sozialdemokratie aber rüstete; hatte sie es im Laufe der Jahre fertig gebracht, den Zensus zuschanden zu wählen, durfte auch die Bezirkseinteilung auf die Dauer kein Hindernis für ihren Vormarsch sein.

Die am 1. April 1910 erfolgte Eingemeindung der Vororte Hassee, Goarden-Land, Ellerbek, Wellingdorf und Hasseldieckdamm und die eifrige Agitationsarbeit brachten der Sozialdemokratie in den folgenden Jahren den Sieg in einem weiteren Bezirk. Die Eingemeindung hatte aber auch die Wählerzahl in den einzelnen Bezirken vollständig verschoben. Der Magistrat hatte nämlich einen Teil der eingemeindeten Vororte einfach zu dem Wahlbezirke V, den anderen zum Wahlbezirk I zugeschlagen, den beiden Bezirken, in denen die sozialdemokratischen Siege erfochten waren. Diese Ungerechtigkeit wurde so groß, daß bei der Wahl im Jahre 1911 die beiden Bezirke, in denen die Sozialdemokraten die Mehrheit hat, 8030 und 8288 Wähler hatten, während die drei Bezirke mit bürgerlicher Mehrheit 5176, 5256 und 5833 Wähler zählten. Alle Anregungen der Sozialdemokratie, diese schreiende Ungerechtigkeit noch vor der Wahl des Jahres 1911 zu beseitigen, lehnte der Magistrat, dem nach der schleswig-holsteinischen Städteordnung allein das Recht zusteht, eine Aenderung der Wahlbezirke vorzunehmen, mit nichtssagenden Gründen ab. Der alleinige Grund war, wie die sozialdemokratischen Redner dem Magistrat nachwiesen, daß das Statistische Amt der Stadt trotz angestrengter Bemühungen noch keinen Weg gefunden hatte, ohne all zu krasse Wahlkreisgeometrie dem Bürgertum die Mehrheit zu sichern.

Endlich in diesem Frühjahr, erklärte der Oberbürgermeister auf eine Anfrage aus der sozialdemokratischen Fraktion, die neue Wahlkreiseinteilung sei fertig, er könne aber noch nichts Näheres darüber berichten, denn sie liege noch dem Regierungspräsidenten zur Genehmigung vor. Der Magistrat habe sich aber bei der Neueinteilung streng von gerechten Grundsätzen leiten lassen, jede Wahlkreisgeometrie sei ausgeschlossen. Erst dieser Tage hat nun der Magistrat den städtischen Kollegien die neue Bezirkseinteilung vorgelegt, trotzdem die Genehmigung des Regierungspräsidenten schon am 1. Juni erfolgt ist. Die neue Einteilung sieht nur vier Bezirke vor, und zwar im wesentlichen — mit kleinen Abänderungen — so, daß der frühere V. und I. Bezirk, die die Sozialdemokratie erobert hat, wieder zwei Bezirke bilden, den III. und IV. Bezirk, und die drei im Besitze der Bürgerlichen befindlichen Bezirke auch zwei Bezirke bilden, den I. und II. Bezirk. Mit ziemlicher Gewißheit kann gesagt werden, daß der neue III. und IV. Bezirk der Sozialdemokratie gehören werden. Um nicht auch noch den II. Bezirk zu gefährden, hat sich der Magistrat ein wenig Wahlrechtsgeometrie doch nicht verkneifen können. Die neuen Bezirke zählen nämlich Wähler: I. Bez. 8288, II. Bez. 7888, III. Bez. 8201, IV. Bez. 8187. Der Magistrat hat bei der Abgrenzung zwischen dem II. und I. Bezirk einen kunstvollen Haken in das Gebiet des II. Bezirks hineingeschlagen und dadurch das proletarische Viertel abgetrennt und zum I. Bezirk, der übrigens von Wohlhabenden bewohnt wird, geschlagen und diesen Bezirk auf Kosten des II. Bezirks verstärkt. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung für die Wahlen in diesem Herbst wird sich nun so machen: Die sozialdemokratische Fraktion ist jetzt 14 Köpfe stark, die Bürgerlichen zählen 22 Köpfe. Im Herbste scheiden 6 Bürgerliche, aber kein Sozialdemokrat aus. Zu wählen sind 18 Stadtverordnete und zwar im I. Bezirk 5, II. Bezirk 4, III. Bezirk 4 und IV. Bezirk 5. Da die Sozialdemokratie den III. und IV. Bezirk holen muß, wird sie nach der Wahl mit 23 Mann im Rathause vertreten sein, während die Bürgerlichen 25 zählen werden. Noch vor einigen Wochen sprach auf der Verbandsversammlung des Verbandes schleswig-holsteinischer Hausbesitzer einer der Drahtzieher des Kieler Bürgervereins ausschusses mit stolzer Zuversicht, daß sich das Kieler Bürgertum in dem Bezirkswahlsystem eine Einrichtung geschaffen habe, die Sozialdemokratie in Schach zu halten. Diese Zuversicht wird jetzt wohl stark erschüttert werden.

Vom 15. Juli bis 30. Juli müssen nach der schleswig-holsteinischen Städteordnung die Bürgerrollen ausliegen, aus denen die Wählerlisten hergestellt werden. Mit der Agitation für die Einsichtnahme in die Bürgerrolle beginnt die Sozialdemokratie alljährlich ihre Agitation für die Stadtverordnetenwahlen. Die Agitation wird an Lebhaftigkeit nicht hinter der früherer Jahre zurückstehen, und sie wird sich zum Ziele setzen, außer den ziemlich gewissen Mandaten noch weitere Erfolge zu erringen.

Klerus und Bergarbeiterstreik.

Daß die katholische Geistlichkeit während des Bergarbeiterstreiks in vielen Fällen offen die Partei der Grubenbesitzer ergriffen hat, den kämpfenden Bergleuten nach Streikbrecherart in den Rücken fiel, ist bekannt.

Vor dem Schöffengericht in Recklinghausen kam es kürzlich zu folgender Feststellung. Es wurde bewiesen und das Gericht hat dies im Urteil festgelegt, daß während des Bergarbeiterstreiks katholische Geistliche zu den Bäckern gegangen sind und diese aufgefordert haben, an die streikenden Bergleute kein Brot mehr zu liefern. Man muß bedenken, daß, abgesehen von den vielen der Kirche treu ergebenen Polen, zehntausende strenggläubige katholische Bergarbeiter mit im Streik standen, denen die katholische Geistlichkeit durch dieses Verfahren die Lebensmittelzufuhr abschnitt, damit die Grubenbesitzer über die kämpfenden Bergproleten zu triumphieren vermöchten.

Das Talglicht von Buttenhausen.

Es ist nun mal so, daß politische Renegaten, die ihre Ansichten mit derselben Nonchalance wechseln wie ihre schmutzigen Hemden, weder in der eigenen, noch in anderen Parteien besonders hoch eingeschätzt werden. Es ist daher auch begreiflich, daß Herr Matthias Erzberger, der einst mit den Roeren und Oppersdorff sympathisierte und die „Kölnische Volkszeitung" bekämpfte, jetzt, nachdem er zu den Bachemiten abgeschwenkt ist, von den Blättern der antikölnischen Richtung am schärfsten kritisiert wird. Bereits mehrfach hat ihn die „Köln. Korrespondenz" scharf abgeblitzt und in ihrer letzten Nummer nimmt sie sich diese Zentrumskapazität von neuem vor.

„Ein Mann, wie er", schreibt sie, „der über alles redet und über alles schreibt, durfte über dieses Thema (den Zeitungsstreit) nicht übergehen. Allerdings versteht er davon ebensowenig wie die meisten anderen Abgeordneten und Journalisten des Zentrums. Aber das ficht ihn nicht an. Es ist nicht das erste Mal, daß er über Dinge schreibt, die er nicht kapiert. Zudem bot sich ihm eine feine Gelegenheit, die Angelegenheit auf das bequemere und dabei „interessantere" persönliche Gebiet hinüber zu spielen. Herr Erzberger hatte nämlich gehört, wer der vermutliche Herausgeber der „Kölner Korrespondenz" sei und gegen ihn seine Angriffe konzentriert. Ob diese Vermutung zutrifft, darum kümmert er sich nicht, die „Kölner Korrespondenz" kennt er nicht und was die Osterkonferenz will, weiß er nicht. Trotzdem haut er mit auf den vermeintlichen Herausgeber der „Kölner Korrespondenz" los, weil es die anderen ja auch so machen. Nur mußte er sich auch hier etwas hervortun. Darum stellte er an die Bischöfe gleich die infame Forderung, sie möchten den vermutlichen Herausgeber der „Kölner Korrespondenz" aus den deutschen Diözesen und somit aus seinem Vaterlande verweisen! Er scheint sich aber an uns eklig die Finger verbrannt zu haben. Denn auf unsere Abwehr weiß er nichts zu antworten; auch die auf „Kölner" Seite so beliebte Waffe persönlicher Angriffe versagte diesmal — ein Zeichen, daß der Hieb saß!"

Jetzt versucht Herr Erzberger einen anderen Coup: er erklärt uns einfach für Zentrumsgegner, weil wir durch unsere Prinzipien angeblich die Grundlagen der Partei bekämpfen! Das ist die neueste Parole Erzbergers. Wer also mit der Osterkonferenz verlangt, das Zentrum stehe im Einklang mit den katholischen Grundsätzen, der bekämpft die Grundlagen der Partei und ist ein Zentrumsgegner, ja die Augsburger „Postzeitung" (Nummer 147, vom 3. Juli 1912), welche ebenso wie die „Kölnische Volkszeitung" den Erzbergerschen Unsinn abdruckt, fügt hinzu, die Anhänger der Osterkonferenz seien die gefährlicheren Gegner des Zentrums, gefährlicher als die anderen politischen Parteien!! Demnach wären die gefährlichsten Feinde des Zentrums diejenigen, welche sagen, das Zentrum dürfe nicht im Widerspruch mit den katholischen Grundsätzen operieren. Das darf heute ein Zentrumsabgeordneter schreiben und Zentrumsblätter dürfen es abdrucken!

Nicht ruhebedürftig.

Von dem Chef des Großen Generalstabs, General v. Moltke, hatte, wie wir gestern berichteten, die „Tägl. Rundschau" behauptet, daß er sich danach sehne, in den Ruhestand zu treten. Diese Meldung wird nunmehr in aller Form dementiert. Im Interesse der Steuerzahler ist zu begrüßen, daß kein Wechsel eintritt.

Nochmals „die ärztlichen Scharfmacher".

Von dem Rechtsanwalt Dr. Thiersch-Leipzig als Beauftragten der Herren Dr. Hartmann und Dr. Götz vom Leipziger Aerzteverband erhalten wir folgende sogen. „Berichtigung", die wir nach dem Pressegesetz vorläufig abzudrucken genötigt sind:

In Nr. 158 Ihrer Zeitung vom 10. Juli 1912 wird in einem mit der Ueberschrift „die ärztlichen Scharfmacher" versehenen Bericht über die Beleidigungsklage der Vorsitzenden des Leipziger Aerzteverbandes gegen den Redakteur Kempkens und den Dr. Baum in Köln behauptet:

Die Angeklagten wiesen nach, daß der Inhalt des betreffenden Artikels in seinem ganzen Umfang den Tatsachen entspreche: daß von seiten des Leipziger Verbandes die ärztlichen Ehrengerichte gegen die kassentreuen Aerzte mißbraucht und offen beeinflußt worden seien, daß der Leipziger Verband unter Aufwendung vieler Tausende aus seiner Kasse systematisch Kassenärzte zum Kontraktbruch verleitet habe, daß im offiziellen Organ des Leipziger Verbandes der Beschluß veröffentlicht worden sei, nicht nur keine Kassenmitglieder zu behandeln, sondern „auch keinen von den nichtversicherten Angehörigen (!) der Kassenmitglieder irgendwie (!) zu behandeln, auch nicht gegen Bezahlung und auch nicht in Notfällen", (!) Selbst Herr von Bethmann Hollweg habe demgegenüber das Wort von dem „Boykott Kranker und Sterbender" gebraucht. In Köln verhindere der Leipziger Verband die Beteiligung der dortigen Aerzte an den Fortbildungskursen der Akademie für praktische Medizin, sogar der Schulärzte, so daß der Stadt Köln jährlich ein Defizit von 70 000 bis 80 000 M. aus den Kursen, die nun nur für auswärtige Aerzte stattfinden, entstehe. Das offizielle Organ des Leipziger Verbandes habe die

Assistenzärzte der Kölner Krankenhäuser, weil dort Kassenkranke behandelt werden, aufgefordert, die Tätigkeit mit sechswöchiger Kündigung einzustellen, wobei das Blatt auf die derzeit „günstige Konjunktur (!!) des überall herrschenden Assistentenmangels“ hingewiesen habe.

Ferner:

das Gericht habe wegen der Beschuldigungen (Beeinflussung der Ehrengerichte, Verleitung zum Vertragsbruch, Verweigerung ärztlichen Beistandes in Fällen dringender Gefahr) den Nachweis für erbracht angesehen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Die Angeklagten haben weder ihre Behauptungen nachgewiesen, noch hat das Gericht den Nachweis als erbracht angesehen.

Frankreich.

Das Gesetz über die Strafbataillone abgeändert.

Paris, 11. Juli. (Eig. Ber.) Die Protestbewegung gegen die Einreihung der verurteilten Antimilitaristen in die afrikanischen Bataillone hat einen ersten, wenn auch nur halben Erfolg gehabt. In der gestrigen Kammersitzung wurde die von unseren Genossen in der Armeekommission erwirkte Bestimmung angenommen, daß die Einreihung in die Strafbataillone nur im Fall der Rückfälligkeit statthaben soll. Es ist nunmehr zu ihrer Anwendung nötig, daß die betr. jungen Leute in der Zeit von ihrem 18. bis zum 21. Lebensjahre wegen antimilitäristischer Delikte zwei Verurteilungen zu mindestens sechs Monaten erlitten haben. In der Praxis wird das wohl fast nie vorkommen. Indes werden die Sozialisten im Herbst weitere Anträge einbringen, die das Prinzip des Gesetzes selbst treffen. Mehr war bei der durch den Sessionsschluß bestimmten parlamentarischen Geschäftslage vorläufig nicht zu erreichen.

Belgien.

Der Advokat der Korruption.

Brüssel, 11. Juli. (Eig. Ber.)

Zweiter Sitzungstag der außerordentlichen Kammersession. Ein abscheulich heißer Julinachmittag. Und das belgische Parlament hält seine Sitzungen von 2—5 Uhr. . . . Im Sitzungssaal gehen die Diener herum und reichen den schwitzenden Deputierten einen erlösenden Wassertrunk. Die Damen der Gesellschaft haben sich aber trotzdem — in „entzückenden“ Sommertoiletten natürlich — zahlreich auf der reservierten Tribüne eingefunden. . . . Wäre man nicht auch in den Justizpalast gegangen, wenn ein berühmt eleganter, durch Gewandtheit bezaubernder Advokat, kurz eine „Zierde des Barreaus“ als Anwalt eines famosen Schwindlers angekündigt gewesen wäre? Im Parlament aber wurde Herrn v. Broquevilles Verteidigungsrede der klerikalen Wahlkorruption erwartet. Versichern wir gleich, daß die Damen immerhin auf ihre Kosten kamen. . . .

Herr v. Broqueville ist in der Tat ein ganz eleganter Advokat. Er sieht tadellos aus. Er gestattet sich nicht einmal die plebejische Geste, mit einem Taschentuch über die heiße Stirn zu fahren. Ein eleganter Advokat, will sagen: ein eleganter Regierungschef schwitzt einfach nicht. — Herr von Broqueville kann keine fünf Minuten sprechen, ohne daß ihm eine Flut von Zwischenrufen von der Linken entgegensaust. Zeitweise ist es nur ein Dialog, wobei die Opposition kleine Reden hält. Sanft steht der Ministerpräsident inmitten des tobenden Lärmes, erhebt die Hände zu abwehrender Gebärde, bewegt sie beschwichtigend gegen die bösen Zwischenrufer. Will sich der Sturm gar nicht beruhigen, legt Herr von Broqueville die linke Handfläche mit leis betrübter Miene auf die rechte Außenhand und schaut nachsichtig in diese ihm sichtlich unbegreifliche Aufregung. Mit gewinnendstem Charme versichert der Redner, daß er nicht die Absicht habe, der Linken „Unannehmlichkeiten“ zu sagen, obwohl man ihn so böse angegriffen . . .

Oh, ich tadele Sie nicht, ruft der Ministerpräsident dem liberalen Ankläger zu. Oder: „Sie tuen Unrecht, mir Korruption vorzuwerfen,“ sagt er sanft zu dem Sozialisten Vertrand gewendet. — Man ruft: Ihr habt offizielle Kandidaturen eingeführt. Ihr habt in Korruption und Schwindel gemacht. Ihr habt das staatliche Beamten- und Arbeiterpersonal korrumpiert! Herr von Broqueville erwidert treuherzig: Wie, Ihr werft mir Korruption vor? Habe ich nicht meine Verpflichtungen gegenüber meinem Personal eingelöst? Was wollt Ihr also von mir? Der Ministerpräsident kommt aus dem Erstaunen über die böse Opposition nicht hinaus. Man sagt ihm: die Regierung hat die Beförderungen, Gehaltserhöhungen mit rückwirkender Kraft, verschleierte Gratifikationen in unzweideutiger politischer Absicht am Vorabend der Wahl vorgenommen. In den Bureaus des Ministers wurde eine Zeitung fabriziert: „Die Bilanz des Herrn von Broqueville“ die die Beamten unter Hinweis dessen, was den Angestellten schon gewährt wurde und gewährt würde, wenn die Klerikalen siegen, auffordern, für die Regierung zu stimmen. Dieses Blatt wurde, wie der Sozialist Vinck im Senat erzählte, den Beamten portofrei zugestellt. Alle diese Begünstigungen wurden durch den klerikalen Deputierten angekündigt! Wer die Begünstigungen und Beförderungen erst nach den Wahlen zu erwarten hatte, wurde vom Minister mit Staatstelegramm noch am Vorabend der Wahlen davon verständigt. — Was antwortet auf all das Herr von Broqueville? Oh meine Herren, die beste Politik ist die der Ehrlichkeit! Das Wort zündet in für den Redner ganz unerwarteter Weise . . . Die Linke zischt auf bei dem Worte „Ehrlichkeit“ aus dem Munde des „Ministers der offiziellen Korruption“ — ausgesprochen fünf Wochen nach den famosen Wahlen, den schamlosesten an Korruption und Schwindel, die seit 1880 in Belgien „gemacht“ wurden. Ein Regen wütender Zwischenrufe prasselt auf den eleganten Advokaten der Korruption nieder, der, an die Ministerbank gelehnt, nachsichtig wartet, bis der unschöne Lärm vorüber ist . . .

Aber lassen wir die ästhetische Seite. Es stand von vornherein fest, daß Herr v. Broqueville auch die Wahlkorruption mit der gewohnten advokatischen Eleganz um nicht zu sagen Liebenswürdigkeit verteidigen werde. Wie sieht es aber mit der Beweiskraft dieser Rede, die eine Antwort auf die ungeheuerlichen Anschuldigungen des Liberalen Lemonnier und des sozialistischen Deputierten Bertrand sein sollte, die Punkt um Punkt die offizielle Korruption vorführten, die Herr v. Broqueville unterstützt von seinen Kollegen im Finanz-, Kunst- und Justizministerium, vor den Wahlen in so ungenierter Weise spielen ließ. Der Minister hat eine und eine halbe Stunde gesprochen. Um schließlich was zu sagen? Um zu beteuern, daß alles korrekt und in Ordnung war, daß er sein „Programm“ erfüllt, nämlich die auch von der Opposition zu Recht erkannten Forderungen des Beamten- und Dienstpersonals seines Ressorts realisiert habe. Hatte ihm nicht der „Peuple“ beschuldigt, nichts für seine staatlichen Arbeiter zu tun? Nun er die Verbesserungen vorgenommen, mache man ihm „Vorwürfe“ . . . Das erklärt der Minister mit der harmlosesten Miene der Welt. Dagegen „erklärte“ der Minister nicht: daß die Klerikalen 25 Jahre ungerührt vom Lose ihrer Angestellten waren; daß Herr v. Broqueville allemal, wenn ihm Vorschläge gemacht wurden, die Leere seiner Kasse vorschützte; daß die Rechte stets gegen alle Verbesserungsvorschläge stimmte! Daß aber drei Wochen vor den Wahlen, ohne daß jemand anderes als die klerikalen Deputierten darum wußten, eine Ueberschwemmung von materiellen Gunstbezeugungen in meist höchst anfechtbarer Form Platz griff, die knapp bis zum 2. Juni währte. Die Zahl der Begünstigungen ist dermaßen groß, daß sie noch nicht einmal alle im staatlichen Anzeiger erscheinen konnten. . . . In zwei Tagen wurden 3000 solcher Ernennungen ausgearbeitet! Die Regierung hatte sich z. B. allen Vorschlägen zur Bekämpfung der Teuerung widersetzt, Herr Woeste hatte „Sparsamkeit“ als bestes Mittel empfohlen. Nun, am Vorabend der Wahlen regnete es Gratifikationen, Zulagen, man verständigte das Personal, daß die Gehalte im voraus bezahlt werden, man sparte nicht mit Staatstelegrammen, um den Beteiligten nur rechtzeitig, das heißt vor dem 2. Juni, die Nachricht von ihrer Beförderung, Gehaltsaufbesserung, Gratifikation zukommen zu lassen. Herr v. Broqueville hatte in der Tat, als er die Forderungen abschlug, seinerzeit gesagt, er würde die Stunde für die Erfüllung der Wünsche des Personals selber wählen. Diese Stunde war — der Wahltag. Und die Beförderungen, die materiellen Gunstbezeugungen strömten, die Millionen waren plötzlich in der Staatskasse vorhanden. . . .

Herr v. Broqueville aber legt die Hand aufs Herz und fragt gekränkt: Das nennt Ihr Korruption? — Die posierte Harmlosigkeit der ministeriellen Advokatenseele hat auch nicht ein Jota von den Anschuldigungen der Opposition ausgelöscht und das Ministerium Broqueville bleibt nach wie vor mit dem Brandmal gezeichnet, das Ministerium der Korruption und offiziellen Wahlmacherei zu sein.

Portugal.

Der konterrevolutionäre Anschlag.

Aus Lissabon wird uns geschrieben:

Obwohl die portugiesischen Monarchisten sich mit aller Ruhe an der spanischen Grenze zu einem Angriff gegen die Republik vorbereiten konnten, ist auch diese zweite Verschwörung gescheitert.

Der Handstreich war diesmal sorgfältiger vorbereitet als der erste Angriff im Oktober 1911. Die „Emigranten“ hatten für diesen Zweck bedeutende Geldsummen sammeln und Waffen besorgen können, obgleich man sie verschiedene Male dabei überrascht hatte, wie erst neulich in Bruges (Belgien).

Mit diesen Waffen wurden geworbene Soldaten, unter denen sich einige monarchistische Fanatiker befanden, unter dem stillen Wohlwollen der spanischen Regierung ausgerüstet.

Die monarchistische Streitmacht zählte diesmal ungefähr 1000 Mann — alle gut bewaffnet und unter guter Führung. Zwei Geschütze standen zu ihrer Verfügung. Die Verschwörer hatten sich in drei Abteilungen geteilt. Die erste unter dem Kommando des Leutnants Sepulveda setzte über den Mincho und versuchte sich der Stadt Valencia zu bemächtigen. Sie wurde aber mit großen Verlusten von den republikanischen Truppen zurückgeschlagen. Die anderen beiden Abteilungen standen unter der Führung des Hauptmanns Pavia de Couceiro — eines der tätigsten unter den Emigrantenführern — und verfügten über Maschinengewehre und Geschütze. Sie versuchten in Chaves einzufallen und hofften, daß die Einwohner Nordportugals sich anschließen würden.

Das republikanische Heer blieb jedoch siegreich und die Einwohner machten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keinen Versuch, sich gegen die Regierung aufzulehnen.

Der Sieg der republikanischen Truppen war vollständig. Sie machten mehrere hundert Gefangene. Da die Verluste der Monarchisten sehr bedeutend waren, scheint es, daß die Verschwörer vollständig zerstreut sind. Außerdem sind viele Waffen sowie die Geschütze in die Hände der Republikaner gefallen.

Ein dritter Einfall so zahlreicher und gutbewaffneter Truppen erscheint nicht wahrscheinlich, erstens weil tausend Söldner nicht so leicht zu sammeln sind, und zweitens, weil jetzt die Tätigkeit der monarchistischen Führer an der spanischen Grenze beschränkt werden soll. Es wird nur noch ein kleiner Guerillakrieg gegen die Regierungstruppen möglich sein.

Die Einwohner Portugals, auch die der südlichen Provinzen, die bisher nicht besonders für die Republik geschwärmt haben, fangen an, der Unruhe müde zu werden, und werden eher die republikanische Regierung als die Monarchisten unterstützen, um aus ihrer elenden wirtschaftlichen Lage herauszukommen.

Der Sieg ist jedoch nicht der portugiesischen Regierung zu verdanken, die sich infolge ihrer persönlichen Streitigkeiten und Eifersüchteleien unfähig gezeigt hat, sondern dem Patriotismus der republikanischen Soldaten, d. h. des portugiesischen Proletariats, das immer bereit ist, den Fortschritt zu verteidigen.

Die Rolle, die der spanische Ministerpräsident Canalejas in dieser Sache gespielt hat, ist eine sehr zweideutige. Trotz aller Warnungen hat er es zugelassen, daß die Monarchistenführer ihre Kriegsvorbereitungen an der Grenze treffen konnten. Erst nach dem Proteste unseres Genossen Pablo Iglesias und der spanischen Republikaner hat er Anweisungen gegeben, gegen die Verschwörer vorzugehen.

Man sagt auch, daß die beiden Geschütze sowie 20 000 Gewehre von spanischen Fabriken, unter dem Vorwand, daß sie für Mexiko und Paraguay bestimmt seien, den portugiesischen Monarchisten geliefert wurden.

Gewiß empfindet die spanische Monarchie es unangenehm, sich zwischen zwei Republiken zu befinden. Ihre Sympathie gilt dem entthronten portugiesischen König, aber alle ihre Anstrengungen sind vergeblich, da der portugiesische Monarchismus keinen Boden mehr im Lande hat.

* * *

Madrid, 12. Juli. Hier sind Telegramme von der Grenze eingelaufen, nach denen Couceiro sich an der Spitze von 700 Monarchisten in Valenca befindet. — Der Gouverneur der Provinz Caceres telegraphiert, die spanischen Behörden hätten etwa vierzig Monarchisten verhaftet, die über die Grenze zu gehen beabsichtigten.

Lissabon, 13. Juli. Der Führer der Monarchisten Couceiro soll am 8. Juli an der Hand verwundet worden sein. — In Chaves und Cabeceiras de Basto werden Kriegsgerichte eingesetzt werden. — Die flüchtigen Monarchisten aus Cabeceiras de Basto sind von drei Seiten eingeschlossen. — In dem unweit von Lissabon gelegenen Cezimbra ist es gestern zu Unruhen gekommen, in derem Verlaufe zahlreiche Personen verletzt wurden.

Ein Konflikt in Spanien.

Lissabon, 13. Juli. Eine amtliche Note stellt in Abrede, daß ein Einverständnis zwischen dem portugiesischen Gesandten in Madrid und den spanischen Behörden über die Ueberwachung der Monarchisten erzielt worden sei. Der portugiesische Gesandte habe beständig Maßnahmen verlangt, die versprochen, aber nicht ausgeführt worden seien. Am 27. Juni habe die spanische Regierung der portugiesischen Gesandtschaft in Madrid vorgeschlagen, die Emigranten binnen acht bis zehn Tagen in den von der Grenze entfernten Provinzen Teruel und Cuenca zu internieren. Der portugiesische Gesandte habe das Anerbieten angenommen. Bei Ablauf der Frist habe der Einfall, den man vorausgesehen habe, stattgefunden. In der Note wird zum Schluß erklärt, daß die portugiesische Regierung auf die Antwort, die Spanien auf den von Portugal eingelegten Protest erteilt habe, sofort eine Entgegnung gesandt und der portugiesischen Gesandtschaft in Madrid telegraphisch Weisungen erteilt habe.

Marokko.

Unruhen in allen Bezirken des Landes.

Fez, 12. Juli. Vorgestern machte die Garnison von Sefru einen Ausfall, zersprengte den Feind und brachte ihm beträchtliche Verluste bei. Die örtlichen Kontingente der Eingeborenen kämpften auf französischer Seite mit. Auf seiten der Franzosen wurden zwei Eingeborene getötet und sieben verwundet.

Melilla, 12. Juli. Nach Meldungen aus dem Innern sind infolge der französischen Truppenbewegungen bei den Nomadenstämmen Ben Bujagi und Ben Harcha Unruhen ausgebrochen. Die Scheichs dieses Stämme sollen die Bildung einer Harka beabsichtigen, die sich dem Vormarsch der Franzosen entgegenstellen soll.

Paris, 13. Juli. Eine Meldung des „Matin“ bestätigt, daß die Lage in Marrakesch sehr ernst geworden sei. Seit zwei Tagen werde die Stadt von berittenen Banden umgeben, die einzudringen drohten, falls der Kaid Mtugi Marrakesch nicht verlasse.

Aus der Partei.

Die erste tägliche sozialdemokratische Zeitung Portugals ist vorige Woche in Lissabon erschienen. Sie heißt „O Socialista“. Chefredakteur ist Genosse Pedro Muralha. Im einleitenden Artikel wird auf die mangelnde Aufklärung des Volkes hingewiesen, die die Schwäche der Gewerkschaften und das Scheitern sozialer Streiks verschuldet. Es fehlt vor allem an revolutionärem Bewußtsein. Dieses zu wecken, wird die Hauptaufgabe des Blattes sein. — Die portugiesischen Genossen dürfen überzeugt sein, daß die ganze Internationale ihr Unternehmen mit den herzlichsten Wünschen begrüßt.

Soziales.

Der Arbeitstag gilt als Einheit.

Der Möbeltischler K. klagte gestern beim Gewerbegericht gegen die A. E. G. auf Zahlung eines Restlohnes von 1,20 M. Der Kläger war eines Tages nachmittags um 3½ Uhr entlassen worden, während die Arbeitszeit bis um 5 Uhr dauerte. Auf die Bezahlung der 1½ Stunden, die ihm vorenthalten wurden, erhob er nun im Klagewege Anspruch. Die Beklagte stützte sich auf die Arbeitsordnung, wonach das Arbeitsverhältnis „jederzeit“ gelöst werden könne. Dieser Vereinbarung ständen auch keine gesetzlichen Bestimmungen entgegen. Der Kläger habe immer Arbeiten bekommen, die nicht unterbrochen wurden. Hätte er nach Fertigstellung seiner letzten Arbeit noch bis Feierabend beschäftigt werden müssen, dann hätte er wieder eine Arbeit bekommen müssen, die er an demselben Tage nicht beenden konnte, sondern unfertig liegen lassen mußte. Dies wollte die Firma vermeiden und hatte deshalb festgesetzt, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit, d. h. zu jeder Stunde des Tages, gelöst werden könne.

Die Kammer 5 unter dem Vorsitz des Magistratsrats Schulz verurteilte jedoch die Beklagte zur Bezahlung des Betrages. In ständiger Rechtsprechung des Gewerbegerichts, auch in den anderen Kammern, sei die Bestimmung, daß das Arbeitsverhältnis „jederzeit“ gelöst werden könne, im Zweifelsfalle immer dahin ausgelegt worden, daß die Lösung erst am Schluß des betreffenden Tages erfolgen kann.

Die Rolle der Polizei im Auslieferungsverfahren.

Am 27. Juli 1910 wurde der damals in Berlin wohnhafte, aus Kiew gebürtige Zahnarzt Dr. Goldenberg polizeilich festgenommen. Seiner Festnahme lag eine Anordnung des Ministers des Innern zugrunde, welche veranlaßt war durch einen Antrag der russischen Regierung, Goldenberg wegen strafbarer Teilnahme an einem Vergehen gemäß des preußisch-russischen Uebereinkommens vom 13. Januar 1885 auszuliefern. Mit der Anordnung des Ministers war das Ersuchen an den Polizeipräsidenten zu Berlin verbunden, sich über den Auslieferungsantrag zu äußern, die Staatsangehörigkeitsverhältnisse des Verfolgten näher zu erörtern und ihn bis zum Eingange weiterer Bestimmungen in polizeilichem Gewahrsam zu behalten. Im Polizeigefängnis fand am 1. August 1910 in Gegenwart des mit der Bearbeitung der Angelegenheit befaßten Dezernenten beim Polizeipräsidium eine Unterredung zwischen Goldenberg, seiner Ehefrau und dem Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn statt. Dabei kam zur Sprache, daß Goldenberg bei einer Berliner Bank ein Schrankfach gemietet hatte, in welchem außer Schmucksachen verschiedene Zeugnisse und Urkunden aufbewahrt waren. Dem Rechtsanwalt erteilte Goldenberg Blankovollmacht, ihn in dem Auslieferungsverfahren zu vertreten. Die Ausstellung einer zweiten Vollmacht an die Ehefrau zu dem Zwecke, daß sie über das Schrankfach verfügen könne, wurde von dem Dezernenten nicht genehmigt. Darauf ermächtigte Goldenberg den Dr. Cohn mündlich, die Blankovollmacht durch einen entsprechenden Auftrag zu ergänzen.

Alsbald nach der Unterredung wurde der Kriminalkommissar Fritsch nach der Bank entsandt, um die Sperre des Schrankfaches zu veranlassen. Dort erfuhr er, daß bereits Dr. Cohn und Goldenbergs Ehefrau auf Grund der inzwischen ausgefüllten Vollmacht das Schrankfach geöffnet und einen Teil seines Inhalts an sich genommen hätten. Noch am selben Tage erschien der Polizeikommissar in den Geschäftsräumen des Dr. Cohn und erklärte, er sei vom Dirigenten der Kriminalpolizei beauftragt, ihn zur Herausgabe der dem Schrankfach entnommenen Sachen aufzufordern und sie eventuell zu beschlagnahmen.

Der Rechtsanwalt Dr. Cohn, welcher die Sachen nicht herausgegeben hat, erblickt in der Forderung des Kommissars eine polizeiliche Verfügung, die der Rechtsmäßigkeit entbehre. Er führte beim Oberpräsidenten Beschwerde, wurde aber von diesem abgewiesen. Darauf klagte Rechtsanwalt Dr. Cohn beim Oberverwaltungsgericht auf Aufhebung der polizeilichen Anordnung, durch die er zur Herausgabe der Sachen, namentlich der Papiere des Goldenberg, aufgefordert worden war.

Das Oberverwaltungsgericht, das, wie unsere Leser sich entsinnen, seinerzeit nach mündlicher Verhandlung die Entscheidung aussetzte und sich Publikation lediglich durch schriftliche Zusendung an die Parteien vorbehielt, hat in dem jetzt den Parteien veröffentlichten Urteil entschieden, daß die Klage wegen Unzulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens abzuweisen sei.

Das Ansinnen, etwas zu tun und etwas zu dulden, sei freilich, wenn es von einer Polizeibehörde gestellt wird, in der Regel als eine polizeiliche Verfügung anzusehen und zwar deshalb, weil davon auszugehen ist, daß die Polizeibehörde in Ausübung ihrer Polizeigewalt tätig geworden ist. Aber dieses Merkmal trifft dann nicht zu, wenn die Polizeibehörde nicht in Ausübung ihrer Polizeigewalt in Aktion getreten ist. Nun gehören aber die Auslieferungsangelegenheiten in dem Sinne zu den reinen Verwaltungssachen, daß ihre Behandlung außerhalb des Rahmens der den Polizeibehörden zugewiesenen Aufgaben liegt. Denn die Auslieferung von Ausländern erfolge in Erfüllung völkerrechtlicher Verträge und unabhängig von der Frage, ob das Verweilen des Ausländers im Inlande mit polizeilichen Interessen vereinbar ist oder nicht. Wie daher die Auslieferung selbst kein polizeilicher Akt ist, so seien auch die zu ihrer Vorbereitung oder Durchführung dienenden Maßregeln nicht polizeilicher Natur. Die Polizeibehörde handele dabei nicht in Ausübung und auf Grund der ihr zustehenden Polizeigewalt, sondern als das vom Minister in Ausübung der Landeshoheit bestellte Organ. Ob der Kläger verpflichtet war, dem ihm gestellten Ansinnen nachzukommen, oder ob er es vermöge seiner Stellung als Anwalt ablehnen durfte, entzieht sich der Beurteilung des Verwaltungsrichters. Denn da die angefochtene Maßregel keine polizeiliche Verfügung ist, gegen das in Landeshoheitssachen erfolgte Einschreiten einer Behörde aber bei dem Mangel einer gesetzlichen Bestimmung die Klage im Verwaltungsstreitverfahren nicht gegeben ist, so ist er zu einer Entscheidung über jene Frage nicht zuständig.

Der Minister handelt als Polizeiminister, aber weil er als solcher handelt, seien die Polizeiakte in solchen Dingen — keine Polizeiakte; das ist des langen Erkenntnisses unergründlich tiefer Sinn. Damit ist für Ausländersachen und Ausländern gegenüber absolute Willkür als Rechtsprinzip in Preußen deklariert.

Gewerkschaftliches.

Der Generalstreik in Zürich.

Zürich, 18. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts".)

Der Generalstreik in Zürich ist glänzend verlaufen. Es herrschte vollständige Ruhe und Disziplin. Beteiligt waren an dem Streik 20 000 Personen. Heute antworteten die Unternehmer mit einer Generalaussperrung, die bis Dienstag dauern soll. Die Regierung hat ein großes Militäraufgebot zusammengezogen, der Stadtrat verfügte eine Ausdehnung des Streikpostenverbots. Die Arbeiter nahmen alle Maßnahmen gelassen hin und begrüßten die Aussperrung als willkommene Ferien. Das Militär fraternisiert mit den Ausgesperrten; ein Demonstrationszug wurde von den Truppen lebhaft begrüßt.

* * *

Der Terrorismus der Züricher Kantonsregierung, mit dem sie den Stadtrat zum Erlaß des partiellen Streikpostenverbots gezwungen hat, stand am Mittwoch in einer Sitzung des Großen Stadtrats auf der Tagesordnung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Stadtrat über die Gründe zu seinem Vorgehen und ferner darüber interpelliert, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um den verbrecherischen Handlungen der importierten Berufsstreikbrecher Einhalt zu gebieten. In seiner Begründung der Interpellation stellte Genosse Gschwend fest, daß das städtische Einigungsamt schon im Jahre 1909 die Neunstundenforderung der Schlosser, um die sich auch der gegenwärtige Kampf dreht, als berechtigt anerkannt hat. Dann schilderte er durch Anführung einer Anzahl bestimmter Fälle die Exzesse und Verbrechen des importierten Streikbrechergesindels, das die Regierung des monarchischen Englands nicht landen ließ, während es die Regierung der Republik Zürich liebevoll beschützt, um dem Unternehmertum einen Dienst zu erweisen. Und darum soll der Stadtrat von seinen Kompetenzen Gebrauch machen und gegen das Streikbrechergesindel Ordnung schaffen.

Namens des Stadtrates antwortete Genosse Vogelsanger mit einer vorher im Stadtrat vereinbarten schriftlichen Erklärung, in der der Terrorismus der Regierung gegen den Stadtrat ausdrücklich festgestellt wird, dem dieser folgen mußte. Die Erklärung erkennt das provokatorische Gebaren des in der Tat zum Teil vorbestraften Streikbrechergesindels an, das mit Vorliebe die Wirtschaften aufsucht, in denen organisierte ehrliche Arbeiter verkehren, um da Exzesse begehen zu können. Der Stadtrat wird nun dazu gelangen, Leute, die wiederholt mit Waffen betroffen werden, auszuweisen; ferner die Umzüge der Streikbrecher zu verbieten und die öffentlichen Interessen zu wahren. Der Streikleitung wurde die Anerkennung gezollt, daß sie bestrebt ist, Ausschreitungen zu vermeiden.

Die Diskussion über die Interpellation wurde von bürgerlicher Seite bekämpft und sodann mit 45 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Diese Haltung der Unternehmervertreter bekundet kein gutes Gewissen der nackten kapitalistischen Klassenpolitik.

Berlin und Umgegend.

Die Sonntagsarbeit der Bierfahrer.

Der Vorstand der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat für die Bierfahrer eine wesentliche Verbesserung errungen, indem er nach langer Agitation den freien Sonnabendnachmittag für sie durchsetzt hat. Bisher konnte in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober an den Sonn- und Festtagen von 8—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags Bier ausgefahren werden. Diese Bestimmung wurde willkürlich ausgelegt und durchbrochen, so daß es eine bestimmte Sonntagsruhe für das Fahrpersonal der Brauereien nicht gab. Der Vorstand bemühte sich um eine Einschränkung des Bierausfahrens an Sonntagen und um eine Regelung der Angelegenheit überhaupt durch genaue behördliche Verfügungen. Schon im Jahre 1910 machte er die ersten Eingaben, stieß aber mit seiner Agitation auf großen Widerstand, besonders bei den Gastwirten, aber auch bei vielen Unternehmern. Es gelang endlich, mit dem Verein der Brauereien ein Einverständnis zu erzielen. Eine behördliche Verfügung, vom Regierungspräsidenten von Potsdam kürzlich erlassen, entsprach den gestellten Anträgen und die erwünschte Regelung der Angelegenheit zugunsten der Bierfahrer wird danach stattfinden, wahrscheinlich vom 1. August d. J. ab.

Der Verein der Brauereien erhielt das folgende Schreiben vom Polizeipräsidium, datiert vom 2. Juli:

„In Verfolg meines Schreibens vom 2. April d. J. teile ich Ihnen mit, daß der Herr Regierungspräsident zu Potsdam sich nunmehr entschlossen hat, Ihrem Antrage stattzugeben und die Bierausfuhr an den Sonn- und Festtagen nur noch **von 5 bis 10 Uhr vormittags** zuzulassen, für **die Rückfahrt** der Fuhrwerke aber die Zeit **bis 12 Uhr mittags** freizugeben. Diese Anordnung soll sich indes zunächst nur auf diejenigen Ortschaften erstrecken, die innerhalb **eines Umkreises von 25 Kilometern** von Berlin liegen. Ich ersuche ergebenst, sich nach Einvernehmen mit dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, äußern zu wollen, ob Sie unter dieser Voraussetzung Ihren Antrag aufrecht erhalten."

Der Antrag wurde vom Verein der Brauereien aufrecht erhalten, der Brauereiarbeiterverband war mit dieser Regelung ebenfalls zufrieden und beide Seiten sprachen nur noch den Wunsch aus, daß die Verordnung schon am 1. August in Kraft trete, was wahrscheinlich geschehen wird.

In einer Versammlung des Fahrpersonals der Brauereien, die am Donnerstagabend im „Englischen Garten" stattfand, legte Träger vom Verband der Brauereiarbeiter das Resultat der bisherigen Agitation für die Sonntagsruhe der Bierfahrer vor und fand den Beifall der Versammelten, die sich mit diesem Ergebnis einverstanden erklärten.

Verhandlungen und Tarifverstöße in der Wäscheindustrie

beschäftigten am Freitag eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen, die in den Lunasälen stattfand. Der Referent Eue berichtete zunächst über die Verhandlungen, die mit den Fabrikanten gepflogen wurden, um den Tarifvertrag, der jetzt bereits ungefähr dreiviertel Jahre besteht, voll zur Geltung zu bringen. Es handelt sich hier zunächst um die Regelung des Lehrlingswesens. Die Vorschläge, die dazu von seiten der Arbeitnehmer gemacht wurden, erklärten die Arbeitgeber für unannehmbar. Es soll jedoch nun im September weiter über die Frage beraten werden, und bis dahin werden die Arbeiter ihre Vorschläge nochmals durchsehen. Was bei der Sache herauskommen wird, läßt sich noch nicht sagen. Bleiben auch die ferneren Verhandlungen erfolglos, so muß die Frage der Schlichtungskommission, und schließlich dem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden. Dann waren bisher die Löhne der Lohnarbeiter und Arbeiterinnen noch nicht in die Tarife eingefügt worden, obwohl dies der allgemeine Tarifvertrag vorschreibt. Die Beschwerde hierüber ist als berechtigt anerkannt, und der Vorsitzende des Vereins der Wäschefabrikanten hat dann auch am 19. Juni an alle Firmen ein dementsprechendes Rundschreiben erlassen. Es ist beschlossen, daß diese Angelegenheit bis spätestens zum 15. Juli überall geregelt sein soll.

Ferner kamen verschiedene Beschwerden gegen eine Reihe von Firmen zur Verhandlung. Des weiteren berichtete der Redner über das Schiedsgerichtsurteil in der Maßregelungssache bei der Firma Ullstein u. Co., über den Abschluß des Tarifvertrages für die Wäschereiabteilung der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin, sowie über Tarifnachträge bei den Firmen Hanser und Müller u. Sußmann.

Durch den Tarifvertrag bei der Konsumgenossenschaft ist die tägliche Arbeitszeit der Wäscherinnen auf acht Stunden festgelegt. Ihr Anfangslohn beträgt 20 M. pro Woche, steigt jährlich um 1,80 M. bis zu 25,20 M. und darauf nach freier Vereinbarung. Die Feiertage werden mitbezahlt. Sämtlichen Wäscherinnen werden Sommerferien gewährt, und zwar in den ersten drei Jahren der Beschäftigung eine Woche, nach dreijähriger Beschäftigung zwei Wochen. Der Tarifvertrag, der noch eine Reihe weiterer ausführlicher Bestimmungen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse enthält, ist mit dem 1. Juli d. J. in Kraft getreten und auf drei Jahre abgeschlossen.

In der Diskussion, die sich an die Ausführungen des Referenten schloß, wurde namentlich das Schiedsgerichtsurteil bei Ullstein u. Co. besprochen. Im allgemeinen ging die Meinung dahin, daß, wenn auch durch das Urteil des Schiedsgerichts eine Maßregelung nicht für vorliegend erachtet wurde, die näheren Umstände doch derart waren, daß man den beiden Entlassenen die Maßregelungsunterstützung nicht entziehen sollte. Die Zustände bei der Firma Ullstein u. Co. sind nach dem zu urteilen, was verschiedene Redner ausführten, namentlich in der hier in Frage kommenden Abteilung, derart, daß es allzu leicht zu Differenzen kommen kann. Die Versammlung beschloß dann auch einstimmig, daß den beiden Entlassenen die Unterstützung auch fernerhin zuteil werden soll.

Sodann schilderte Trinks die Bedeutung des bevorstehenden Verbandstages und berichtete ferner über die kürzlich abgehaltene Gaukonferenz. Eine Diskussion fand über diesen Punkt nicht statt. — In der Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag wurden Pasewalk und Trinks gewählt; im ersten Wahlgang war bereits Eue gewählt worden.

Der Verband der Glaser teilt uns mit, daß die Sperre über die Firma „Groß-Berlin" (Altendorf) aufgehoben ist. Die Werkstätten „Groß-Berlin" haben am Sonnabend der Verwaltung folgende schriftliche Erklärung zugehen lassen:

„Die unterzeichnete Firma erklärt hierdurch mit dem Glasermeister Fritz Altendorf, Friedenau, Varziner Straße 6, nichts gemein zu haben. A. war bis zum 10. Juli als unser technischer Leiter angestellt, ist aber wegen diverser grober Vergehen von uns entlassen worden.

Wir erklären ferner, den Tarif für Groß-Berlin anzuerkennen und bitten um Aufhebung der Sperre, welche durch die unlauteren, von uns nicht gutgeheißenen Machenschaften des p. Altendorf, über uns verhängt wurde.

Werkstätten für Glasmalerei und Bleiverglasung.
Breuer."

Die Sperre über die Firma v. Ottovicz bleibt nach wie vor bestehen.

Deutsches Reich.

Streik auf dem Neubau der Landes-Irrenanstalt bei Brandenburg a. H.

Wie uns aus Brandenburg a. H. mitgeteilt wird, sind vor einigen Tagen auf dem Neubau der Landes-Irrenanstalt, der in der Nähe von Brandenburg beim Görden errichtet wird, 110 bei der bekannten Berliner Firma Haweestadt u. Contag beschäftigten Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Arbeiter, die mit der Firma in keinem Tarifverhältnis stehen, hatten unter Hinweis auf die weiten Wege, die sie bis zur Arbeitsstelle zurückzulegen haben, eine Lohnerhöhung von 5 Pf. gefordert. Diese geringfügige Forderung war von der Firma, die sich auf keinerlei Unterhandlungen mit dem Verband einließ, rundweg abgelehnt worden. Darauf legten die Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Die Firma soll jetzt eifrig bemüht sein, in Berlin Arbeitswillige für Brandenburg anzuwerben. Die Streikenden aber vertrauen auf das Solidaritätsgefühl ihrer Berufskollegen. Sie bitten, jeden Zuzug fernzuhalten.

Zur Beilegung des Konflikts in der hannoverschen Metallindustrie.

Die Abstimmung über die vorliegenden Vorschläge ist von 5480 beteiligten Arbeitern vorgenommen worden. Davon haben 2793 für und 2633 gegen die Annahme gestimmt. Es wurden 54 ungültige Stimmzettel abgegeben. Damit ist der Friedensschluß möglich gemacht worden. Am Freitig, den 12. Juli, fanden die Schlußverhandlungen statt, um die Einstellungsfrage zu regeln und ein Schlußprotokoll festzulegen. Das Schlußprotokoll bestimmt:

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Am 1. Juli 1913 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 56½ Stunden verkürzt ohne weiteren Lohnausgleich.
2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pf.
3. Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung wird eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen den Unternehmern und den Arbeitern herbeigeführt werden.
4. Es wird volle Koalitionsfreiheit gegenseitig gewährleistet. Jede Agitation im Werke ist untersagt.
5. Die Aufhebung der Aussperrung und die Wiederaufnahme der Arbeit in den hannoverschen Betrieben wird davon abhängig gemacht, daß der Streik in sämtlichen bestreikten hannoverschen Firmen vorbehaltlos als beendet erklärt wird und die Sperren gegenseitig aufgehoben werden.

Die Arbeiter haben sich am 15. Juli in den Fabriken wieder zu melden und wird voraussichtlich die Arbeitsaufnahme Dienstag nächster Woche beginnen. Damit scheint der Friede endlich gesichert.

Die Aussperrung in Magdeburg und Halle a. S. ist am Donnerstagabend durch den Bevollmächtigten des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller aufgehoben worden. Eine Anzahl Betriebe in den zuletzt benannten Orten haben schon vor Aufhebung der Aussperrung die Arbeit aufnehmen lassen.

Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung soll eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeigeführt werden. Wo es nicht zu einer Verständigung kommt, wird vorläufig die von den Unternehmern gewünschte Verteilung vorgenommen. Drei Monate nach Wiederaufnahme der Arbeit soll jedoch durch eine Abstimmung der gesamten Belegschaft, zu der auch die von der Verkürzung betroffenen Werksbeamten zu zählen sind, der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Ausschlaggebend sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel.

Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Betriebs- und Bedarfsverhältnisse der Werke. Bei der Einstellung sollen die Arbeiter, soweit wie möglich, ihre alten Arbeitsplätze wieder erhalten. Die Einstellung hat derart zu erfolgen, daß zunächst alle vor dem Streik und der Aussperrung beschäftigten Arbeiter der Betriebe eingestellt werden, soweit sie sich bis zum Mittag des 15. Juli gemeldet haben. Dann erst kommen bei weiterem Bedarf fremde Arbeiter in Frage. Es darf keinerlei Belästigung arbeitswillig gebliebener, inzwischen neu eingestellter oder streikender oder ausgesperrter Arbeiter vorkommen. Jede derartige Belästigung wird nach der Arbeitsordnung bestraft, gegebenenfalls durch Entlassung. Bis zum 5. August können die Arbeiter an ihre alte Arbeitsstätte ohne Vermittelung des Arbeitsnachweises zurückkehren. Vom 6. August ab tritt der Arbeitsnachweis für alle Arbeiter wieder in seine Wirksamkeit.

In der Schuhfabrik von H. Zehl in Dresden sind ernste Differenzen ausgebrochen. Wiederholt waren die Arbeiter gezwungen, zu ungerechtfertigten Entlassungen Stellung zu nehmen. Jetzt kündigte die Firma den ersten Bevollmächtigten der Zahlstelle des Verbandes der Schuhmacher, ohne einen stichhaltigen Grund dafür angeben zu können. Die Verhandlungen, welche der Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung des Vertreters der Organisation führte, waren ohne Erfolg. Ein gleiches Resultat ergab eine Sitzung des Verbandes der Schuhwarenfabrikanten Mittelsachsens. Gegenwärtig ist die Angelegenheit den Hauptstellen der beiden Verbände unterbreitet. Da die Firma bereits nach Arbeitern annonciert hat, so machen wir darauf aufmerksam, daß Arbeitsangebote nach dort vorläufig nicht anzunehmen sind.

Die Lohnbewegung der Bremer Hafenarbeiter beendet.

Schon kürzlich wurde darüber berichtet, welche Erfolge die nichtständigen bremischen Hafenarbeiter bei den Tarifverhandlungen errungen haben. Jetzt haben auch die Verhandlungen wegen der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Stauereiarbeiter ihren Abschluß gefunden. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der diesen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Woche bringt. Der Anfangslohn wurde um 3 M. pro Woche erhöht. Ferner wird je nach Dauer der Beschäftigung ein Sommerurlaub von drei bis sechs Tagen gewährt, im übrigen gelten für diese Gruppe die Bestimmungen des allgemeinen Tarifs. Bemerkenswert ist, daß sich die Unternehmer bisher weigerten, die Organisation als die Vertreterin der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter anzuerkennen. Das „feste Verhältnis" hat die Arbeiter ebenso wenig gehindert, sich der Organisation anzuschließen, wie die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, die den Arbeitern eine Prämie von 50 Mark nach ununterbrochener fünfjähriger Tätigkeit gewähren. An dieser Einrichtung hat das Unternehmertum kein Interesse mehr, deshalb soll die Prämie nunmehr wegfallen. — Am 1. Mai 1913 tritt die neunstündige Arbeitszeit in Kraft. Alle Tarife haben bis 30. Juni 1914 Gültigkeit. Die Bremer Seeleute haben auch Forderungen eingereicht, die Reeder hielten es aber nicht für notwendig, darauf zu antworten, sie haben nur die Hamburger Bestimmungen über die Ueberstunden eingeführt.

Versammlungen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt am Donnerstag in den „Concordia-Sälen" eine außerordentliche Generalversammlung ab, um zunächst die Berichterstattung vom Verbandstag entgegenzunehmen. Das Referat hatte Richard Leopold übernommen, der sich seines Auftrages in längeren Ausführungen über die vom Verbandstag vorgenommenen Beschlüsse entledigte und auch die Motive zur Kenntnis brachte, welche den Verbandstag bei seinen Beschlüssen bewegt hatten. Allgemeine Verurteilung habe die Weigerung der Zahlstelle Charlottenburg gefunden, sich den Beschlüssen der letzten Verbandstage gemäß an die Zahlstelle Berlin anzuschließen. Es sei nunmehr beschlossen worden, daß dieser Anschluß am 1. Juli d. J. unter allen Umständen stattfinden müsse. Redner würdigt dann im einzelnen die Arbeit des Verbandstages. Der Verbandstag, so schloß der Referent seine Ausführungen, sei gewissermaßen der Abschluß alter Kämpfe gewesen, zu neuen bevorstehenden Kämpfen habe er das Rüstzeug geschmiedet, und von den Berliner Holzarbeitern werde erhofft, daß sie sich auch in Zukunft als Elitetruppe des Verbandes erweisen.

Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der im großen und ganzen sich mit der Tätigkeit des Verbandstages einverstanden erklärte. Der Vorsitzende konstatierte dann, ohne Widerspruch zu finden, daß die Versammlung die Tätigkeit der Delegierten und die Beschlüsse des Verbandstages anerkenne.

Anschließend wurden dann die Wahlen der nichtbesoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes, der Revisoren, der Preßkommission und des Gauvorstandes vorgenommen. Per Akklamation wurden in die Preßkommission wiedergewählt: Richard Leopold, Hermann Schwarzmeyer, Heinrich Späthe, Robert Schmidt und Franz Stöckel. Das Resultat der übrigen Wahlen, die durch Stimmzettel vorgenommen wurden, ist folgendes: Zu unbesoldeten Mitgliedern des Hauptvorstandes wurden gewählt Jakob Wenzel, Tischler, Alois Döring, Klavierarbeiter, Robert Schade, Tischler und Hermann Lietz, Tischler; Stichwahl findet statt zwischen Emil Oehlert, Vergolder, Gustav Gäbler, Tischler, Georg Maier, Drechsler und Willi Thielemann, Maschinenarbeiter. Zu Revisoren gewählt sind Karl Klingner, Tischler, Felix Leopold, Klavierarbeiter und Paul Michaltscheck, Tischler. In den Gauvorstand wurden gewählt Albert Schreiber, Polierer, Wilhelm Güth, Tischler, Fritz Hübner, Maschinenarbeiter, Otto Dahlke, Drechsler und Hugo Langhammer, Tischler.

Letzte Nachrichten.

Zum englisch-amerikanischen Konflikt.

Washington, 18. Juli. (W. T. B.) Der Senat beschloß, die Panamakanalbill nach Erledigung der Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Abstimmung zu bringen. Dies bedeutet die Ablehnung des von England gestellten Ersuchens, die Bill zwecks diplomatischer Verhandlungen aufzuhalten.

Drei Menschen erstickt.

Hamburg, 18. Juli. (W. T. B.) In dem Drogengeschäft von Max Westphalen in Kohlhöfen war der Bruder des Inhabers, Rudolf Westphalen, mit zwei Lehrlingen auf einer Leiter in den Geschäftskeller hinabgestiegen, um Schwefelkohlenstoff umzufüllen. Da das lange Untenbleiben der drei Leute Beunruhigung hervorrief, begab sich der Schutzmann Schmitt in den Keller und holte einen Lehrling bewußtlos heraus. Als der Schutzmann dann die beiden anderen retten wollte, stürzte er von der Leiter in den Keller ab. Die nun herbeigeholte Feuerwehr konnte nur noch die Leichen Westphalens, des zweiten Lehrlings und des Schutzmanns, **die durch Schwefelkohlenstoffdämpfe erstickt** waren, bergen.

Vom Zuge überfahren.

Hannover, 18. Juli. (H. B.) Gestern nachmittag wurde vom Zuge der Strecke Altenbeken-Hannover bei der Station Vornum ein junger Mann überfahren. Die Leiche war derartig zerstückelt, daß eine Rekognoszierung unmöglich war. Ob Unglück oder Selbstmord vorliegt, ist noch unbekannt.

Zwei Kinder verbrannt.

Köln, 18. Juli. (W. T. B.) Wie aus Eil, Kreis Mülheim am Rhein, gemeldet wird, brach in einem Schuppen der dortigen Dynamitfabrik Feuer aus. Im Augenblick stand das ganze Gebäude in Flammen. Zwei Kinder, die im Schuppen spielten, sind verbrannt.

Schwerer Eisenbahnunfall.

Freiburg, 18. Juli. Gestern abend entgleisten zwischen Titisee und Neustadt von dem um 8 Uhr 7 Min. von Titisee abgehenden Personenzug zwei Wagen. **Drei Kinder wurden getötet, zwei Personen erlitten schwere Kopfverletzungen.**

Widerrechtliche Verhaftung.

Paris, 18. Juli. (P.-C.) Wie aus Marseille gemeldet wird, verhaftete die dortige Polizei heute morgen den Generalsekretär des Dockarbeiterverbandes, Felhol. Dieser hatte die Dockarbeiter aufgefordert, erneut die Arbeit niederzulegen.

Neuer Ausstand in den Lena-Gruben.

Petersburg, 18. Juli. (P.-C.) Hier eingetroffenen Meldungen aus Bodaibo zufolge sind die Arbeiter der Lena-Gruben mit der neuen Arbeitsregelung unzufrieden und haben wieder den Streik proklamiert.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 3 Beilagen.

Die Reorganisation der Parteileitung.

Von Wilhelm Dittmann.

Seit die vom Jenaer Parteitage eingesetzte Reorganisationskommission ihre Abänderungsvorschläge zum Parteistatut veröffentlicht hat, wird in der Parteipresse sehr lebhaft über die zweckmäßigste Ausgestaltung unserer Parteiorganisation diskutiert. Besonders eingehend wird dabei die Frage erörtert, wie unsere Parteileitung zu erweitern ist, damit sie mehr politische Initiative und Aktivität zu entwickeln vermag und stets in möglichst innigem Konnex mit den Parteigenossen im Lande steht. Die Ansichten darüber sind recht geteilt. Die Absicht der Reorganisationskommission, den erwähnten Zweck durch die Einsetzung eines 32köpfigen Parteiausschusses zu erreichen, scheint nach den bisherigen Auslassungen in unserer Presse mehr Widerspruch als Zustimmung zu finden. Die enge Fühlungnahme mit den einzelnen Landesteilen, die der neue Ausschuß ermöglichen soll, glaubt man besser durch die periodisch abzuhaltenden Sitzungen des Parteivorstandes mit den Bezirks- und Landesvorständen erreichen zu können. Für die Politisierung des Parteivorstandes schlägt man an Stelle des Ausschusses eine Vermehrung des ehrenamtlichen Elements im Vorstande um 7 bis 9 Beisitzer und eine gleiche Verstärkung der Kontrollkommission vor. Diesen Vorschlägen gebe auch ich den Vorzug vor dem Vorschlage der Kommission, in deren Schoße ich mich bereits in gleichem Sinne ausgesprochen habe.

Aber ich halte auch jene relativ bessere Regelung nicht für ausreichend, da sie nur den Wirkungen und nicht den Ursachen des Uebels zu steuern sucht, als das man allgemein die Ueberbürdung der besoldeten Vorstandsmitglieder mit Verwaltungsarbeiten ansieht. Dieser allseitig als unerwünscht bezeichnete Zustand, der eine Folge des Wachstums unserer Bewegung ist, bleibt nach wie vor bestehen, ob nun ein neuer Parteiausschuß eingesetzt oder ob eine Verstärkung des ehrenamtlichen Elements in Vorstand und Kontrollkommission vorgenommen wird. Will man das „Ueberwuchern des bureaukratischen Geistes“ wirksam verhindern, so genügt es nicht, das ehrenamtliche Element gegenüber dem besoldeten zu verstärken, sondern man muß auch den besoldeten Vorstandsmitgliedern die Möglichkeit geben, sich seiner erwehren zu können. Diese Möglichkeit ist aber heute nicht da. Sehr zutreffend schildert die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg in einem Artikel zur Aenderung der Parteiorganisation den heutigen Zustand und seine notwendigen Folgen, indem sie schreibt:

„Die gewerblichen Unternehmungen der Partei, Druckereien, Hausbesitz usw. haben einen bedeutenden Umfang angenommen, sie absorbieren zum großen Teil die Arbeitskräfte des Parteivorstandes. Da braucht man eine neue Maschine, dort ist eine Hypothek zu beschaffen, hier wird ein Umbau unternommen oder ein Grundstück angekauft usw. Ueberall muß der Parteivorstand dabei sein, eine umfangreiche Korrespondenz erwächst, Reisen sind notwendig, der Parteivorstand muß diesen Unternehmungen seine größte Aufmerksamkeit zuwenden, er muß überall mit Rat und Tat beistehen, denn Verluste sollen vermieden werden, die Geschäfte sollen prosperieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß darunter die politische Aufgabe des Parteivorstandes leiden muß. . . . Wo sollen denn Parteigenossen, die mit den Sorgen umfangreicher gewerblicher Betriebe belastet sind, die Initiative zu allen notwendigen politischen Aktionen hernehmen, wie können sie überall und immer vorne dran sein, richtunggebend eingreifen, wenn sie meist mit Geschäften zu tun haben? Man verlangt da zuviel.“

Diese Schilderung trifft den Nagel auf den Kopf. Ich möchte sie noch ein wenig ergänzen. In Berlin selbst wird der Parteivorstand ebenfalls stark in Anspruch genommen durch allerlei notwendige Sitzungen, sei es mit den Berliner Parteiinstanzen, der Preßkommission des Zentralorgans, dem Bildungsausschuß, dem Pressebureau, dem literarischen Bureau usw. oder mit dem Jugendausschuß und der Generalkommission der Gewerkschaften. Dazu kommt ferner, daß einige Vorstandsmitglieder Pflichten als Stadtverordnete, die meisten auch noch als Reichstagsabgeordnete zu erfüllen haben, durch die ihre Zeit periodisch stark absorbiert wird und deren Ausübung durch sie durchaus im Parteiinteresse liegt. Wenn die Parlamentsarbeit sie freigibt, haben die Vorstandsmitglieder zu sorgen, den Bericht für den Parteitag zusammenzustellen, die Ferien beginnen, die kein Mensch ihnen mißgönnen wird, die aber naturgemäß während der Sommermonate die Zahl der Arbeitskräfte im Vorstand verringern, die Vorbereitungen für den Parteitag kommen hinzu, später erweist sich das Nachholen der durch den Parteitag verursachten Verzögerungen als notwendig, und dann beginnen bald die Parlamente wieder. So sind unsere beamteten Vorstandsmitglieder in einen so verschlungenen Kreis von Pflichten und Arbeiten gestellt, daß sie mehr von diesen geschoben werden, als daß sie über den Arbeiten ständen, und sie beherrschten und dirigierten. Das ist ein Zustand, gleich unerwünscht für die Vorstandsmitglieder wie für die Partei.

Mit den Kräften unserer besoldeten Vorstandsmitglieder wird Raubbau getrieben, ihnen fehlt die Zeit und die Muße zur Anteilnahme an der geistigen Fortentwickelung der Partei und zu ihrer eigenen Weiterbildung. Sie vermögen auf die Dauer dem Fortschreiten unserer Bewegung auf allen Gebieten um so weniger zu folgen, als bei der immer größeren Spezialisierung der Parteiarbeiten es für den einzelnen überhaupt unmöglich wird, alle Materien vollständig zu beherrschen und jeder, der sich nicht mit der Rolle des Dilettanten und Routiniers begnügen will, sich auf ein bestimmtes Gebiet konzentrieren muß. Die Möglichkeit hierzu sollte für unsere beamteten Vorstandsmitglieder geschaffen und gleichzeitig die Arbeitserledigung innerhalb der Parteizentrale so geregelt werden, daß sie sich von selbst gegenseitig über alles Wichtige auf allen Arbeitsgebieten der Partei laufend unterrichten und vor den Einseitigkeiten jeder Spezialisierung bewahren können. Das liegt ebenso sehr im Interesse der Partei, wie in dem der in Frage stehenden Personen.

Da es zur Unmöglichkeit geworden ist, den Vorstand aus lauter Genossen mit Universalqualifikationen zusammenzusetzen, muß die Partei danach trachten, möglichste Universalität des Vorstandes, als der leitenden Körperschaft der Partei, dadurch zu erzielen, daß sie den Vorstand bildet aus anerkannten Autoritäten auf den verschiedenen Arbeitsgebieten. Das sichert dem Gesamtvorstande, wie seinen einzelnen Mitgliedern dann auch die erforderliche Autorität, die ja in der Partei nur anerkannt wird, wenn sie auf Wissen und Können basiert. Sich diese Erfordernisse erhalten und sie laufend vervollständigen zu können, dazu muß unseren beamteten Vorstandsmitgliedern die nötige Zeit und Muße gegeben werden. Das ist der springende Punkt bei der ganzen Reorganisation der Parteileitung. Damit wird das Uebel an der Wurzel angepackt. Leider ist man in unserer Partei vielfach von der Vorstellung befangen, ein Parteibeamter müsse von früh bis spät mit Bureau- und Verwaltungsarbeiten beladen sein, und zu einer Anstellung entschließt man sich meist erst dann, wenn eigentlich bereits Arbeit für zwei Kräfte vorhanden ist. Dabei betonen wir bei der Vertretung unserer Anschauungen immerfort, daß die Entlastung von übermäßiger Berufsarbeit die erste Voraussetzung für die Entfaltung der Fähigkeiten des einzelnen ist. Das trifft aber auch auf die Mitglieder unseres Parteivorstandes zu.

Ohne gleichzeitige Vermehrung der besoldeten Kräfte im Parteivorstande ist daher die angeregte Entlastung der jetzigen Vorstandsbeamten nicht möglich. Andererseits muß man bei der Neuwahl besoldeter Vorstandsmitglieder darauf Rücksicht nehmen können, für welches besondere Arbeitsgebiet im Vorstande eine neue Kraft notwendig ist, wenn man planmäßig im obigen Sinne vorgehen will. Das setzt wieder voraus, daß im Parteivorstande selbst eine systematische Arbeitsteilung erfolgt, die derjenigen entspricht, die sich in der Gesamtpartei im Laufe des letzten Jahrzehnts immer mehr herausgebildet hat; ebenso setzt das voraus, daß sich die jetzigen Vorstandsmitglieder für eins dieser Arbeitsgebiete als ihr Spezialgebiet entschieden haben müssen. Ich habe schon im vorigen Jahre durch einen Artikel im „Vorwärts“ (Nr. 202 vom 30. August 1911), durch den die Frage der Reorganisation der Parteileitung in Fluß gebracht wurde, darauf hingewiesen, daß etwa zehn bis zwölf Spezialgebiete mit je einem besoldeten Sekretär in Frage kommen könnten, und daß je zwei verwandte Spezialgebiete zu einem Ressort zu vereinigen wären, in dem sich die beiden betreffenden Sekretäre gegenseitig zu vertreten haben würden. Zur besseren Veranschaulichung führte ich damals beispielsweise folgende Einteilung an:

I. Ressort: 1. Allgemeines und Reichspolitik. — 2. Ausland und internationale Beziehungen.
II. Ressort: 1. Sozialpolitik. — 2. Gewerkschaftswesen.
III. Ressort: 1. Landespolitik. — 2. Kommunalpolitik.
IV. Ressort: 1. Presse und Literatur. — 2. Bildungswesen.
V. Ressort: 1. Frauenbewegung. — 2. Jugendbewegung.
VI. Ressort: 1. Organisation. — 2. Finanzwesen.

Bei einer solchen oder ähnlichen Ressortbildung wären etwa wöchentlich zweimal regelmäßige Gesamtvorstandssitzungen notwendig, in denen jeder Ressortsekretär die wichtigsten Angelegenheiten seines Ressorts zum Vortrag bringen und der Beschlußfassung des Gesamtvorstandes unterbreiten müßte. Dadurch würde alle Vorstandsmitglieder laufend über alle wichtigen Vorkommnisse auf allen Arbeitsgebieten informiert und vor Einseitigkeit und Verknöcherung infolge der Arbeitsspezialisierung bewahrt. Ebenso würden auch die Beschlüsse des Vorstandes vor demselben Schicksal behütet. Wenn außerdem gemäß den eingangs erwähnten Vorschlägen noch eine Vermehrung des ehrenamtlichen Elements im Vorstande erfolgt, ist jedenfalls die denkbar größte Garantie gegeben, daß nicht „des Gedankens Blässe“, sondern das „frisch pulsierende Leben“ allen Entscheidungen den Stempel aufdrückt.

Die vorstehend in Vorschlag gebrachte Arbeitsteilung ist keine willkürliche, sie entspricht der in der Partei organisch entstandenen, die auch örtlich bereits stark ausgeprägt ist. Während früher die örtlichen Parteileitungen alle Arbeitsgebiete beackern mußten, haben wir jetzt überall eine Reihe von Spezialkörperschaften, wie die Bildungsausschüsse, die Jugendausschüsse usw., die bestimmte Gebiete ausschließlich bearbeiten. Mit den Genossen, die in den Orten und Bezirken die einzelnen Zweige der Parteiarbeit leiten, müßten natürlich die betreffenden Spezialsekretäre im Vorstande laufend in innigem Konnex sich befinden und aus diesen Kreisen würde sich für sie auch mit Leichtigkeit ein Sachverständigenbeirat ergeben, dessen Anregungen und Urteile die Arbeit in der Parteizentrale fördern und befruchten würden.

Noch ein paar Worte zu den zu erwartenden Einwänden. Wenn man eine solche systematische Arbeitsteilung als „bureaukratisch“ zu verschreien sucht, so bedeutet das eine Verkennung der sich in unserer Partei durchsetzenden organischen Entwickelung und auch des Begriffes der Bureaukratie. Man hüte sich, ihn als Schlagwort gegen jede Arbeitsteilung, Regelung und Ordnung zu gebrauchen, die unumgänglich mit der Differenzierung und Vertiefung unserer Bewegung und aller ähnlichen Organismen verbunden sind. Solange nicht die leere Form die lebendige Sache beengt und hindert, das Mittel nicht den Zweck beeinträchtigt, darf man nicht von Formalismus, Bureaukratismus usw. reden, wie das vielfach geschieht. Auch das gegen eine solche Vorstandserweiterung zu erwartende Argument, daß eine kleinere Körperschaft schneller entscheiden könne und beweglicher sei als eine größere, sollte man weniger oft anwenden, als es der Fall ist. Letzten Endes läuft es in seiner Uebertreibung darauf hinaus, daß die Autokratie der Demokratie überlegen sei, eine Afterweisheit, die wir ja von unseren Gegnern tagtäglich hören können. Unsere Groß-Berliner Genossen sind auch nicht vor der Alternative zurückgeschreckt, ihren Aktionsausschuß aus zwei Dutzend Genossen zusammenzusetzen und ihren Zentralvorstand gar aus mehr als der doppelten Personenzahl, ganz abgesehen davon, daß auch in der kommunalen Selbstverwaltung (in Frankfurt a. M. besteht z. B. der Magistrat aus 14 besoldeten und 14 unbesoldeten Mitgliedern) dafür genügend Vorbilder vorhanden sind, daß eine Aktionskörperschaft sehr wohl 20 bis 30 Köpfe stark werden kann. Wenn im Parteivorstande von den besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern eine solche Kopfstärke erreicht ist, mag der jetzt schon hin und wieder angedeutete Ausweg ernstlicher Erwägung wert sein, ob statt einer weiteren Verstärkung der Vorstandsmitglieder nicht eine Anstellung von nicht dem Vorstande angehörenden Beamten vorzuziehen sei; heute ist der Gedanke noch verfrüht. Im übrigen sind auch jetzt schon dafür Ansätze vorhanden in dem angestellten technischen Zeitungssachverständigen und der angestellten Hilfskraft im Frauenbureau.

In dem jetzigen Stadium der Parteientwickelung muß es darauf ankommen, den nötigen Einklang zwischen der organisch entstandenen Arbeitsteilung in der Gesamtbewegung und der planmäßigen Arbeitsteilung in der Parteizentrale herbeizuführen und damit gleichzeitig die nötige Entlastung der Vorstandsbeamten von Verwaltungsarbeiten zu erreichen, die wiederum nur durch entsprechende Vermehrung der besoldeten Vorstandssekretäre möglich ist; die vorjährige Vermehrung beseitigte nur die gröblichste Ueberlastung. Diese Maßnahmen im Verein mit der sonst vorgeschlagenen Vermehrung des ehrenamtlichen Elements in Vorstand und Kontrollkommission sichern die allseitig gewünschte Zurückdrängung des bureaukratischen Geistes und die Entfaltung größerer Initiative und Aktivität. Daher sollte die Partei die Reorganisation der Parteileitung in diesem Sinne vornehmen.

Der italienische Parteitag.

Reggio Emilia, den 10. Juli 1912.

Vierter Tag.

Im Anschluß an das gestrige Votum über den Ausschluß der vier rechtsreformistischen Abgeordneten ist Genosse Canepa, der

Kleines Feuilleton.

Höllen auf Erden. Die Hitzewelle, die gegenwärtig wieder in Amerika wütet und ihre Opfer fordert, stellt auch uns das bedrohliche Schreckbild einer Zeit vor Augen, in der die Strahlen der Sonne nicht mehr Segnungen und Freude bereiten, sondern zu den verderbenbringenden Pfeilen des Phöbus Apollo werden. Doch selbst, wenn uns wieder, wie im Vorjahr einige Wochen der Schwüle in Aussicht stehen sollten, so können sie doch höchstens als ein kleines Fegefeuer betrachtet werden, im Vergleich mit den Höllengluten, die in manchen Gegenden unseres Erdballes etwas ganz Alltägliches sind. Unter diesen „Höllen auf Erden“ ist wohl die schlimmste die des Roten Meeres. Hören wir, was uns ein Reisender, der Franzose Chevrillon, davon erzählt: „Wir sind auf der Höhe von Massaua. Schwere, feuchte Hitze, in der sich die Glieder gleichsam aus ihren Gelenken zu lösen scheinen, in der jedes Wesen schmilzt und schwach wird, nasse Schwüle, die Tag und Nacht lastet und entnervt. Trotz des Doppelzeltes, das auf allen Seiten das Schiff bedeckt und das Meer ebenso wie den Himmel verbirgt, sind die Augen entzündet von dem Uebermaß der Helligkeit. Kein Luftzug; die feurige Luft steht starr und unbeweglich wie eine brennende Mauer. Bisweilen blitzt das Meer auf durch einen Spalt im Zelt, und erscheint wie eine Decke von flüssige Glas, trägt, dicht, drückend. Nichts Furchtbareres und Beklemmenderes gibt es, als ein unerträgliches Aufglühen im Sonnenfeuer. Man dämmert dahin in einer schweren Betäubung, in der das Gehirn wüst ergittert, und einem plötzlichen Aufblitzen der Angst, beim jähen Emporschrecken und jenen wilden Visionen voll Grauen, die sich der widerstandunfähigen Phantasie bemächtigen.“

Die Todesfälle, die durch die Hitze während der Fahrt im Roten Meer hervorgerufen werden, sind zahlreich. Man zählt hier bis zu 50 Grad im Schatten, und wie in Amerika ist es die Feuchtigkeit der Luft, die die Hitze noch unerträglicher macht. Aber der heißeste Fleck ist das Rote Meer noch nicht; in der Sahara werden noch ganz andere Temperaturen gemessen; die größte Wärme, die Henri Duverrier hier feststellte, betrug 67,7 Grad Celsius. In den französischen Kolonien von Nordafrika steigt die Wärme häufig bis über 40 Grad, und man darf von Glück sagen, wenn man wenigstens von dem glutheißen, giftigen Wüstensand verschont bleibt. Eine Vorstellung von der Hitze gibt eine Geschichte, die der General Quesnoy erzählte. Er fuhr mit der Post von Orléansville nach Ténès, als einer der Reisenden rief: „Das wird aber heut eine heiße Fahrt, man kanns schon jetzt kaum aushalten.“ „So heiß,“ antwortete der Postillon ruhig, „daß man die Eier an der Sonne kochen kann“. Eine Wette ward abgeschlossen; vier rohe Eier wurden auf den Kutscherbock gelegt, und bevor man die erste Station erreichte, waren sie ganz hart gekocht. Aber nicht nur die Hitze, sondern auch die Kälte schafft Höllen auf Erden. Eine solche ist die Stadt Werchojansk in Sibirien, 67 Grad 33 Minuten 31 Sekunden nördlicher Breite. Steinhäuser gibt es hier nicht, sondern man wohnt in Holzhütten und Erdhöhlen; große Hitze wechselt hier mit noch größerer Kälte. Die Durchschnittstemperatur der heißesten Tage beträgt 30 Grad über Null, die der kältesten 61,9 Grad unter Null. Die Durchschnittstemperatur beläuft sich immerhin auf 16,7 Grad unter Null. Die unglückliche Stadt hat nur 40 Tage im Jahr den Genuß des Sonnenlichtes.

Die Nerven beim Sonnenstich. Ueber die Ursachen, die Merkmale und Folgen des Hitzschlages sind schon viele Forschungen veröffentlicht worden, während der eigentliche Sonnenstich wegen seines selteneren Vorkommens noch keine ganz ausreichende Aufklärung erfahren hat. Namentlich läßt die Kenntnis des Einflusses auf die Nerven noch zu wünschen übrig. Ueber diesen Punkt hat Professor Weisenburg aus Philadelphia eine ausführliche Arbeit veröffentlicht. Er schildert darin namentlich einige Fälle, die als ungewöhnlich zu betrachten sind. Bei einem vom Sonnenstich betroffenen Mann wurden vielfache Verletzungen der Nerven festgestellt, die zu einer vorübergehenden Gehirnlähmung führten. Bei einem anderen Fall, der mehr als Hitzschlag anzusprechen war, traten eigentümliche Muskelkrämpfe auf. Ueberhaupt sind Lähmungserscheinungen bei derartigen Unfällen nicht selten, dagegen scheinen Störungen der Sinnestätigkeit niemals vorzukommen.

Ueber die Art der Nervenverletzungen bei Hitzschlag und Sonnenstich ist deshalb so wenig bekannt, weil es verhältnismäßig selten zu einer anatomischen Untersuchung gekommen ist. Die Annahme, daß dabei eine Blutüberfüllung des Gehirns, die Bildung von Blutgerinsel in den Adern, kleine Blutungen im Rückenmark, eine Gehirnhautentzündung, Veränderungen in den einzelnen Zellen, eine Wasserentziehung aus den Geweben, eine Vergiftung der Säfte und dergleichen die Erklärung der Krankheitsmerkmale abgeben soll, zeigt nur, wie wenig Sicheres über die Wirkung unmäßiger Hitze erwiesen worden ist. Steht doch jener Theorie von der Blutüberfüllung eine andere gegenüber, wonach auch eine Blutleere des Gehirns zum Hitzschlag oder wenigstens zum Sonnenstich führen kann. Professor Weisenburg hält es für nicht unwahrscheinlich, daß eine Vergiftung der Säfte vorliegt, die wohl in einigen Fällen vielfache Blutergüsse verursacht. Außerdem muß aber im körperlichen Zustande eines Menschen etwas gegeben sein, was ihn besonders anfällig dafür macht, dem Einfluß einer hohen Temperatur zu erliegen. Der Forscher hat mehrere Jahre als Stabsarzt auf den Philippinen zugebracht und trotz der tropischen Hitze bei den neu angekommenen, also an das Klima noch garnicht gewöhnten Soldaten nur sehr wenige Fälle von Hitzschlag erfahren. Unter den Eingeborenen kam er überhaupt niemals vor. Die Soldaten, die davon befallen wurden, hatten sich entweder mutwillig der Sonne ausgesetzt oder Alkohol genossen. Ueberhaupt legt Dr. Weisenburg das stärkste Gewicht auf die Lehre, daß man sich bei ungewöhnlich heißem Wetter des Alkoholgenusses enthalten müsse, besonders wenn man einer körperlichen Anstrengung in der Sonnenglut entgegengeht.

Paul Meyerheim wurde am Sonnabend siebzig Jahre alt. Gerade hatten wir Gelegenheit, in der „Großen“ die Kunst dieses Berliner Malers kennen zu lernen: ein sehr detaillierter, fleißiger, aber auch langweiliger Realismus. Dazu die Lebensenge der Zeit um 70, patriarchalische Großväterei und kleinstädtisches Spießertum. Darüber hinaus hat es Meyerheim nie gebracht. Eines seiner bekanntesten Bilder ist das einer Menagerie; es wurde mit wahlloser Neugierde für bedürfnislose Leute, Leser der „Gartenlaube“ und des „Hinkenden Boten“ gepinselt. Wenn man von Meyerheim das beste sagen will, was überhaupt gesagt werden kann, so ist das: daß er in die Gefolgschaft von Adolf Menzel gehört. Aber nur in den Troß. Darum ist es eine lächerliche Uebertreibung, wenn einige bürgerliche Blätter Jubiläumshymnen loslassen. Zwar murmeln sie beschämt zwischen den Hurras kritische Einschränkungen; immerhin, sie feiern. Solche Sentimentalität ist albern und ist es doppelt, weil Meyerheim nicht nur ein mäßiger und ganz belangloser Maler, sondern auch ein bewußter Gegner der modernen Kunst ist. Eingeweihte wissen, wie er mit allerlei Mittelchen Herrn von Tschudi befehdete, wie er auch heute noch seinen Mißmut bestimmten Hofkreisen vertraut, um so allem Neuen Hindernisse zu schaffen.

Notizen.

— Die Kino-Zensur. Bei den Erörterungen über die Gefahren der Kinos ist vielfach eine Kino-Zensur gefordert worden. Tatsächlich haben wir die längst: 6½ Kilometer Films werden täglich im Berliner Polizeikinematographen der Zensur unterworfen. Hier walten ständig zwei Zensoren und zwei Vorführer ihres Amtes. Nachmittags findet die Revision der von den Zensoren beanstandeten Bilder statt. Sie wird unter Aufsicht eines Regierungsrats von zwei Polizeiräten gehandhabt; einem dritten liegt die Aufgabe ob, die für die Kindervorstellungen bestimmten Films zu begutachten. — Sensationelle, blutrünstige, brutale Films kann die Polizei schon heute verbieten — wenn ihr daran läge.

— Die Kunst als G. m. b. H. kommt immer mehr in Aufnahme. Für die von Reinhardt inszenierte Pantomime „Das Wunder“ hat sich eine G. m. b. H. gebildet. Auch der große Harry Walden hat sich als G. m. b. H. etabliert.

— Eine Sammlung politischer Broschüren aller (?) Parteirichtungen will die Deutsche Nationalbücherei in Gotha einrichten, da diese Art Literatur meist verloren geht.

— Der beurlaubte Verstand. Am Eingangstor eines Verwaltungsbureaus in Metz war kürzlich ein Zettel angebracht, auf dem zu lesen stand: „Nur rechts klingeln. Amtsverstand beurlaubt.“ — Die besten Witze über die Bureaukratie macht doch die Bureaukratie selbst.

— Ein Perserteppich für 105000 M. Auf einer Londoner Versteigerung wurde ein persischer Seidenteppich des 17. Jahrhunderts, der nur 8 Fuß lang und 5¼ Fuß breit ist, mit 105 000 M. bezahlt.

ebenfalls Rechtsreformist ist, von dem Präsidium des Parteitags zurückgetreten. An seiner Stelle ernennt der Parteitag den Genossen Barbato. Genosse Bidolli, ebenfalls Rechtsreformist und Mitglied des bisherigen Parteivorstandes, teilt mit, daß er sich mit seinen Fraktionskollegen solidarisch fühlt und daher nicht sein Referat über die Reform des Organisationsstatuts erstatten kann.

Es wird darauf beschlossen, ein Sympathie-Telegramm an Amilcare Cipriani und an Morgari sowie ein solches an die Bergleute von Yorkshire, die gestern 85 Tote auf dem Schlachtfeld der Arbeit gelassen haben, zu senden.

Nachdem der Parteitag nach dem Bericht der Revisoren über die Verwaltungsgebahrung des Parteivorstandes diesem Decharge erteilt hat, nimmt Genosse Treves das Wort. Ihn begrüßt anhaltender Beifall und der Ruf: „Es lebe der „Avanti"!" Er gibt den

Bericht über den „Avanti".

Referent sei Gegner der Ueberführung des Zentralorgans nach Mailand gewesen, hat sich aber durch die Erfahrung überzeugt, daß die Ueberführung ein Glück für den „Avanti" war. In Mailand hat das Blatt seine Gegnerschaft gegen den Krieg am besten zum Ausdruck bringen können. Ueber die Finanzlage des Zentralorgans einen Bericht zu erstatten, sei nach der Umgestaltung des Blattes in eine Aktiengesellschaft nicht Sache des Chefredakteurs.

Was die politische Aktion betrifft, so war es Hauptaufgabe des Blattes, sich dem Kriegstaumel und der moralischen Pervertierung der Massen durch den Nationalismus entgegenzustellen, mit allen Mitteln und ungeachtet der brutalen gewalttätigen Reaktion, die selbst zu tätlichen Angriffen auf die Redakteure geschritten ist. (Beifall.)

Das Blatt war Ausdruck der Gesamtpartei, ohne natürlich die besondere Richtung seiner Leitung verleugnen zu können. Wir mögen geirrt haben, wir haben aber stets versucht, gerecht und billig zu sein. Heute lege ich das Blatt in Eure Hände zurück mit der Versicherung meiner Fraktion, daß wir es auch unter der neuen Leitung als die Fahne der Partei ansehen und treu zum „Avanti" stehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Musatti gibt im Namen der revolutionären Fraktion eine kurze Erklärung ab. Seine Fraktion verzichtet auf jede auf Einzelheiten eingehende Kritik des Zentralorgans. Alles was das Blatt gefehlt haben mag im Hinblick auf die inneren Verhältnisse der Partei, ist ihm mehr als vergeben wegen seiner mannhaften Campagne gegen den Krieg. (Beifall.) Redner nimmt mit Genugtuung die Solidaritätserklärung des Genossen Treves für das einer neuen politischen Leitung entgegengehende Zentralorgan zur Kenntnis und schließt mit einem Wunsch für das Gedeihen des „Avanti".

Modigliani, Mitglied des bisherigen Parteivorstandes legt dar, warum dem Parteitag kein finanzieller Rechenschaftsbericht vorgelegt werden konnte. Der „Avanti" gehört einer Aktiengesellschaft, in der den Statuten gemäß der Parteivorstand stets mehr als die Hälfte der Aktien besitzt. Diese stellt selbstverständlich alle administrativen Dokumente dem Kongreß oder der von diesem zu ernennenden Kommission zur Verfügung. Der neue Parteivorstand kann sofort Genossen mit der Prüfung der Finanzgebarung des Blattes betrauen.

Immerhin kann Redner versichern, daß die Verhältnisse so sind, daß das Leben des „Avanti" gesichert ist, wenn alle Genossen wie bisher ihre Pflicht tun. Die Aktiengesellschaft, die den „Avanti" herausgibt, ist mit einem Kapital von 1 200 000 Lire gegründet worden; davon sind 505 000 Lire durch den Besitzanteil des Parteivorstandes gebildet und stellen den Geldwert der Zeitung bei ihrer Uebernahme dar. Weitere 100 000 Lire hat der Parteivorstand eingezahlt, so daß er über die Mehrheit der Aktien verfügt. Von den übrigen 600 000 Lire sind bis jetzt 470 000 Lire von Arbeiterorganisationen wie von privaten Parteigenossen gezeichnet. Für die 130 000 Lire, die noch zu zeichnen sind, möge die Partei aufkommen. Es genügte, daß jede Parteisektion eine Aktie erwürbe, um die Lage des Blattes zu sichern.

In Italien haben fast alle Zeitungen ein nicht unbedeutendes Defizit, was sich aus den hohen Kosten der Herstellung und dem geringen Ertrag des Handverkaufs erklärt. Soweit die großen Tageszeitungen sich nicht am Reptilienfonds stärken, decken sie ihr Defizit und erzielen einen Reinertrag aus illustrierten Wochenblättern. Auch das illustrierte Sonntagsblatt des „Avanti" wird binnen kurzem einen Reinertrag ergeben.

Bis jetzt ist nur ein Teil des Aktienkapitals eingezahlt. Noch 810 000 Lire sind zu zahlen, was eine Lebensfähigkeit für etwa 81 Monate bedeutet, da das Defizit monatlich etwa 10 000 Lire beträgt. Heute gibt nur die Halbmonatszeitung für die Propaganda unter den Frauen, die „Difesa della Lavoratrici" einen Reinertrag, wofür wir der Chefredakteurin Genossin Anna Kuliscioff danken müssen. (Andauernder Beifall.) Redner fügt hinzu, daß seit der Verlegung nach Mailand die Auflage des „Avanti" verdreifacht, die Verhältniszahl der von den Handverkäufern zurückgegebenen Exemplare auf ein Drittel gesunken, die Zahl der Abonnenten verdoppelt ist.

Es gelangt darauf durch Akklamation eine Tagesordnung zur Annahme, die dem „Avanti" für seine Haltung gegen den Krieg den Beifall des Parteitages ausspricht.

Es sollte nun die Frage der

Taktik und des Programms für die Parlamentswahlen

verhandelt werden, zu welchem Punkte die drei Referenten Modigliani, Lerda und Berenini gedruckte Referate vorgelegt haben, die die Stellung der Linksreformisten, der Revolutionäre und der Rechtsreformisten dartun.

Die Reformisten erklären aber, mit Rücksicht auf das gestrige Votum von einer Diskussion abzusehen, deren Resultat bei dem großen Uebergewicht der Revolutionäre von vornherein klar und unzweifelhaft ist. Die Fraktion der Linken begnügt sich damit, ihre Stärke in der Höhe anerkannt zu sehen, die sich aus der Summe der beiden Tagesordnungen Modigliani und Reina ergibt.

Lerda, von Beifall begrüßt, gibt im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, daß die Revolutionäre auf eine Diskussion verzichten. Legt seine Resolution vor, die sich mit der Frage der kommunalen Wahlen deshalb nicht beschäftigt, weil dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung steht. Redner persönlich ist gegen die Wahlbündnisse, will aber nicht die absolute Ablehnung bei den kommunalen Wahlen. (Unruhe.) Diese Frage ist nicht hier zu behandeln. (Große Unruhe.)

Mazzoni (Linksreformist) beschuldigt die Revolutionäre, weniger intransigeant zu sein, als seine Richtung. Es schließt sich hieran eine heftige Diskussion an, in der Modigliani, Ciccotti, Mussolini und andere das Wort nehmen. Aus den Erklärungen geht hervor, daß die revolutionäre Fraktion, um eine Spaltung zu verhüten, sich dahin geeinigt hat, die Frage der Kommunalwahlen nicht zur Sprache zu bringen. Die Prinzipienerklärung und die Begründung der Taktik ist es, die die Resolution Lerda von der linksreformistischen scheidet.

Man einigt sich dahin, die Tagesordnung Lerda in ihrer ursprünglichen Form ohne die von den Genossen der Romagna vorgeschlagenen Amendements anzunehmen. Die Resolution, die als Grundlage der sozialistischen Taktik den Klassenkampf erklärt und den republikanischen Charakter der Partei betont, lehnt die Teilnahme an der Regierung ab, ebenso die Unterstützung eines Kabinetts, verwirft alle Wahlbündnisse im ersten Wahlgange, setzt der Autonomie der Parlamentsfraktion Grenzen und fordert eine energischere Agitation der Grundsätze der Partei. Diese Tagesordnung gilt also als angenommen mit rund 12 500 gegen 9000 Stimmen.

Nachmittagssitzung.

Die Nachmittagssitzung wird unter dem Eindruck eröffnet, den die Nachricht der Gründung einer neuen „sozialistischen reformistischen Partei Italiens" hervorruft, die von den ausgetretenen Rechtsreformisten soeben beschlossen worden ist. Dieser neuen Partei traten außer den vier Ausgeschlossenen die folgenden Abgeordneten bei: Badaloni, della Sbarba, Giacomo Ferri, Merloni, Canepa, Graziadei, Trapanese, Berenini, Bertesi. Ihren ersten Kongreß wird die neue Partei im Oktober in Rom abhalten, wie wir bereits telegraphisch berichtet haben.

Da der Referent über das Organisationsstatut fehlt, wird über

die Stellung der Jugendorganisation zur Gesamtpartei

diskutiert. Von dem bisherigen Parteivorstand war der Vorschlag gemacht worden, die Föderation der Jugendorganisationen aufzuheben. Diese Föderation zählt heute 12 000 Mitglieder. Zur Diskussion sprechen Modigliani, Libordi, Bella und Serrati, worauf der Kongreß, dessen Zeit beschränkt ist, dem Vorschlage beitritt, die Auflösung abzulehnen und die Frage der Jugendorganisationen dem Parteivorstand zu überweisen.

Die Frage des Organisationsstatuts

erleidet dasselbe Schicksal. Der vom Parteivorstand ausgearbeitete Entwurf ist erst während der Tagung des Parteitages verteilt worden. Daher ist es unmöglich, sie in den letzten Stunden des Kongresses zu erledigen. Im Namen der Revolutionäre schlägt Francesco Ciccotti vor, den Entwurf den Sektionen zur Begutachtung zu unterbreiten.

Serrati (Rev.) bestreitet die Möglichkeit, durch Referendum ein Statut anzunehmen. Der Parteitag beschließt, den Vorstand mit der Ausarbeitung eines Statuts zu beauftragen, über das eine Zusammenkunft mit beschränkter Vertretung zu beschließen hat.

Die Wahl des Parteivorstandes.

erfolgt unter Stimmenthaltung der Linksreformisten, die auch erklären, die ihnen angebotenen zwei Sitze im Parteivorstand als Minderheitsvertreter abzulehnen. Dies geschieht nach den Erklärungen ihres Redners nicht aus Feindseligkeit, sondern um den Revolutionären die ungeteilte Verantwortlichkeit ihres Sieges zu lassen.

Gewählt werden die folgenden Genossen: Agnini, della Seta Cagnoni, Fioritti, Trematore, Bella, Mussolini, Lazzari, Smorti, Musatti, Mastracchi, Baldanoff und Ratti. Mitglieder des Parteivorstandes sind ferner der Chefredakteur des „Avanti", der politische Sekretär, der administrative Sekretär und der Sekretär der Parlamentsfraktion.

Durch Akklamation wurd Giovanni Bacci als Chefredakteur des „Avanti" erwählt. Die Wahl der Sekretäre wird vom Vorstande selbst vorgenommen und fällt auf die Genossen Lerda und Zerbini. Die Bezeichnung des Sekretärs der Parlamentsfraktion hat durch diese zu erfolgen.

Es bleiben nun noch die Initiativanträge der Sektionen. Der Linksreformist Mazzoni bringt hier die Frage der Zugehörigkeit zum Freimaurerorden zur Sprache. Die Frage hat mehrere Parteitage beschäftigt, ohne eine Lösung zu finden; auch ein Referendum über diesen Punkt blieb unentschieden. Redner behauptet, daß der Freimaurerorden eine politische Partei sei, die auf die Auflösung der Parteischeidungen in einen demokratischen Brei hinarbeitet. Legt eine Tagesordnung in diesem Sinne vor, die ein neues Referendum über die Frage fordert. Der Kongreß nimmt eine Resolution gegen den Freimaurerorden an, worauf der eben ernannte Parteisekretär Genosse Lerda erklärt, daß seine Zugehörigkeit zum Freimaurerorden der Partei bekannt war. Er sieht somit in dem Votum ein Mißtrauensvotum und gibt seinen Austritt aus der Partei bekannt. (Unruhe. Protest.)

Libordi, ein Unterzeichner der Tagesordnung, hebt hervor, daß er seine Tagesordnung nur auf die Freimaurer bezogen hat, die nach der Gründung der Partei dem Freimaurerorden beitraten, nicht auf Lerda, der wie Andrea Costa, vor mehr als 30 Jahren dem Freimaurerorden beitraten. Der Parteitag beschließt durch Akklamation, den Austritt Lerdas aus der Partei als nicht erfolgt anzusehen.

Daraufhin schließt Genosse Lazzari die Verhandlungen mit einem Hinweis auf die wichtigen Anträge und Beschlüsse des dreizehnten italienischen Parteitages, von dem eine neue revolutionäre Aera der Partei datieren wird.

---

23. Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Amsterdam, 12. Juli.

Erster Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist die Frage der

Alters- und Invalidenrenten.

Dazu liegen folgende Anträge vor. Von Holland: Da die frühzeitige Invalidität und das frühzeitige Altern der Bergleute eine Folge ihrer Berufsarbeit sind, haben die Bergarbeiter ein Recht auf Invaliden- und Alterspension. Der Kongreß beauftragt die nationalen Organisationen, sich an die Regierung ihres Landes zu wenden, um eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen. Von Frankreich wird beantragt, zu fordern, daß den Bergarbeitern nach 35jähriger Dienstzeit im Alter von 50 Jahren eine Rente von wenigstens 2 Franken den Tag bezahlt werde. Im Fall der Invalidität oder falls der Arbeiter die Grubenarbeit aufgibt, ist die Rente nach der Zahl der Arbeitsjahre zu bemessen; der Witwe und den Waisen ist die Hälfte der Rente zu bezahlen. — In der Debatte erklärt Witt-Bochum, daß die deutsche Forderung ungefähr doppelt so weit gehe als die französische, da sie den halben Hauerlohn als Pension beanspruche. — Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Die Achtstundenresolution

wird nun nach dem Bericht der Geschäftskommission in folgender Form einstimmig angenommen:

„Wir sind der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, um die Einführung des Arbeitstages von höchstens acht Stunden (diese Forderung wurde auf Wunsch der Amerikaner aufgenommen) einschließlich der Ein- und Auffahrt für alle unter und über Tage beschäftigten Bergarbeiter zu beschleunigen. Außerdem soll nicht zugelassen sein, es soll auch nicht möglich sein, mehr als eine Schicht innerhalb von 24 Stunden zu verfahren."

Holland erklärt dazu, daß diese Forderung für alle Arbeiter, nicht nur für die Bergarbeiter gelten soll.

Die Versicherung der Bergarbeiter

betrifft folgende, von Wallace begründete Resolution Belgiens: „Der Kongreß spricht sich für ein System der allgemeinen Versicherung auf Kosten der Unternehmer aus, die den Bergarbeitern folgende Unterstützung gewährt: Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; die Mindestraten müßten wenigstens 75 Proz. des täglichen Lohns erreichen.

Witt-Bochum erklärt namens der deutschen Delegation: Für uns ist diese Resolution unannehmbar. Wir wünschen nicht eine Versicherung, die ganz auf Kosten der Unternehmer geht. Wir fordern, daß die Arbeiter auch einen Teil der Beiträge bezahlen, dafür aber auch die Kassen — mit Ausnahme der Unfallversicherung, fordern wir das — verwalten. Als die Arbeiter noch die Knappschaftskassen verwalteten, waren sie wirkliche Wohlfahrtsinstitute; heute aber unter der Unternehmerverwaltung sind sie Lohndruckinstitute geworden. Die Unternehmer rechnen die Beiträge als Teil des Lohns — zahlen sie den ganzen Beitrag, so reduzieren sie „entsprechend" den Lohn. Das Ergebnis ist, daß die Arbeiter doch Beiträge bezahlen, die ja doch sowieso ein Teil des Lohns sind, daß sie aber dafür auch die Verwaltung in die Hand bekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen.)

Marville-Belgien: Es handelt sich für uns darum, die bei uns eingeführten Unfallrenten (auf Kosten der Unternehmer) auch für die Berufskrankheiten einzuführen. — Hue-Essen: Die Resolution entspricht dem aber gar nicht. Es handelt sich um die Frage der Kostenaufbringung. Bei unseren reichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung könnt Ihr Euch schon auf uns verlassen! — Richer-Frankreich ist für die Resolution, da heute die Unternehmer- und Versicherungsanstalten durch ihre Vertrauensärzte usw. die Arbeiterrenten verkürzen. — Die englische Delegation erklärt sich unter Darlegung des englischen Versicherungswesens mit der Resolution einverstanden. Abhängigkeit der Aerzte fürchten wir nicht, überdies kann das zur Entscheidung berufene Gericht immer einen anderen Arzt beiziehen. Hinter jedem Versicherungsgesetz muß übrigens immer eine starke Organisation stehen. Wir nehmen die Resolution, so wie sie von Marville erläutert wurde, an. — Lacey-Nordamerika: Für uns ist die Frage ziemlich neu. Die Beitragsfrage müssen wir vom einem höheren Standpunkt ansehen. Da das ganze Volk an der Kohlenproduktion so ungemein interessiert ist, soll der Staat die Arbeiterversicherung hier, wie in anderen Berufen, tragen. — Vieth-Holland schließt sich der Stellungnahme der Deutschen an.

Die Resolution wird gegen die Deutschen und Holländer angenommen.

Zweijährige Kongresse.

Hue bespricht den seit Jahren immer wieder, bisher aber stets vergebens gestellten Antrag Deutschlands, Hollands, Frankreichs und Oesterreichs, die Internationalen Kongresse nur alle zwei Jahre abzuhalten. Hue erklärt, daß verschiedene Länder schon Vorbereitungen für 1913 getroffen haben, deshalb stellt er aus Entgegenkommen folgenden Antrag:

Dieser Kongreß beschließt, daß mit Rücksicht auf die von verschiedenen nationalen Organisationen bereits getroffenen Vorbereitungen der nächste internationale Kongreß 1913 stattfindet. Von da an wird der Kongreß regelmäßig alle zwei Jahre abgehalten. Das Internationale Komitee hat das Recht, außerordentliche Kongresse einzuberufen, wenn außerordentliche Ereignisse, durch die die bergmännischen Interessen ungewöhnlich berührt werden, eintreten, die eine Aussprache und Beschlußfassung der internationalen Bergarbeitervertretung notwendig machen. Den Tagungsort bestimmt das Internationale Komitee in derselben Sitzung, in der es die Geschäftsordnung und das Programm des folgenden Kongresses festsetzt. Doch soll hierbei der bisher angewandte Wechsel zwischen den im Komitee vertretenen Ländern nach Möglichkeit beibehalten werden.

Hue fügt hinzu: Kameraden, wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß die auf diesem Kongreß besprochenen Fragen ebensogut im nächsten Jahre hätten besprochen werden können. Nun waren auch deutsche und englische Streiks und dazu konnten wir nichts Wesentliches beschließen. — Der nächste Internationale Kongreß soll ja in Wien abgehalten werden, aber da die Oesterreicher nicht hier sind, können wir das noch nicht beschließen.

Bezant-Frankreich ist der Meinung Hues. Der letzte französische Kongreß hat sich mit großer Mehrheit für zweijährige Kongresse ausgesprochen. Bei alljährlichen Kongressen können sich manche Nationen nicht vertreten lassen. Das Fehlen der Oesterreicher auf diesem Kongreß ist außerordentlich zu bedauern. — Walker-Amerika ist zwar für jährliche Kongresse, muß aber den Einwand der Schwäche mancher Verbände als begründet anerkennen. Die Bergarbeiterinternationale soll wirklich leben, jeder organisierte Bergarbeiter der Welt sollte pro Monat 1 Cent (4 Pf.) beitragen. Die leitenden Kameraden sollten angestellt und mit dem Beruf der nationalen Kongresse beauftragt werden! (Beifall.) — Maroille-Belgien spricht unter starkem Beifall der Engländer für jährliche Kongresse, deren Abschaffung vom Publikum als eine Schwächung der Internationale betrachtet werden würde.

Der Antrag Hue wird gegen Belgien angenommen. Ein französischer Delegierter erklärt im Gegensatz zu seinen Landsleuten, gegen den Antrag zu stimmen, was aber vom Vorsitzenden als nach der Geschäftsordnung unzulässig erklärt wird.

Zu der von Belgien angeregten Frage der Schaffung einer

internationalen Ueberweisungskarte

erklärt Smillie vom Internationalen Komitee, daß die großen Unterschiede in den Organisationsverhältnissen der einzelnen Länder erst eine vorhergehende Untersuchung über das Unterstützungswesen nötig machen. Die nationalen Sekretäre sollen ihre Berichte hierüber bis Ende 1912 an den Internationalen Sekretär einsenden, damit dem nächsten Kongreß Vorschläge unterbreitet werden können. (Allgemeine Zustimmung.)

Hierauf wird Ashton einstimmig zum Internationalen Sekretär wiedergewählt, zum Internationalen Schatzmeister Abraham-Wales. Den Präsidenten wählt das Internationale Komitee.

Zu nationalen Sekretären werden gewählt: Maroille-Belgien, Barthuel-Frankreich, Hue-Deutschland, Jarolim-Oesterreich, Elfers-Holland, Perry-Nordamerika, Ashton-England.

In das Internationale Komitee werden gewählt: Smillie, Abraham, Fred Hall für England; Cavreau und Calevaert, Maroille als Stellvertreter, für Belgien; Jakobowicz, Schmidt, Witt, Hue und Sachse für Deutschland; Lamendin, Barthuel und Quintin für Frankreich; Elfers für Holland; Jarolim für Oesterreich; White, Hayes und Perry für Amerika. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Auf eine Anfrage Germers-Amerika teilt Ashton mit, daß zu jedem Internationalen Kongreß die Amerikaner eingeladen worden seien, trotzdem ihr Generalsekretär einmal mitgeteilt habe, daß sie sich nicht mehr beteiligen. Germer: Die Nichtbeteiligung an den Kongressen geschah über den amerikanischen Kongreß hinweg!

Die Engländer stimmen beim Schluß des Kongresses die schottische „Hymne an die Freundschaft" an. Der Kongreß hat sich erhoben und bringt ein dreifaches begeistertes Hoch auf die Bergarbeiterinternationale und die Arbeiterbewegung Hollands aus.

---

7. Verbandstag der freien Gastwirte.

Frankfurt a. M., 12. Juli.

Den

Bericht der Statutenberatungskommission

gab Matthes-Berlin. Die Kommission hat einstimmig einen Antrag des Vorstandes, im Namen des Verbandes das Wort „freie" zu streichen, abgelehnt. Ohne Debatte stimmte der Verbandstag diesem Vorschlage der Kommission zu. Dann kam der strittige § 2 in Verbindung mit dem § 1 zur Beratung. Der § 2 des Statuts besagt, daß Mitglied werden kann, wer sich mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärt und politisch organisiert ist. In dieser Bestimmung sehen zahlreiche Mitglieder eine Beschränkung der Agitationstätigkeit, und seit einer Reihe von Jahren wurden auf jedem Verbandstage Anträge auf Streichung dieses Passus behandelt. Es fand sich aber bisher noch nicht die notwendige Mehrheit für die Streichung. Anträge auf Streichung des § 2 liegen nun wieder erneut vor. Die Statutenberatungskommission hat die Frage sehr eingehend behandelt. Der Berichterstatter erklärte, so wie jetzt die Verhältnisse liegen, könne es nicht weiter gehen; es müsse versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Das würden die Kollegen von ganz Deutschland mit Freuden begrüßen. (Sehr richtig.) Die Statutenberatungskommission hat sich daher in ihrer Mehrheit auf einen Kompromißantrag geeinigt. Sie schlägt vor, einem Antrag Litfin zuzustimmen, in dem gesagt wird, daß die Zwecke des Verbandes erreicht werden sollen u. a. „durch Unterstützung der Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Die Kommission ist der Meinung, daß durch diesen Passus der sozialdemokratische Charakter genügend gewahrt ist, und der § 2 in seiner jetzigen Fassung fallen kann. Später gab die Kommission hierzu noch die Definition, sie stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn der Kompromißantrag angenommen wird, es den einzelnen Zahlstellen unbenommen bleibt, die Unterstützung der Sozialdemokratie so aufzufassen, daß sie in den einzelnen Zahlstellen die Zugehörigkeit zu der sozialdemokratischen Partei verlangen.

Der Bericht der Kommission rief eine längere Debatte hervor, in der sehr lebhaft das Für und Wider erörtert wurde. Das erste Dutzend Redner sprach nur für Aufhebung des § 2 und führte hierfür das Argument an, der § 2 bedeute eine Hemmung für die Ausbreitung des Verbandes, man müßte Bewegungsfreiheit haben. Die Verfechter des § 2 erklärten, der Verband würde sich bei Aufhebung des § 2 nicht mehr von den bürgerlichen Wirten unterscheiden. Sie fürchten, daß der Verband dann ins bürgerliche Fahrwasser hineingerät. Der Verband sei mit dem § 2 groß geworden, es bestehe keine berechtigte Veranlassung, ihn aufzuheben.

Nachdem 29 Redner mit mehr oder weniger Leidenschaft ihre Ansicht vertreten hatten, wurde die Debatte durch Antrag geschlossen.

Bei der Abstimmung, die namentlich war, stimmten 48 Delegierte für die Vorschläge der Kommission und 19 dagegen. Der bisherige § 2 ist damit gefallen.

Im § 1 des Statuts wird nun gesagt:

„Die Vereinigung hat den Zweck, die materielle und geistige Lage der das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe selbständig oder in Vertretung betreibenden Personen zu heben und zu fördern.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

a) Pflege gemeinnütziger, fachwirtschaftlicher und wissenschaftlicher Vorträge;
b) Stellungnahme zu allen den Gastwirtsberuf betreffenden Angelegenheiten;
c) Abwehr aller Verordnungen und Maßnahmen, welche das Gastwirtsgewerbe bedrücken;
d) durch Unterstützung der Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands;
e) durch Pflege des Genossenschaftswesens unter den Mitgliedern;
f) Gewährung unentgeltlichen Rechtsschutzes nach den Bestimmungen der Rechtsschutzordnung;
g) Unterstützung in Not und Krankheitsfällen;
h) Unterstützung der Mitglieder und deren Frauen bei Todesfällen;
i) Pflege der Geselligkeit;
k) Unterstützung und Förderung des Verbandsorgans."

Der § 2 erhält diese Fassung:

„Mitglied kann jede Person werden, die das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe selbständig oder in Vertretung betreibt und sich mit den Grundsätzen, wie sie im § 1 niedergelegt sind, einverstanden erklärt.

Ueber die Aufnahme entscheidet die Ortsverwaltung, bei Einzelzahlern der Hauptvorstand."

Durch einen Antrag der Leipziger Delegierten wurde noch besonders beschlossen, daß die Zahlstellen das Recht haben, die Aufnahme in den Verband von der Zugehörigkeit zu der sozialdemokratischen Partei abhängig zu machen.

Bei den Bestimmungen über die Unterstützungen wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, der den Vorstand ermächtigt, an Kollegen, die dem Verband mindestens drei Jahre angehören, wenn sie krank sind, zum Zwecke ihrer Gesundung eine Beihilfe in der Höhe von 50 bis 150 M. zu gewähren. Für diesen Zweck setzte der Verbandstag 3000 M. für das laufende Jahr fest. — Die Bezirksleiter werden künftig nicht mehr in den Bezirken gewählt, sondern vom Vorstand ernannt.

Das neue Statut tritt am 1. September in Kraft.

Der Verbandstag legte dann seine

Haltung zur Presse

durch einstimmige Annahme folgender Resolution fest:

„Der 7. ordentliche Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands erklärt in bezug auf die heutigen Pressezustände:

Die bürgerliche Presse, die das Volk in Unwissenheit und politischer Sklaverei erhält und das Mittel ist, alle herrschenden Ungerechtigkeiten und Mißbräuche zu vertuschen, ist von jedem sozialistisch Denkenden zu bekämpfen.

Aufgabe der sozialistischen Presse ist, im Interesse der Gesamtheit das Volk aufzuklären und zu bilden, die Schäden in Staat und Gesellschaft aufzudecken. Diese Presse muß darum unterstützt werden.

Mit Hilfe der sozialistischen Presse soll die Grundlage freiheitfeindlicher Despotie überwunden und alle Ungerechtigkeiten der heutigen Gesellschaft an das Licht gezogen werden.

Das Organ des Verbandes der freien Gastwirte, das, im Geiste der modernen Arbeiterbewegung redigiert, als Führer, Berater und Vermittler der Hebel ist, Aufklärung und Bildung zu verbreiten, soll das geistige Schwert eines jeden Kollegen sein, um in wirksamer Weise den Befreiungskampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Geiste der Sozialdemokratie führen zu können."

Nach Neuregelung der Gehälter der Angestellten wurden Vorsitzender Litfin und Kassierer Gienke-Berlin einstimmig wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Mit einem Hoch auf den Verband und die sozialdemokratische Partei wurde er geschlossen.

Der nächstjährige Verbandstag findet in Bremen statt.

Gerichts-Zeitung.

Wenn sie einen „Roten" zu wittern glauben.

Im Kreise Niederbarnim liegt bei dem Städtchen Liebenwalde die „Kolonie Neu-Holland". Vor mehr als zwei Jahrhunderten wurde sie gegründet von einem Hohenzollern, der arbeitsfreudige und werteschaffende Hände ins Land zu ziehen suchte. Viel mehr als ihre Arbeitskraft brachten die damaligen Kolonisten nicht mit, und als ein Gnadengeschenk nahmen sie es hin, daß ihnen das zu beackernde Land umsonst überlassen wurde. Die Nachkommen jener Ansiedler hausen heute als stolze Erbsitzer auf etwa 50 Einzelgehöften, die über ein mehrere Kilometer weit sich erstreckendes Gebiet verteilt sind. Daß die wohlhabend gewordenen Neu-Holländer Bauern einen „Roten" — oder wen sie dafür halten — nicht leiden mögen, gilt bei ihnen als standesgemäß. Besonders der Name des Reichstagsabgeordneten für Niederbarnim, unseres Genossen Stadthagen, ist ihnen ein gar verhaßter Klang.

Ein Opfer dieser Rotschen der Erbsitzer des fast noch ganz schwarzen Neu-Holland ist ein Gewerbetreibender aus Liebenwalde geworden, der Schuhmachermeister Imm, der zuweilen nach der Kolonie kommt, weil er auch da manche Kunden hat. Ihn scheint bei den Neu-Holländern das in den Verdacht eines Roten gebracht zu haben, daß er als Stadtverordneter von Liebenwalde, der in der dritten Abteilung gewählt ist, das Vertrauen der minderbemittelten Bevölkerung genießt. Als am 26. Februar die Neu-Holländer in ihrem Gasthof beisammen waren, um die Vierteljahressteuern an dem hierfür angesetzten Termin zu bezahlen, meinten einige Erbsitzer sich an dem zufällig gleichfalls anwesenden Liebenwalder Schuhmachermeister reiben zu sollen. Zur Entrichtung der Steuern sind in der Kolonie die in dem Gasthof abzuhaltenden Zahlungstermine eingeführt worden, weil bei der weit zerstreuten Lage der einzelnen Gehöfte so das Steuereinsammlungsgeschäft sich besser abwickeln läßt. Für viele der Beteiligten, die in dem Gasthof zusammenkommen, verläuft ein solcher Zahltag in heiterster Stimmung. An jenem 26. Februar war sie wohl schon so auf ihrem Höhepunkt, als der Schuhmachermeister Imm in dem Gasthof eintraf, um dort ein paar seiner Kunden aufzusuchen. Das Gespräch der vergnügten Gesellschaft hatte sich auch den damals bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen und schließlich auch den Reichstagswahlen zugewandt, die kurz vorher vollzogen worden waren und in Liebenwalde nebst Umgegend durch ihr Ergebnis manchen Feind der Sozialdemokratie recht unangenehm überrascht hatten. Den Gefühlen, die bei dieser Unterhaltung die Brust der versammelten Erbsitzer erfüllten, suchte ihr Gemeindevorsteher Schreiber durch ein plötzliches Hoch auf den Kaiser wirksamen Ausdruck zu geben. Die Neu-Holländer erhoben sich, stimmten begeistert in das Hoch ein und sangen stehend eine Strophe des „Heil Dir im Siegerkranz". Schuhmachermeister Imm, dem die Stimmung ein bißchen zu angeregt schien, zog es vor, seine Zeche zu bezahlen und zum Aufbruch zu rüsten. Jetzt wurde von dem Erbsitzer Behrendt ein ironisch gemeintes „Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie" ausgebracht, wobei er in der Nähe von Imms Kopf einen Stuhl in der Luft schwang. Als Imm die Gastwirtschaft verließ, hörte er noch von mehreren Erbsitzern den Spottruf: „Adieu, Artur Stadthagen!" Er bezog das auf sich und sah darin die Absicht, ihn zu verhöhnen und zu kränken. In dieser Auffassung wurde er bestärkt, als später Behrendt, der mit einigen Begleitern auf der Landstraße im Wagen an ihm vorbeifuhr, das Lied anstimmte: „Napoleon, Du Schustergeselle!" Imm, der Schuhmachermeister, war überzeugt, daß hiermit nur auf ihn gestichelt werden sollte. Er fühlte sich durch die Neu-Holländer Späße so sehr verletzt, daß er gegen die Neu-Holländer eine Beleidigungsklage anstrengte, wegen der Vorgänge im Gasthof gegen den Gemeindevorsteher Otto Schneider sowie die Erbsitzer Paul Bartel und Ernst Behrendt, außerdem gegen Behrendt wegen des Vorganges auf der Landstraße.

Am Freitag wurde die Klage vor dem Amtsgericht Liebenwalde verhandelt. Für Liebenwalde samt Neu-Holland bedeutete das eine „große Sache", die eine so beträchtliche Zuhörerschar anlockte, daß zu Beginn der Verhandlung ein bei der schwülen Temperatur geradezu beängstigender Sturm auf den Gerichtssaal entstand und der Zuhörerraum sich im Nu bis auf den letzten Platz füllte. Der Vorschlag eines Vergleiches, den der Vorsitzende machte, scheiterte daran, daß über die Frage der Kostenübernahme die Parteien sich nicht einigen konnten. Die Angeklagten waren bereit zu erklären, daß sie Imm nicht hatten beleidigen wollen und die von ihm als beleidigend empfundenen Aeußerungen bedauerten. Ihr Rechtsbeistand schien auf Imm dadurch wirken zu wollen, daß er hervorhob, dieser habe durch den Zwist mit den Neu-Holländern schon geschäftlichen Nachteil erlitten, müsse also selber den Frieden wünschen. Imm aber lehnte die Zumutung ab, die Hälfte der gerichtlichen Kosten zu tragen, und forderte von den Angeklagten die Uebernahme aller Kosten und Zahlung einer Buße an die Liebenwalder Sanitätskolonne. Die Verhandlung, in die dann eingetreten werden mußte, brachte keine volle Aufklärung der fraglichen Vorgänge. Die Angeklagten bestritten, Imm gemeint zu haben. Schneider erzählte, das Hoch habe er ausgebracht, um festzustellen, ob ein Sozialdemokrat anwesend sei. Das sei aber ebenso, wie der Ruf „Adieu, Artur Stadthagen!" nicht auf Imm, sondern auf eine andere Person gemünzt gewesen. Die Beweiserhebung litt sehr darunter, daß die meisten der als Zeugen geladenen Neu-Holländer erklärten, sich nicht mehr genau an das erinnern zu können, worauf es ankam. Das aber wußten sie genau, daß es an jenem Steuerzahlungstermin hoch hergegangen war. Ein Zeuge sagte: „Es war Zahltag und schon Nachmittag, da waren wir alle schon etwas angeheitert und da haben wir dann gesungen: „Heil Dir im Siegerkranz!" — und weiter weiß ich nichts." Der Vorsitzende meinte: „Na, so betrunken werden Sie wohl nicht gewesen sein, daß Sie gar nichts weiter wissen!" Aber viel war weder aus diesem Zeugen noch aus den anderen herauszubringen.

Das Gericht kam daher zu dem Urteil, bezüglich der Vorgänge im Gasthof seien alle drei Angeklagten freizusprechen, weil sich nicht habe feststellen lassen, daß Imm gemeint war. Der Vorsitzende hob hervor, das Gericht habe den Eindruck gewonnen, daß einige Zeugen mit ihren Aussagen zurückhielten. Als erwiesen wurde angesehen, daß der Angeklagte Behrendt mit seinem Gesang von „Napoleon, dem Schustergesellen", den Schuhmachermeister Imm habe hänseln und verhöhnen wollen. Behrendt soll das mit 30 M. Geldstrafe büßen.

Urteil im Asselner Dynamitprozeß.

Die Verhandlung vor dem Dortmunder Schwurgericht dauerte zwei Tage. Die Anklage gegen acht Bergarbeiter geht bekanntlich dahin, sie hätten komplottmäßig in der Nacht zum 19. März während des Bergarbeiterstreiks vor der Wohnung Arbeitswilliger in Asseln Dynamitpatronen zur Explosion gebracht. Es war dadurch erheblicher Materialschaden angerichtet. Menschen waren aber nicht verletzt worden. Schaver wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, Jungermann, Meier und Sawatzki zu je drei Jahren Zuchthaus, Ackermann zu einem Jahr Gefängnis, Blank und Dahlhoff zu je neun Monaten und Hukschlag zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die Geschworenen hatten verneint, daß die Angeklagten im Komplott gehandelt haben. Bei den letzten vier Angeklagten war nur angenommen worden, daß sie, nachdem sie von dem Verbrechen Kenntnis erhalten hatten, es unterlassen haben, Anzeige zu erstatten.

Die Gerichtsferien, die am morgigen Tage beginnen und bis zum 15. September dauern, werden in diesem Jahre bei den Moabiter Strafkammern nur wenige Veränderungen bringen. Infolge starker Arbeitsüberlastung tagen auch während der Ferien sämtliche Strafkammern des Landgerichts I, während bei den anderen Landgerichten immer zwei Strafkammern zu einer Ferienstrafkammer zusammengelegt worden sind. Anstelle der ständigen Strafkammervorsitzenden treten die sonst bei den Zivilkammern tätigen Landgerichtsdirektoren in Moabit in Tätigkeit. Während in den Strafkammern infolge der Ueberlastung trotz der Ferien der Dienst ruhig weiter geht, findet bei den Zivilgerichten zum größten Teil eine völlige Einstellung des Dienstes statt, da während der Ferien nur eilige Arrestsachen, einstweilige Verfügungen usw. zur Verhandlung gelangen.

„Anton, steck den Degen ein!"

Dieser Ruf gab die Veranlassung zu einer schweren Ausschreitung eines Schutzmannes, welche demnächst vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Wegen Körperverletzung im Amte hat sich der Schutzmann Franz Siz vor dem Strafrichter zu verantworten.

In der Neujahrsnacht gegen 2 Uhr suchte der Arbeiter Rudolf Hartwig das Schanklokal von Olscha an der Ecke der Palisaden- und Lichtenberger Straße auf. Nach kurzer Zeit wurde er durch einen furchtbaren Lärm aufmerksam, der von der Straße her in das Lokal drang. Als er hinausging, sah er eine große Menschenmenge, die hinter dem jetzigen Angeklagten, der, wie behauptet wird, stark angetrunken war, johlend und pfeifend herlief. Der Schutzmann hatte seinen Säbel gezogen und fuchtelte damit in der Luft herum. Hartwig rief ihm im Scherz die Worte zu: „Anton, steck den Degen ein!" Der Angeklagte stürzte, wie H. behauptet, sofort auf ihn los und schlug mit dem Säbel auf ihn ein. Hartwig wehrte sich nunmehr seiner Haut und gab dem Schutzmann eine derartige Ohrfeige, daß dieser zu Boden fiel. Er wurde nunmehr von Siz und dem inzwischen hinzugekommenen Schutzmann Gramlich nach dem nahegelegenen 23. Polizeirevier geschafft. Hier schlug Siz in Gegenwart mehrer Beamten mit beiden Fäusten auf H. ein, außerdem versetzte er ihm auch noch einen Fußtritt vor den Unterleib. Auf Grund dieses Sachverhalts wurde gegen S. Anklage wegen Körperverletzung im Amte erhoben. Der Angeklagte bestreitet, daß er sich zu jener Zeit im Dienst befunden habe. Die Verhandlung findet am 18. d. M. vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I statt.

Dienstherr und Dienstmädchen.

Das Landgericht Duisburg hat am 9. Januar den Bäckermeister Jakob Bengel von dort wegen Verführung und tätlicher Beleidigung seines im Jahre 1897 geborenen Dienstmädchens Marie O. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die O. war am 27. April 1911, kurz nach ihrer Entlassung aus der Schule, bei ihm als Dienstmädchen in Stellung getreten. Bald nach ihrem 14. Geburtstage begann der verheiratete Angeklagte das Mädchen mit seinen Zudringlichkeiten zu belästigen und eines Tages, als er betrunken nach Hause kam, verführte er sie. Bei einem späteren Verkehr mit ihr wurde er von seiner Frau überrascht. — Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgerichte verworfen.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher zu Berlin.
Mittwoch, den 24. Juli 1912, abends 9 Uhr:
Außerordl. Generalversammlung
im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25, Eing. Schmidstr.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über eventl. Auflösung der Kasse gemäß § 231 der Reichsversicherungsordnung.
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes.
3. Festsetzung der Entschädigung des Vorsitzenden und des Schriftführers.
4. Verschiedenes.
Die Herren Vertreter werden hiermit eingeladen. 277/10
J. A.: Gustav Laetsch, Vorsitzender.

Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerbl. Arbeiter zu Berlin.
Sonnabend, den 20. Juli cr., abends 8½ Uhr, im „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung pro 2. Quartal 1912.
2. Rückblick auf das 10jährige Bestehen der Frauensterbekasse.
3. Verschiedenes.
Eine recht rege Beteiligung, auch von Gästen, erwartet 293/12
Der Vorstand
J. A.: Friedrich Freudenreich, Vors., S. 59, Wißmannstr. 30, II.

Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter (Hetzelsche Kasse).
Sonntag, den 28. Juli 1912, vormittags 9½ Uhr pünktlich:
General-Versammlung
im Vereinshaus Berliner Musiker Kaiser-Wilhelm-Straße 18a (unterer Saal).
Tagesordnung:
1. Kassenbericht (Januar bis Juni 1912).
2. Bericht der Revisoren.
3. Festsetzung der Publikationsorgane für das Jahr 1912/13.
4. Kassenangelegenheiten.
— Mitgliedsbuch legitimiert. —
Zahlreichen Besuch erwartet 2424b
Der Vorstand.
J. A.: G. Wegner, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin.
General-Versammlung
am Mittwoch, den 17. Juli 1912, abends pünktlich 9 Uhr, im „Märkischen Hof", Admiralstraße 18a.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet 12/4
Der Vorstand.
J. A.: W. Kutschke, Naunynstr. 77.

Bäckerei-Genossenschaft Charlottenburg und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Nachtrag. 105/16
Eingetreten sind im Jahre 1911 17 Genossen, ausgeschieden keine.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise. Gegr. 1889.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145. II.

Den Parteigenossen und Freunden zur Nachricht, daß ich das 2988b*
Restaurant von C. Kippe, Landsberger Allee 37,
übernommen habe und lade zu regem Besuch freundlichst ein.
August Paris,
— Landsberger Allee 37. —
Früher Velten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10–2. 5–7. Sonntags 10–12. 2–4

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Achtung!
Java-Sumatra
hell, reinfarbig, kreideweiß brennend mit 1½ Pfd. deckend
per Pfund verzollt 3 M.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.

Apoth. Fecher's
Fußstreu-Pulver ges. gesch.
Bestes Kosmetikum d. Welt z. Pflege d. Füße. Kein Wundlaufen, kein Geruch mehr. Von ärztl. Autorität sehr empfohl. Zu haben in all. Drog. u. Apoth. Preis M 1.– Wo nicht erhältl. erf. geg. Einsdg. v. M 1.15 Franko-Versand direkt v. Fabrik
Hans Fecher, 31 Frankfurt a. M.

Technikum Berlin
Königgrätzer Str. 90.
Tages-, Abendkurse.
Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. Werk-, Maurer-, Zimmer-Meisterkurse. — Dauer 1 Jahr, vierteljährl. 20 M.
2342L* Dir. Matthes, Ing.
Programm frei!

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß
J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstr. 110.
(Billige Preise.) Per Kasse Preisermäßig. F. gut. Sitz m. garant., eigenes Stofflag.

Saison-Räumungsverkauf
Feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge
Smokings auf Seide 30—70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

+ Magerkeit +
schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thilessia". Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädl. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin-Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringerstr. 60, Elefanten-Apotheke, Leipzigerstr. 74, Weißenburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstraße 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstraße 1. Charlottenburg: Bismarckstraße 81. Spandau: Potsdamer Straße 40.

MANOLI Kardash

A. Wertheim

Leipziger Str. 126–30 / 132–37
König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Montag, Dienstag, Mittwoch:

Extra-Preise

Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137

Die Firma A. WERTHEIM hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehung

Steingut

Speiseteller tief und flach	4 Pf.
Dessertteller	3 Pf.
Kompotteller	2 Pf.
Bratenplatten oval	10 bis 38 Pf.
Bratenplatten rund	20 Pf.
Kartoffelschüsseln	52 Pf.
Terrinen	75 Pf.
Saucieren	33 Pf.
Salatieren	10, 13, 16 Pf.
Salz- und Pfeffergefässe	7 Pf.

Porzellan

weiss

Speiseteller tief	18, flach 15 Pf.
Dessertteller	10 Pf.
Kompotteller	5, 7 Pf.
Bratenplatten	23 bis 95 Pf.
Kompottieren	10 bis 60 Pf.
Beilageschalen	10 Pf.
Terrinen	1.15, 1.35
Kartoffelschüsseln	75 Pf.
Saucieren	48 Pf.
Kaffeekannen	28, 45 Pf.
Milchtöpfe	8, 10, 15 Pf.
Zuckerdosen	15 Pf.

weiss

Teekannen	28, 45 Pf.
Tassen	12 Pf.
Leuchter	10 Pf.

Bunt

Kaffeeservice 9 teilig. für 6 Personen	1.90, 2.30
Kaffeeservice 9 teilig. für 6 Personen	4.40, 4.95
Kaffeeservice 15 teilig. für 12 Pers.	5.40
Kaffeeservice 16 teilig. für 12 Personen	6.30, 11.25
Butterdosen	28, 45 Pf.
Dessertteller	15, 20 Pf.
Satztöpfe 6 Stück	95 Pf., 1.15, 1.55
Tassen	20, 24, 32 Pf.

Tafelservice mit breit. Blauband und Goldrand 30 teil. 22.00, 60 teil. 42.00, 78 teil. 62.00

Steingut

Waschgarnituren 4teilig, dekoriert 1.75
5 teilig, dekoriert
2.85, 3.40, 3.85, 4.40

Toilette-Eimer mit Einlage u. Rohrbügel 2.70, 3.25

Küchengarnituren
22 teilig, modern dekoriert
besteh. aus: 6 Gemüsetonnen, 6 Gewürztonnen, Essig- u. Oelflasche, 6 Milchtöpfe, je 1 Salz- und Mehlmeste 8.50

Glas

Bierbecher halbgeschliffen	23, 25 Pf.
Römer glatt	20, 23 Pf.
Römer glatt, mit Goldrand	48 Pf.
Käseglocken geschliffen	55, 80 Pf., 1.00
Butterglocken	65 Pf.
Salatieren 1 Reihe oliv. geschliffen	27 bis 95 Pf.
Kompotteller 1 Reihe oliv. geschliffen	18, 20 Pf.
Sturzflaschen geschliffen	45, 50 Pf.
Wasserflaschen geschliffen	45, 50 Pf.
Wassergläser geschliffen	18, 27 Pf.
Weingläser geschliffen	22 Pf.

Restposten billiger Kristall-Waren.

Pressglasgarnitur „Phönix"

Butterglocken	42 Pf.
Käseglocken	40 Pf.
Kompottieren rund	5 bis 33 Pf.
Fruchtschalen	52 Pf.
Tortenplatten	55 Pf.
Kompotteller	5 Pf.
Kuchenteller	33 Pf.
Zuckerdosen	18 Pf.

Kompottieren „Muschel", für Restaurateure sehr geeignet	10 bis 50 Pf.
Kompotteller „Muschel"	6, 8 Pf.
Weissbierpokale gepresst	20 u. 30 Pf.
Bierbecher mit Perlrand, geschliffen	20 Pf.
Bierbecher glatt	10 Pf.
Selterbecher farbig	9 Pf.
Wassergläser glatt	7 Pf.

Glas

Milchsatten gepresst, blau	8, 9 Pf.
Bierkannen gepresst	35, 45, 55 Pf.
Blumenkugeln gepresst	33, 50, 68 Pf.
Blumenkugeln gepresst, mit Metallgitter	85 Pf.
Blumenvasen gepresst, „Sonne"	25, 45, 85 Pf.
Zitronenpressen	8, 12 Pf.
Limonadenstäbe Dutzend	18 bis 75 Pf.
Bierbecher mit Goldrand	7, 10 Pf.
Bier- u. Teebecher mit Bordüre	10 Pf.
Bierbecher „Victoria", glatt, mit Goldrand	12 Pf.
Milchsatten gepresst, weiss	7, 8 Pf.

Vornehme

Herren-

Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Straße 36
1. Etage.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 38 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

---

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz.-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eleg. Paletots. Ulster. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Schöneberg.

Den geehrten Partei- und Gewerkschaftsgenossen empfehle meinen **großen und zwei kleine Säle** zu Festlichkeiten, zu Sommer- und Wintervergnügungen. Festsäle bis 1000 Personen fassend, Naturgarten bis 800 Personen mit Kaffeeküche.

Noch alle Sonnabende und Sonntage frei.

Emil Ebrecht, Schöneberg,
Martin-Luther-Straße 69 und Meininger Straße 8.

Stoffe

für elegante **Maßanzüge, Paletots, Ulster** etc., Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. **Damen - Kostümstoffe, Damentuche** „Neuheiten" Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M., **Loden** f. Pelerinen Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.

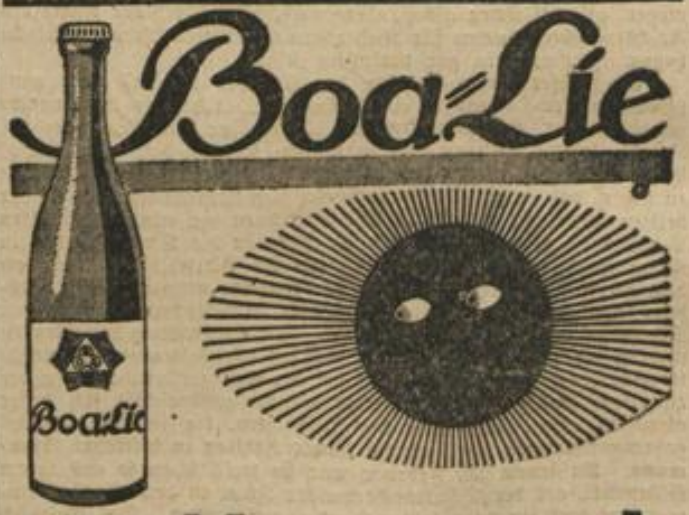
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Bös

sind ohne Frage alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Blütchen, Finnen, Röte des Gesichts 2c. Daher gebrauchen Sie nur die allein echte

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul,

à Stück 50 Pf. Ferner macht der Cream „Dada" (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weiß und sammetweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.



ein Naturtrank
aus frischen Früchten mit eigener Kohlensäure
1/1 Flasche (0,6 l) . . . . . 27 Pf.
1/2 Flasche (0,3 l) . . . . . 20 Pf.
Für die Flasche werden 7 Pf. zurückvergütet.
Wiederverkäufer in allen Stadtteilen gesucht.

Boa-Lie
G. m. b. H.
Berlin-Ch. 2, Charlottenburger Ufer 70
Fernsprecher: Amt Steinplatz Nr. 1904, 4661.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Ernte. Emissionen. Konjunktur. Zementsyndikat. Hansa.

Zu dem in der vorigen Woche veröffentlichten Saatenstandsbericht für Preußen reihten sich in der laufenden der amtliche Bericht für ganz Deutschland und Ernteschätzungen für Sachsen und Preußen. Der Saatenstandsbericht faßt sein Urteil dahin zusammen, „daß im großen und ganzen der Stand der Winterung zurzeit als recht befriedigend zu bezeichnen ist“. Die Schätzungen der voraussichtlichen Erntemengen für Roggen in Sachsen und Weizen weisen geradezu Rekordziffern auf. Da auch die Nachrichten aus Rußland, den Donauländern und Nordamerika befriedigend lauten, haben die Börsenpreise etwas nachgegeben. Es wurden notiert:

	am 22. Juni	am 12. Juli		
Weizen Juli . . .	232,75 M.	226,75 M.	also weniger	6,00 M.
Weizen September .	208,25 „	203,50 „	„ „	4,75 „
Roggen Juli . . .	197,25 „	188,75 „	„ „	8,50 „
Roggen September	176,00 „	169,00 „	„ „	7,00 „
Hafer Juli . . .	190,25 „	186,00 „	„ „	4,25 „
Hafer September .	168,50 „	163,50 „	„ „	5,00 „

Die Getreidenotierungen an der Börse variierten nach der Lieferungszeit der gehandelten Ware. Da die in Aussicht stehende gute Ernte noch nicht eingebracht ist, Vorräte offenbar aber nur sehr knapp vorhanden sind, stehen die Preise für im Juli zu liefernde Ware noch recht hoch. Für den September und die folgenden Monate rechnet die Börse dagegen mit Preisrückgängen. So schätzen die Händler der Getreidebörse, daß im September Weizen um 23 Mark, Roggen um 20 Mark, Hafer um 23 Mark niedriger stehen werden, als im laufenden Monat Juli. Ob der Konsum zu dem Preise dieser Spekulationsläufe Getreide wird erhalten können, ist allerdings sehr zweifelhaft. Schon ermahnt die „Deutsche Tageszeitung“: Hoffentlich sind die Landwirte jetzt ebenso vorsichtig, wie sie in den vorigen Jahren waren und liefern das neue Getreide nicht zu rasch und in zu großen Mengen an, damit nicht der Preisfall ein allzu großer werde.“

In diesen Tagen veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ ihre gewohnte Halbjahrsübersicht über die Neuausgaben von Wertpapieren, die einen neuen zahlenmäßigen Beweis für die herrschende Hochkonjunktur und das daraus folgende Kreditbedürfnis bildet. Besonders instruktiv wirkt ein Vergleich der Emissionen des vergangenen Halbjahres mit denen des zweiten Semesters 1911. Es wurden an Wertpapieren ausgegeben (in Millionen Mark):

	2. Semester 1911		1. Semester 1912	
	Nennbetrag	Kurswert	Nennbetrag	Kurswert
Deutsche Staatsanleihen. . . .	5	5	624	631
Ausländische Staatsanleihen . .	8	8	43	40
Stadt- und Provinz-Obligationen	117	118	240	237
Deutsche Hypotheken-Obligationen	150	150	170	170
Ausländische „ „	—	—	48	46
Sonstige „	251	250	346	342
Bank-Aktien	29	37	102	144
Eisenbahn- u. Straßenbahn-Aktien	—	—	17	23
Industrie-Aktien.	97	132	319	444

Infolge der politischen Wirren war die Emission, die noch im ersten Halbjahr 1911 rege gewesen war, im zweiten Halbjahr vergangenen Jahres recht schwach. Es fehlte an Unternehmungslust. Im Anfang d. J. aber hob sie sich ganz außerordentlich. Eine Steigerung zeigten insbesondere Industrieaktien und private Obligationen, die auch fast ganz der Industrie zuflossen. Allein um 319,20 Millionen Mark, die einen Kurswert von 444,32 Millionen Mark repräsentieren, nahm das Aktienkapital von Industrieunternehmungen zu. Elektrizitätsunternehmungen, Schiffahrtsgesellschaften, Montanwerke und große Maschinenfabriken vornehmlich brauchten zur Ausführung und Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes diese Kapitalien.

Ueber die Ausdehnung der Produktion laufen immer von neuem Rekordziffern ein. So hat sich Deutschlands Roheisenerzeugung nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im vergangenen Halbjahr auf 8,425 Millionen Tonnen belaufen. Für die ersten sechs Monate der beiden Vorjahre betrugen die Produktionskosten nur 7,682 und 7,202 Millionen Tonnen.

Ob die günstige Lage bereits Abflauungen erfährt, ist noch immer nicht erkennbar. Die seit Anfang Juni gemeldeten Preisrückgänge am deutschen und belgischen Eisenmarkt, die in Deutschland durch die offiziellen Börsennotierungen zum Teil geleugnet wurden, sind in den letzten Tagen zum mindesten zum Stillstand gekommen. Zurzeit weisen die Weltmarktpreise bereits wieder Erhöhungen auf. Besonders am englischen Markt soll sich ein Mangel an Material bemerkbar machen. Die Ausfuhr und das Aufrechterhalten der hohen Inlandspreise werden dadurch gefördert. Selbst die Skeptiker in der Beurteilung der Geschäftslage gestehen zu, daß ein Rückschlag für die nächsten Monate nicht zu erwarten ist. Sie machen aber darauf aufmerksam, daß Buchbestellungen noch keine wirkliche Abnahme bedeuten. Der Unterschied in der Beurteilung läßt sich leicht auf die Stellung der Produzenten zurückführen. Die großen gemischten Werke, die außerdem im Herbst und Winter Neuanlagen fertigstellen, haben ein Interesse, die Lage sehr günstig darzustellen, um zu Bestellungen und hohen Preisen anzuregen. Tritt dann Ueberangebot und Preisrückgang ein, so sind sie den reinen Werken immer noch überlegen und vermögen die Situation auszuhalten. Die reinen Werke aber sehen mit gemischten Gefühlen auf die jetzige günstige Lage. Zwar sind auch sie voll beschäftigt; weitere Aufträge können sie aber nicht annehmen, die nun an die leistungsfähigeren gemischten Betriebe übergehen. Sie sind schon jetzt sehr damit unzufrieden, daß der Stahlwerksverband, in dem die gemischten Werke herrschen, die Preise für Halbzeug vom Juli ab um 5 M. erhöht und die Ausfuhrvergütung herabgesetzt hat. Sie müssen ihr Rohmaterial, das jene selbst herstellen, teurer kaufen und verlieren noch die Exportprämie. Diese Benachteiligung hindert sie schon jetzt an der völligen Ausnutzung der Situation, und läßt sie erst recht mit Sorge in die Zukunft schauen.

Recht eigenartige Verhältnisse herrschen noch immer in der rheinisch-westfälischen Zementindustrie. Einige Werke hatten den Lieferungsvertrag mit dem rheinisch-westfälischen Zementsyndikat für Ende 1912 gekündigt, obgleich der eigentliche Kartellvertrag erst Ende 1913 abläuft. Die Werke glaubten nun, daß mit dem Aufhören des Lieferungsvertrages auch das Kartell auseinanderfalle und suchten neue Verkäufe abzuschließen. Auf eine Klage des Syndikats hin gab das Oberlandesgericht Hamm den Werken recht; das Reichsgericht aber verwies die Klage zurück zur Untersuchung, ob die Kündigung einen wichtigen Grund zur Auflösung des Kartells darstelle. Es besteht also der eigentümliche Zustand, daß zwar die Werke nicht mehr an das Syndikat zu liefern brauchen, aber bei Androhung hoher Konventionalstrafen auch nicht an Dritte verkaufen dürfen. Inzwischen sind die großen Zementwerke Westfalens zu einer Vereinigung zusammengetreten, die sich noch weitere Werke angliedern will, so daß das Syndikat nach erfolgter Auflösung wahrscheinlich in neuer Form wiedererstehen wird.

An der Börse geht es ohne einige Spielpapiere nicht ab. Die Linke-Hoffmann, Vogtländische Maschinenfabrik, Deutsche Waffen usw. sind jetzt abgelöst worden durch Naphtha- und Hansa-Aktien. Die Kurse der „Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa in Bremen“ sind seit dem Ende vorigen Jahres von 216 auf 294 gestiegen. Diese Bewegung ist um so auffälliger, als die anderen durch die Konjunktur ebenfalls gut rentierenden Schiffahrtsgesellschaften keine oder weit geringere Kurssteigerungen aufzuweisen haben. Die Hansa steht unter unseren Schiffahrtsgesellschaften an dritter Stelle. Es betrugen im Jahre 1911 (in Millionen Mark):

	Aktienkapital	Gewinn	Dividende	Kurs am 13. 7. 12
Hapag .	125	40,5	9	144
Lloyd .	125	41,5	5	120
Hansa .	25	11,7	15	294

Unter den Gründen für das Steigen der Hansakurse hat man nun den hervorgesucht, daß eventuell der Fürstenkonzern die Hansaaktien aufkaufe, um mit den beiden größeren Schiffahrtsgesellschaften zu konkurrieren. Wie erbittert man einen solchen Kampf aufnehmen würde, zeigte schon die Androhung der Boykottierung Emdens durch die Hapag in der Frage des Auswandererverkehrs. Jetzt finden wir einen neuen Beleg in einer Zuschrift an die „Hamburger Nachrichten“; es heißt da:

„Eine Kontrolle der Hansa durch den „Fürstenkonzern“ könnte den alten Aktionären unter Umständen recht unbequem werden. Die Hansa ist eine Bremer Gesellschaft, die von Hamburg aus fährt und genährt wird. Da sind beide Hansestädte interessiert. Die Hamburg-Amerika-Linie respektiert die Hamburg-Indische Linie der Schwesterstadt — im bedauerlichen Augenblick aber, da die Hansa Fürstenkonzern werden sollte, wird die Hamburg-Amerika-Linie ihrer Pflicht gedenken, die indische Linie für Hamburg zurück zu erobern. Der Norddeutsche Lloyd hat nur Interesse an der Bremer Hansa-Linie, — gegen die Berliner Hansa würde er mit der H.-A.-L. gemeinsam zu Felde ziehen, — — zum sichern Ruin der Hansa! — Solch ein Kontrollversuch des Fürstenkonzerns könnte also außerordentliche Folgen nach sich ziehen, die Expansionstätigkeit der Hamburg-Amerika-Linie, die vor Jahren Halt machte vor der tadellosen Einzelleitung der Deutsch-Australl, der Kosmosgesellschaft, der Hamburg-Süd, könnte von diesen Linien direkt angerufen werden, — lieber geeint mit der H.-A.-L. als, wenn auch zu tollen Preisen, aufgekauft vom Fürstenkonzern!“

Derart ist die Kriegsstimmung angewachsen, und als solches Zeugnis geben wir die Zuschrift wieder, wenn sie auch in ihren Vermutungen über die Gründe der hohen Hansakurse auf falschem Wege gehen mag.

Aus Industrie und Handel.

Ein „verschwenderischer“ Generaldirektor.

Im Winter d. J. ist der frühere Generaldirektor der Hohenlohewerke entlassen worden. Als Grund wurde von ihm unter andern angegeben, daß der Fürst Hohenlohe, einer der Finanzmänner des bekannten Fürstenkonzerns, an seiner Betätigung bei der Reichstagswahl Anstoß genommen und ihn zu beeinflussen gesucht habe. Schon damals wurde behauptet, daß der Generaldirektor verschwenderisch mit Gesellschaftsgeldern umgegangen sei. Zu gleicher Zeit schieden aber auch die Vertreter der Deutschen Bank aus dem Aufsichtsrat aus und die Deutsche Bank löste offiziell ihre Beziehungen zu dem Fürstentrust und allen seinen Unternehmungen. Offenbar haben die rein geschäftlichen Gegensätze der beiden Kapitalgruppen die Hauptrolle dabei gespielt, und um sich gegen diese dem Fürstenkonzern sehr unangenehme Deutung zu verwahren, hat in der Generalversammlung am letzten Sonnabend der Vorsitzende des Aufsichtsrats die Anklage gegen den früheren Direktor in ungewöhnlicher Schärfe in den Vordergrund geschoben. Er erklärte u. a.: „Wir müssen uns auf die Versicherung beschränken, daß wir bei der Aufhebung des Lobschen Dienstvertrages ausschließlich das Interesse der Gesellschaft im Auge gehabt und es für unsere Pflicht gehalten haben, einem ohne Beispiel dastehenden verschwenderischen Treiben, einer unerträglich gewordenen Günstlingswirtschaft und einer selbstherrlichen Nichtachtung der Beschlüsse des Aufsichtsrats ein Ziel zu setzen. Im engen Zusammenhange mit dem Falle Lob steht das Ausscheiden der Herren Klönne und Berve (von der Deutschen Bank) aus dem Aufsichtsrat. Die beiden Herren haben im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats einer gütlichen Lösung der Beziehungen zu dem Generaldirektor das Wort geredet, weil sie es für das Wohl der Gesellschaft ersprießlicher gehalten haben, die notwendig mit einer Entlassung verbundene Beunruhigung der Aktionäre und der Oeffentlichkeit zu vermeiden.

Die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates haben nicht geglaubt, die Verantwortung auf sich nehmen zu dürfen, die großen Verluste, die die Gesellschaft durch die Verschwendungssucht und verfehlten Maßnahmen des Generaldirektors erlitten, noch durch die Zahlung einer hohen Abfindungssumme zu vermehren. Sie sind zu der Entlassung geschritten, trotz und in klarer Erkenntnis, daß damit peinliche Erörterungen in der Oeffentlichkeit heraufbeschworen würden.“

Zum mindesten ist es auffällig, daß der Aufsichtsrat die großen Ausgaben des Direktors Lob viele Jahre hindurch unbeanstandet gelassen hat. So sehr die Hunderttausende, die Lob zu seinem privaten Gebrauch ausgegeben hat, während die Arbeiter des Werkes darben, unsere Kritik herausfordern, so gesucht erscheint uns doch die spartanische Moral des Aufsichtsrats. Will man die Oeffentlichkeit wirklich glauben machen, daß Deutsche Bank und Fürstenkonzern sich nur wegen ein paar lumpiger Hundertausender schieden? Eher sind schon die vom Aufsichtsrat zugegebenen Differenzen über Abschreibungen der Grund gewesen.

Starkes Steigen der Fleischpreise.

Wieder sind im Monat Juni im Vergleich zum Mai die Fleischpreise gestiegen, diesmal so erheblich, daß man von einer starken Fleischnot sprechen kann. Bemerkenswert ist, daß diesmal alle Fleischsorten an der Verteuerung teilgenommen haben. Nach den Erhebungen in 50 preußischen Städten wurde 1 Kilogramm Rindfleisch im Juni durchschnittlich mit 179,8 Pf. bezahlt. In den genannten Orten kostete das gleiche Quantum Rindfleisch im Mai durchschnittlich 176,8 Pf. Außerordentlich stark ist die Spannung gegen die Vorjahre. Im Juni 1909 kostete 1 Kilogramm Rindfleisch an den nämlichen Märkten im Durchschnitt 155,0 Pf., 1910 bereits 157,6 Pf. und im vorigen Jahre 167,4 Pf. Die Preiskurve war somit ununterbrochen aufwärts gerichtet. Am höchsten stellte sich der Rindfleischpreis im Berichtsmonat in Wilhelmshaven, wo 1 Kilogramm 214 Pf. kostete. In Magdeburg wurde Rindfleisch pro Kilogramm im Juni durchschnittlich mit 230 Pf. gekauft. Der Preis für Kalbfleisch erhöhte sich seit dem Vormonat von 196,8 auf 197,8 Pf. Auch hier entwickelten sich die Preise für den Konsum gegen die vergangenen Jahre ungünstig. Es werden übrigens für Kalbfleisch aus mehreren Städten überraschend hohe Preise gemeldet. So konnte man in Düsseldorf und Magdeburg Kalbfleisch nur zum Preise von 232 Pf. pro Kilogramm erstehen, und in Harburg wurde die gleiche Menge im Kleinhandel mit 226 Pf. bezahlt. Stark angezogen haben auch die Verkaufspreise für Hammelfleisch, das nach den statistischen Erhebungen im Mai mit 185,1, im Juni dieses Jahres mit 191,2 Pf. bezahlt wurde. Auch die Schweinefleischpreise waren von der Verteuerung nicht ausgeschlossen. 1 Kilogramm Schweinefleisch kostete im Detailverkauf im Mai durchschnittlich 159,9, im Juni 162,8 Pf. In Köln stellte sich der Preis für genannte Qualität im Berichtsmonat auf 195 Pf., in Hanau auf 191 Pf.

Zur Einführung eines Getreidemonopols in Rußland.

Der in der Duma gestellte Antrag auf Einführung eines Getreidemonopols in Rußland war seinerzeit einer Kommission überwiesen worden. Die Kommission hat sich jetzt gegen eine Annahme des Projekts ausgesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine weibliche Professur in Holland. Fräulein Dr. Johanna Westerdijk, Direktorin der Zentralstelle für Pilzkulturen der Association Internationale des Botanistes in Amsterdam, ist zum außerordentlichen Professor in Utrecht ernannt worden. Die Dame beschäftigt sich mit Pflanzen-Pathologie und hat besonders über Krankheiten der Tomaten und Hyazinthen gearbeitet.

Leseabende.

Steglitz. Montag, den 15. Juni bei Heizmann Vortrag der Genossin Frau Berta Selinger-Wülfrath über: „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung“. Es wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Aus aller Welt.

Ein Brief.

Man schreibt uns aus Brüssel: Während großer wirtschaftlicher Kämpfe bekundet sich in Belgien ein eigenartiger Akt von Solidarität. Um die Streikenden von der Sorge für ihre Kinder zu befreien und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, im Kampfe auszuharren, werden die Kleinen in andere Orte, oft in eine andere Provinz gebracht, wo sie für die Streikzeit in Familien, die sich dazu bereit erklärt hatten, Aufnahme finden. Gewöhnlich versammeln sich die „Adoptivmütter“ in den sozialistischen Volkshäusern, wo sie ihre Schutzbefohlenen übernehmen. Für wie viele dieser Kinder ist damit die Zeit, die für ihre Eltern die bitterste Entbehrung brachte, zu einer Art Festzeit und „Ferien“ geworden. Um ihnen Vater und Mutter zu ersetzen, hat man sie nicht nur behütet und gepflegt, sondern auch „verhätschelt. Und die Streikenden konnten kämpfen, hungern, wenn es sein mußte: ihre Kinder waren versorgt, brauchten keine Not zu sehen oder zu leiden. — Man begreift, daß die belgische Arbeiterpartei zu den wichtigsten Vorbereitungen für einen etwaigen Generalstreik die Organisierung der Unterbringung von Kindern zählt. Ein Präludium zu dieser Aktion ist ein Brief, den der „Peuple“ veröffentlicht und der zeigt, daß es just nicht gerade die Begüterten sein müssen, die den Anfang mit der Betätigung idealistischer Akte machen. Um der Menschlichkeit willen, die aus ihm spricht, sei der Brief, den auch eine liebenswürdige Schlichtheit auszeichnet, wiedergegeben. Der Schreiber des Briefes hält den Generalstreik für unausweichlich und macht schon jetzt sein Angebot: „Meine Frau und ich, schreibt er, haben beschlossen, nach Maßgabe unserer Mittel zum Erfolg der Bewegung beizutragen, wenn das Zeichen zum Kampf gegeben werden wird. Sie würden mich demnach verpflichten, wenn Sie die Person, die mit dieser Sache beauftragt ist, verständigten, daß wir bereit sind, gegebenenfalls zwei Kinder von Streikenden bei uns aufzunehmen. — Wir besitzen vier Kinder, einen Jungen von 16 Jahren und drei Mädchen von 13, 6 und 5 Jahren. Man könnte uns zwei ganz kleine Kinder geben, meine Frau wird ihnen die nötige Pflege angedeihen lassen. Statt zweien wird sie eben vier Gesichtchen säubern. Bei Tisch wird man ein wenig zusammenrücken und für die zwei kleinen Brüderchen (oder Schwesterchen) werden sich zwei annehmbare Plätzchen zum Schlafen finden. Wir fühlen wohl, welches Opfer es für die Eltern sein wird, sich von ihren Kindern zu trennen. Sie können daher auch vollkommen beruhigt sein, daß wir jenen, die uns anvertraut werden, alle körperliche und sonstige Pflege zuteil lassen werden. Wir wohnen im einem gesunden Viertel, haben einen kleinen Garten und wohnen ganz nahe vom Land. Unsere Sprößlinge sind nicht schlimmer als der Durchschnitt, wenngleich die zwei Jüngsten rechte Lärmgeister und Racker sind. Aber sie sind alle gutherzig und ich weiß, daß die kleinen Gäste bei ihnen die beste Aufnahme finden werden, dank der Belehrung, die wir ihnen im Zusammenhang der Dinge über die menschliche Solidarität einschärfen werden.“

Wie anders klingt dieses vom sozialen Bewußtsein inspirierte Dokument menschlicher Solidarität gegenüber der landläufigen dürren oder protzigen Wohltätigkeit, aus der man weniger das Herz des Menschen schlagen als seine Goldmünzen klappern hört. . . .

Wieder eine Hitze- und Trockenperiode in Sicht?

Die „Rheinisch-Westf.-Ztg.“ bringt ein Gutachten der Aachener Wetterwarte, nach der es keineswegs ausgeschlossen sein soll, daß wir in Deutschland auch in diesem Jahre wieder von einer andauernden Hitze- und Trockenperiode heimgesucht werden könnten. Optimistischer urteilt ein anderer meteorologischer Sachverständiger im „Berliner Tageblatt“, der seine Wetterprognose dahin zusammenfaßt:

„Unter solchen Umständen scheint also in diesem Sommer nur eine Tendenz zu Schönwetter und Trockenheit, nicht aber zu einer Dürre vorhanden zu sein, die den vergangenen Sommer zum Schaden unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens in sehr nachteiliger Weise ausgezeichnet hat.“

Auch diese Vorhersage klingt nicht allzu tröstlich. Hoffen wir, daß es auch hier wieder einmal anders kommt!

Kleine Notizen.

Die Wittener Typhusepidemie nimmt fortgesetzt an Ausdehnung zu. Die Zahl der Erkrankten in der Stadt Witten allein beträgt jetzt nahezu 200. Als Ursache der Epidemie ist folgendes festgestellt: In der Familie eines Milchhändlers in der Umgegend ereignete sich ein Krankheitsfall, den der behandelnde Landarzt als Lungenentzündung behandelt, in Wirklichkeit aber Typhus war. Da die Ehefrau des Händlers gleichzeitig den Kranken bediente und in der Milchwirtschaft tätig war, so sind sämtliche Bezieher dieser Milch mit Typhusbazillen infiziert worden. Ein Lehrer, der nur einen Tag die Milch genossen hatte, dann eine militärische Uebung ableistete, ist bei seiner Rückkehr erst von der Seuche befallen worden.

Vorsicht beim Hantieren mit Spiritus. In Zuffenhausen bei Stuttgart goß gestern mittag eine siebzigjährige Frau, die sich bei ihren dort verheirateten Söhnen vorübergehend aufhielt, auf ein Kohlenbügeleisen Spiritus, um es schneller zu erhitzen. Dabei explodierte das Gefäß mit Spiritus. Der Frau verbrannten die Kleider buchstäblich auf dem Leibe, so daß sie schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch zwei kleine Enkelkinder der Frau, die in der Nähe spielten, erlitten schwere Brandwunden.

Nächtliche Ueberfahrt eines Zeppelin. Das Luftschiff Viktoria Luise ist von der in der Nacht zum Sonnabend 12 Uhr begonnenen Fahrt über die Ostsee heute vormittag 9 Uhr nach Hamburg zurückgekehrt und um 9¾ Uhr glatt gelandet. Die Fahrt führte über Segeberg und Riendorf nach der Ostsee, die um 2 Uhr früh erreicht und bis zum Grönsund zwischen Mön und Falster überquert wurde. Von dort wandte sich das Luftschiff in gerader Richtung über die Ostsee zur mecklenburgischen Küste nach Heiligendamm, und die Weiterfahrt erfolgte über Wismar, Schwerin und Friedrichsruh nach Hamburg.

Ein hannöversches Dorf in Flammen. Das Kirchdorf Debstedt im Kreise Lehe ist heute nachmittag durch ein verheerendes Feuer heimgesucht worden. Bis 5 Uhr Sonnabendnachmittag waren mehr als 25 Gehöfte eingeäschert. Auch die alte schöne Kirche ist ein Opfer der Flammen geworden. Das Feuer greift noch weiter um sich. Es besteht Gefahr, daß das ganze Dorf zerstört wird.

Theater und Vergnügungen

Schiller-Theater
Charlottenburg.

Das Konzert.

Lustspiel in 3 Akten von Herm. Bahr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.

Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. B. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Clown Alf. Daniels
mit seinen Zirkusspäßen.
Ada Pagini
Kgl. Kammervirtuosin,
und
10 weitere große Attraktionen.

LUNA PARK
Heute Sonntag:
Großes Volksfest.
6 und 9 Uhr:
Auftreten des verwegensten überlebenden Matrosen der „Titanic" **Bertram Klein** in seinen waghalsigen Produktionen am 80 Fuß hohen Schiffsmast.
Entree 50 Pf.
Kinder bis zu 12 Jahren den ganzen Tag frei!

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Gastspiel Helene Stiewe:
Die Tragödie einer Ehe.
Anfang 8¼ Uhr.
Auf der Gartenbühne: Zum 50. Male:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Heute **2 große Vorstellungen 2.**
Nachmittags und abends:
Das sensationelle **Eisballett „Yvonne".** Willi Frick, der kleinste Eislaufkünstler.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Kreuzberg-Festsäle u. Garten
Bes. O. Ernert, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Sonntag **Gr. Spezialität.-Vorstellung** (P. Joschecks Ensemble).
Eintr. frei, Prgr. pr. Pers. 10 Pf. — Jeden Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Jeden Freitag:
Paul Mantheys Lustige Sänger.
Passepartouts u. Vorzugsk. gültig. Einige Sonnabende unt. kul. Bedingungen an Vereine zu vergeb.

IKLA
Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Solд. 25 Pf. **50 Pf.**

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag **Eintritt 50 Pf.**
Kinder unter 10 Jahr. die Hälfte.
Ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert
3 Kapellen.
Täglich: Militär-Doppel-Konzert.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: **Varieté und Theater.**
Vom 1.—16. Juli: 8 Spezialitäten und „Alte Liebe", Lustspiel in 1 Akt, „Das Mädchen aus der Fremde", Posse mit Ges. in 1 Akt.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsstück m. Tanz und Gesang in 5 Bildern.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Letzte Sonntagssoiree der
Stettiner Sänger
(vor ihrer Ferienreise).
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Letzte Soiree.
Dienstag, den 16. 7.: 1. Gastspiel der Dresdener Victoria-Sänger.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Anfang 4½ Uhr.
O, diese Berliner!
Ausstatt.-Posse von Freund.
Musik von Einödshofer.
Erstklassige Spezialitäten.
Konzert. × BALL.

Volksgarten-Theater
Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Täglich: **Konzert. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Neues Riesenprogramm!
Die Nichte des Millionärs.
Große Originalposse mit Gesang und Tanz von Dr. J. B. Schweiger.

P. Schmidts Sommer-Theater
Landsberger Allee 76/77.
Täglich: Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Im Saal: **Gr. Ball.**
Jeden 1. und 16.: **Neues Programm.** Wochentags Entree frei.
Mittwoch: **Gr. Kinderfest.**

Schwarzer Adler Lichtenberg.
Stadtgespräch
Aller
Lichtenberger
ist
Carl Braun
in seinem Akt
Eine Vorstellung im New-Yorker Varieté
und die übrigen
Attraktionen!

Elysium
Landsberger Allee 40.
Täglich herrliches Programm.
Spezialitäten
mit **Franz Sobanski.**
Großer Ball.
Familien-Kaffeekochen.
Anfang 8½ Uhr. Entree 10 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Sonntag, den 14. Juli 1912:

Großes Sommerfest

in den Lokalen:
Mentes Volksgarten, Lichtenberg, Röderstraße;
Ludwigs Viktoriagarten, Am Treptower Park;
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16—23;
Café Bellevue, Rummelsburg, Hauptstr. 2.
In allen Lokalen Mitwirkung von Vereinen des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes.

Konzert ▫ Spezialitäten ▫ Preiskegelschieben ▫ Tanz

Auftreten von **Arbeiter-Athleten-Vereinen.** × Reaktionäre Affenkomödie.
Jedes Kind erhält am Eingang in allen Lokalen 1 Bon f. **Stocklaterne u. Karussell** gratis.
Kassenöffnung 2 Uhr. **Billett 20 Pf.**
Kaffeekochen in allen Lokalen. 217/18*

Sechster Berl. Reichstagswahlkreis.
Sonntag, den 14. Juli 1912, im Schloß Weißensee:

Großes Sommerfest

bestehend in
Konzert, Massengesang, Vorträgen, Feuerwerk, Spezialitäten
sowie Volksbelustigungen verschiedener Art.

Mitwirkende:
Zivilmusiker ▫ Gesangvereine des Arbeiter-Sängerbundes ▫ Arbeiter-Athleten
Arbeiter-Schwimmer ▫ Berliner Ulk-Trio ▫ Original Hill und Hull Excentrix
Les Sando, Sport-Akt.

Billett im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Anfang mittags 12 Uhr.
In den Sälen: **Tanz.** **Die Kaffeeküche ist von nachmittags 2 Uhr an geöffnet.**
Jedes Kind erhält 2 Bons, einer ist gegen eine Stocklaterne umzutauschen, der andere berechtigt zur einmal. Benutzung d. Schaukel od. d. Karussells. Programmhefte am Eingang.
Fahrverbindung mit den Straßenbahnlinien 59, 60, 61, 62, 72 und 73 sowie mit Stadt- und Nordring. [230/7* **Das Komitee.**

Mentes Volksgarten
Inh. Walter Schröter
Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 164,
Lichtenberg, Röderstr. 28/29
Verlängerte Landsberger Allee.
Vom Alexanderplatz 15 Minuten.
Linie 64, 67, 71,
Linie Kurzestraße—Hohenschönhausen.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Freitanz, Gratis-Verlosung.

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Der Garten ist eröffnet.
2448b **C. Nißle.**

Schweizer-Garten.
Am Königstor Am Friedrichshain
Jeden Tag:
Theater u. Spezialitäten.
Im Saale täglich: **Tanz.**
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Anfang: Sonntags 4 Uhr :: :: Wochentags 5½ Uhr.

Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr. **A. Zameitat.**

Markgrafen-Säle
34. Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Täglich: Große Kino-Vorstellung.
Im Restaurant täglich **musikalische Unterhaltung.** Vorzügliche Küche, ff. Biere u. Weine, Billard u. Kegelbahn

Burgtheater-Kino und Festsäle,
Schönhauser Allee 129.
Säle für Hochzeiten u. Vereinsvergnügen. 4 hocheleg. Kegelbahnen. Tägl. Frei-Konzert und Frei-Kino im Garten.
Rudolf Merz.

Hagenbeck's Indien
— Tempelhofer Feld. —
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Sonntag, 14. Juli,
vormittags 11½ Uhr:
Große Matinee!
Ab 3 Uhr nachmittags ununterbrochen die **sensationellen Vorstellungen.**
Unbeschränkter zwangloser Aufenthalt!

Doppel-Konzerte,
ausgeführt von der Kapelle des Kgl. Obermusikmeisters a. D.
Gustav Offeney
und der eigenen Hauskapelle.
Große Wirtschaftsbetriebe:
Indischer Ballsalon: Reunion.
Volksrestaurant: Tiroler Hetz!
Weinrestaurant:
Italienisches Künstler-Ensemble Buonomo!
Indisches Kaffee- und Teehaus.
Volksbelustigungen aller Art!
Ferner **ohne** Extra-Entree:
Macri Soliothis
Löwen- und Tigergruppe.

Excelsior-Lichtspielhaus
Neukölln Bergstr. 151—152 Richardstr. 12—13 **Passage**

Vom 13. bis 19. Juli inkl.:
Seelen, die sich nicht verstanden,
Drama aus dem Leben. In zwei Akten.
Die schwarze Katze
Sittendrama in drei Akten.

Neues Eierhäuschen
Treptow. — Inhaber R. Müller.
Großes Freikonzert.
Große Tanz-Reunion.
Kaffeeküche täglich von 9 Uhr ab geöffnet.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 28. Juli 1912:

21. Sänger-Fest

in **Schloß Weißensee.**

Gesamtchöre unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn van den Dries. — **Einzelchöre.**
× × **Konzert des Berliner Blas-Orchesters (Fr. v. Blon).** × **Feuerwerk.** × ×

Von 4 Uhr ab: **TANZ** gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die Kaffeeküchen sind von 12 bis 6 Uhr geöffnet.
Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Festheft mit Programm an der Kasse gratis.)
Anfang mittags 12 Uhr. **Anfang mittags 12 Uhr.**
Billetts sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern: **P. Kupfer,** Landsberger Allee 58; **Franz Schulz,** Kopenhagener Str. 42; **A. Seikrit,** Neukölln, Hobrechtstr. 8 I; **J. Steffens,** Langenbeckstr. 5, Quergeb. I; **O. Engel,** Neukölln, Donaustr. 129, Gartenhaus III; **Paul Schneider,** Hufelandstraße 33, Laden; **G. Wutzky,** Schliemannstr. 2 III.
17/8 **Der Vorstand.**

Die nächste Uebungsstunde des Bezirks I findet am Sonntag, den 21. Juli, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Konzertsaale der Brauerei Friedrichshain, statt.
Geübt werden die Lieder zum Sängerfest.

Restaurant Neu-Seeland, Stralau
am Rummelsburger See. Inh. Wwe. Schenert.
Jeden Sonntag Spezialitäten-Vorstellung u. Konzert.
Im Vergnügungspark: 8212L*
Großes Volksfest à la Stralauer Fischzug.
Im Saal: **Gr. Ball.** Jeden Mittwoch: **Gr. Kinderfest.**
Abends: Spree-Athener, Dir. M. Zerner.

Seebad Reinickendorf Residenzstr. 49
Straßenbahnlinien 32, 35 und 41.
Herrlicher Naturgarten am großen See gelegen.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater, Spezialitäten und Konzert.
Im Saale: **Großer Familien-Ball.**
Jeden Dienstag: **Kinder- u. Familienfest** sowie **Vorstellung.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr.

Abfahrtstelle **Schillingsbrücke**
(am Schlesischen Bahnhof.)
Tägl. früh 9 und 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse**, früh 10 U., auch Sonn-abend u. Sonnt., nach **Neue Mühle.**
Jeden Dienstag, Mittwoch u. Freitag früh 10 Uhr mit **20 Mann Musik in Uniform** nach **Neue Mühle.**
Jeden Mittwoch: **Kinderfest** m. Musik n. d. Walde. Hin u. zur. nur 50 Pf.

Den geehrten Strohwitwern
empfehle ich meinen bürgerlichen **Mittagstisch**, 4 Gänge 60 Pf., wie bei Muttern,
im **Frankfurter Hackepeter,** Gr. Frankfurter Str. 101 Ecke Krautstraße.
Abendkarte zu kleinen Preisen. Angenehmer Aufenthalt.
86012 **C. Lautenbach.**

Kolonie Schönholz
Straßenbahnlinien 36, 37, 38, 99. Stettiner Bahn: Vorortverkehr 10 Pf.
Sonntag, den 14. Juli, u. Montag, den 15. Juli 1912:
Großes Ernte-Fest.
In sämtlichen Lokalen: **Gr. Konzert u. Ball.**
Hierzu laden die unterzeichneten Gastwirte freundlichst ein
A. Brüsch. P. Hoffmann. M. Ramlow. E. Schaller. R. Siedel.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 16. Juli 1912, abends ½9 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Anträge zur Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten. 5. Stellungnahme zu den Entwürfen der Organisationsstatuten. Referent: Genosse Stulz. 6. Verschiedenes. 250/16

Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1289. | Verwaltungsstelle Berlin Chariteстraße 3. | Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1967

Achtung! Die nächste Achtung!
ordentl. General-Versammlung
der Verwaltungsstelle Berlin ist
Montag, den 26. August d. J.
Anträge hierzu müssen spätestens am 29. Juli bei der Ortsverwaltung eingegangen sein.
120/17 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königstadt 6789

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8½ Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1912. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet 100/12
Die Ortsverwaltung.

Neukölln!
Federarbeiterinnen! Heimarbeiterinnen!
Am Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, findet in Neukölln, bei Hoppe, Hermannstr. 48/49, eine 293/13*
Versammlung
statt. Es ist Pflicht einer jeden Federarbeiterin zu erscheinen. Für regen Besuch muß agitiert werden. **Die Agitationskommission.**

Erfrischend! Durststillend!
Köstliche, erfrischende **Limonaden** mit wundervollem Fruchtaroma kosten **nur 1 Pf.** pro Glas bei einfachem Zusatz einiger Tropfen **Noa's Original-Extrakt** zu einem Glase Wasser mit etwas Zucker. 265/16
Noa's Original-Extrakte sind in jedem Fruchtaroma erhältlich. Himbeere, Zitrone, Ananasine, Erdbeere usw. Flasche 50 Pf.
Noa's Original-Extrakte ergeben auch herrliche Sirupe als Zusatz zu Weißbier oder Selters, für Puddings, Speisen, Cremes usw.
MAX NOA, Fruchtsaftpresserei, Nieder-Schönhausen Treskowstr. 5/6.
Berlin, Elsasser Str. 5 vom Rosenthaler Tor rechte Seite, drittes Haus.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Rückerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Sonnabend, den 20. Juli, in den gesamten Lokalitäten und Garten der „Brauerei Friedrichshain", Am Friedrichshain 19/23:

Sommerfest.

Konzert des Kahntschen Orchesters. × Auftreten des „Berliner Ulk-Trio". Gratisverlosung für Damen. × Lackelpolonäse und Bonbonregen für Kinder usw.

Großer Ball.

Eintritt 50 Pf. inkl. Tanz für Herren, Damen 30 Pf. — Anfang 5 Uhr.
Den geehrten Damen steht die Kaffeeküche von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Genelgten Zuspruch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Donnerstag, 18. Juli, abends 8½ Uhr, im „Volkshaus", Charlottenburg, Rosinenstr. 3:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Innungskrankenkassen in der Reichsversicherungsordnung und die Verhältnisse in der Innungskrankenkasse der Maler-Innung zu Charlottenburg. Referent: Kollege **Gustav Link.** 2. Diskussion.
Kollegen und Mitglieder der Innungskrankenkasse Charlottenburgs! Bekundet durch zahlreichen Versammlungsbesuch Euer Interesse an der Verbesserung der Verhältnisse in der Krankenkasse. 129/17
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

(Filiale Berlin.)
Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei **Wendt, Beuthstr. 21:**

Quartals-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Tarifstatistik. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 178/9
Pflicht aller Mitglieder ist es, anwesend zu sein. — Mitgliedsbuch oder Arbeitslosenkarte legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8½ Uhr,
bei **Bocker, Weberstraße 17:**

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassen- und Geschäftsbericht vom II. Quartal. 2. Bericht vom Verbandstage zu Dresden. 3. Verschiedenes. 169/10
In Anbetracht der schwerwiegenden Beschlüsse des Verbandstages erwartet vollzähliges Erscheinen — Mitgliedsbuch legitimiert **Die Ortsverwaltung.**

Sonnabend, den 20. Juli, im Elysium, Landsberger Allee 40-41: **Großes Sommerfest.** Konzert, Gesangsvorträge, Theater, Verlosung u. Tanz. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Montag, den 15. Juli, abends 8½ Uhr, finden die Bezirks-Konferenzen der Schoßarbeiter in den bekannten Lokalen statt.

Verband der Sattler u. Portefeuiller

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 17. Juli cr., abends 8½ Uhr, in den „Armin-Hallen", Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1912.
3. Vortrag des Kollegen **Sassenbach** über:
„1887 bis 1912. Fünfundzwanzig Jahre gewerkschaftlicher Entwickelung".
4. Diskussion. 5. Neuwahl des Gauleiters für den Gau Berlin.
6. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet
157/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.

Montag, den 15. Juli 1912, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht vom 2. Quartal. 2. Sektionsangelegenheiten. 140/17*
Zahlreichen Besuch aller im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Mitglieder erwartet **Der Sektionsvorstand.**

Sektion der Isolierer und Helfer.
Montag, den 15. Juli 1912, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Schrader (Bürgersäle), Alte Schönhauser Straße 23/24.
Tagesordnung:
Bericht und Beschlußfassung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verband der Isolierfirmen wegen Abschluß eines Tarifvertrages.
Bei der Wichtigkeit der Verhandlungen, ist es unbedingte Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen. **Die Sektionsleitung.**

Die Delegierten zur Generalversammlung machen wir hierdurch aufmerksam, daß am Sonntag, 18. September 1912, vorm. 9 Uhr, die

General-Versammlung des Zweigvereins

im Saal I des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, stattfindet.
Der Zweigvereinsvorstand.

Pahlmanns Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Großer Erfolg!
Spreelottchen
u. die grandiosen Spezialitäten.
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.
Jeden Freitag: Extra-Vorstellung m. besond. Ueberraschungen f. Kinder.

Anton Boekers Festsäle
Weberstr. 17.
Tel.: Amt Königstadt 13 414.
Empfiehlt seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Kleine und große Säle, großer Garten mit feststehender Theaterbühne sowie große Vereinszimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Ergebenst **Anton Boeker,** Weberstraße 17.

Moabiter Schützenhaus Plötzensee.
Großes Doppelkonzert u. Spezialitäten.

Märkischer Hof
Admiral-Straße 18c.
Jeden Sonntag: **Tanz** bei großem Orchester.
Große und kleine Säle, Vereinszimmer für **Vereins-Festlichkeiten, Hochzeiten, Versammlungen** zu kulanten Bedingungen z. vergeben.
Umständehalber ist **Sonnabend, der 31. August,** der große Saal frei geworden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 15. Juli:

Südosten I: 5½ Uhr in den Naunyn-Festsälen, Naunynstr. 6.
Südosten II: 5½ Uhr im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.
Osten I: 5½ Uhr bei Merkowski, Andreasstr. 26.
Osten II: 5½ Uhr bei Grunwald, Memeler Str. 67.
Osten III: 5½ Uhr in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 151.
Oestliche Vororte: 5½ Uhr in der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 53/54.
Norden: 5½ Uhr bei Obiglo, Schwedterstr. 23.
Wedding und Moabit: 5½ Uhr bei Kaczorowski, Ravenösstr. 6.
Weißensee: 5½ Uhr im Prälaten, Lehderstraße 122.
Neukölln: 5½ Uhr im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8.
Bautischler: 8½ Uhr bei Boeker, Weberstr. 17.
Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche:
8¾ Uhr im Marine-Haus, Brandenburger Ufer 1.

Dienstag, den 16. Juli:

Westen u. Südwesten: 5 Uhr in Habels Brauerei, Bergmannstraße 7/8.

Mittwoch, den 17. Juli:

Korbmacher: 8½ Uhr im Gewerkschaftshause, Engelufer 14, Saal 4 (Arbeitslosensaal).

Möbelpolierer.

Zu der am Sonntag, den 21. Juli, stattfindenden Dampferpartie müssen die Billetts bis spätestens Montag, den 15. Juli 1912 abgerechnet werden. Alle bis zu diesem Tage nicht zurückgebrachten Billetts gelten als verkauft und werden nicht mehr zurückgenommen.
Billetts sind vom Mittwoch, den 17. Juli ab, nur noch im Bureau, Engelufer 14, zu haben.
86/13 **Das Komitee.**

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)
Bureau: SO., Kottbuser Ufer 44, H. r. l. Geöff. v. 11-2 Uhr. Sonnab. v. 5-8 Uhr.

Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr:

Zehnte ordentliche Generalversammlung

in den Rittersälen, SW., Ritterstr. 75.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung. 2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz, sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes. 3. Neuwahlen. a) des Vorstandes, b) Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat. 4. Statutenänderung. 5. Beschlußfassung über unser neues Projekt. 6. Event. Anträge der Genossen. 7. Verschiedenes.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in unserer Geschäftsstelle in den Kassenstunden einzusehen.
Etwaige Anträge der Mitglieder müssen bis spätestens Donnerstag, den 18. Juli, schriftlich beim Vorstand eingegangen sein. 105/15
Der Vorstand: G. Dorner. P. Schiffke. P. Müller.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 19. Juli 1912, abends ½9 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Fortsetzung der Debatte über die Generalversammlung zu Hamburg.
187/13* **Die Ortsverwaltung.**
Mitgliedsbücherkontrolle. Beiträge werden am Saaleingang in Empfang genommen.

Na! Da verlaß Dir druf!
Unserem Freund u. Genossen
Max Höne
zu seinem 51. Geburtstage
die **besten Glückwünsche.**
Die Stammgäste.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 11. Juli verstarb unser Genosse, der Tischler

Hermann Heinecke

(Bezirk 692a), Wittstocker Str. 5.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montagnachmittag 2¾ Uhr von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes aus nach dem Städt. Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
230/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Modelltischler

Hermann Heinecke

Wittstocker Str. 5, im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Juli, nachmittags 2¾ Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Ecke Müllerstraße, Seestraße aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

Wilhelm Schluricke

Ober-Schöneweide, Nalepastr. 9, am 11. Juli im Alter von 44 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Ober-Schöneweider Gemeindefriedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
86/12 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
Bezirk 10.

Am Sonnabend, den 13. Juli, verstarb im Alter von 24 Jahren unser Mitglied, die Genossin

Albertine Rendel

geb. Ziervogel.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 16. Juli cr., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des zweiten Schöneberger Friedhofes, Blanke Hölle, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
15/18 **Der Vorstand.**

Treffpunkt für Mitglieder des Gesangvereins Schöneberger Männerchor 4½ Uhr beim Gastwirt **Fintel.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Paul Ziesemann

am 12. d. Mts. im Alter von 28 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lutzen-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Wilhelm Brönning

am 10. d. Mts. im Alter von 45 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Gustav Haacke

am 10. d. Mts. im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

65/8 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Bruders **Paul** sagen wir hiermit den Herren Zeidler und Remak, sowie allen Kollegen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank. 61a

Geschwister Roßmann.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 13.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Hermann Möbius

am Donnerstag, den 11. Juli verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, den 14. Juli, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Kirchhofes, Humboldtstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
254/15 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger

Paul Ahrendt

am 12. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Juli, nachmittags 2½ Uhr, in Teupitz auf dem Anstalts-Kirchhof statt.

Rege Beteiligung erwartet
120/18 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Amandus Drefke

(Woldenberger Str. 14, Bezirk 3) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Juli, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
73/16 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein inniggeliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der Schankwirt 2462b

Amandus Drefke

am 11. Juli plötzlich an Gasvergiftung verstorben ist.

Statt besonderer Meldung zeigen dies, um stilles Beileid bittend, trauernd an

Witwe K. Drefke,
Alex Drefke,
Woldenberger Straße 14.

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Juli, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters

Gustav Hoffmann

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten unseren tiefgefühlten Dank.

Berlin, 13. 7. 1912.
Emma Hoffmann und Sohn.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden anläßlich der Beerdigung unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter [18

Louise Fentzke

geb. **Henning,**

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Bestattung meiner lieben Frau und Mutter meiner Kinder sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

Insbesondere danke ich Herrn Stadtverordneten Kütter aus Schöneberg für seine trostreichen Worte sowie dem Sängerchor.

Die trauernden Hinterbliebenen
Heinrich Bagowski und Kinder.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Die Unfallgefahren in der Holzindustrie

Wander-Ausstellung
des Deutschen
Holzarbeiterverbandes

vom 23. Juni bis 21. Juli 1912
im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal III
Engelufer 14-15

Geöffnet v. 9-1 u. 4-9 Uhr
Sonntags von 9-1 Uhr

Deutscher Holzarbeiter-Verband

METZNER

Gegr. 1873 — Gegr. 1873

Kinderwagen-Welthaus
Metall-Bettstellen, Garten-, Balkon- u. Kindermöbel
Größte Auswahl
Berlin O, Andreasstr. 23 (Andreasplatz)
Brunnenstr. 95, Beusselstr. 67 || Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstr. 133

Sehr günstige Offerte.

Hiermit will ich allen Rauchern beweisen, daß sie bei mir wirklich billig und gut kaufen. Ich offeriere ein Kistchen von 50 Stück feiner Zigarren „Flor de Isla" mit Ring, Größe wie Abbildung, für nur **1.90 M.**, ferner 200 Stück andere gute Marken in 10 Sorten zusammen **250 Stück für nur 8 M.** mit Porto per Nachnahme. Garantie: Umtausch od. Rücknahme, daher kein Risiko. Bitte sich zu überzeugen und sofort zu bestellen. . . . . Preisliste gratis.
P. Pokora, Zigarrenfabrik, **Neustadt-Westpr. 74 A.**
Gegründet 1888. **Ueber 200 Arbeiter.**

Falkenhagen West
Neuerschlossenes Waldgelände
□-Rute von 15 Mark an
ab Lehrter Bahnhof in 30 Min. Direkt am Bahnhof Seegefeld, ab Charlottenburg (Bahnhof Jungfernheide) in 20 Minuten **Fertige Sommerhäuschen** von M. 390, 500, 700 aufwärts. **Eigenheime** bereits M. 6500 an. Auskunft auf dem Terrain: **Hansastrasse.** Billigste und schönste Kolonie westlich Berlins. **Hochwald-, Villen- u. Landhausstellen.**

Preis M. 10 000
monatlicher Mietaufwand M. 35.—

Preis M. 6 500
monatl. Zins- resp. Mietaufwand M. 25.—

Kleine Anzahlung. — Langjähr. Amortisat.-Hypothek **Nieschalke & Nitsche,** BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 16 (Amt Königstadt 6376). Illustr. Prospekt gratis.

Dein Freund wird Dir sagen
Grimm & Triepel
ist der beste Nordhäuser Kautabak.

Tarif-Zigarren.
Erstklassige Ware. Rein Überseesch.
Preislage: Mk. 36—150.
Heinrich Holsing, Zigarrenfabrik
Blasheim bei Lübbecke (Westfalen).
Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Fr. Fehrensen, Berlin N.,
Kopenhagener Straße 15. 33782*

Heinrich Franck
Tel.: Amt Ndn 4352. **Brunnenstraße 22.** 8 bis 7 Uhr geöffnet.
Neuer Einkauf: Mexiko-Decke.
No. 1801. Vollblatt 1. Länge, ungewöhnlich zart u. breitblattig. Matte, dunkle u. schwarze Farben. Infolge kolossaler Deckfähigkeit günstigste Preis-Kalkulation. **Schneeweißer Brand, verzollt nur . . . . M. 5.25.**

Ein großer **Posten** zurückgesetzter **Gardinen, Stores, Bettdecken** und **Portieren,** welche in der Inventur um **25—50%** herabgesetzt sind, soll **in dieser Woche** räumungshalber **ausverkauft** werden.
Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Ballstr. 13 (Spindlershof).

Spezialarzt
f. **Haut- und Harnleiden,** nerv. Schwäche, „Ehrlich 606" usw.
in **Dr. Homeyer** u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Nur noch kurze Zeit
da die Nachfrage sehr rege ist.
Angelegte Obstgärten, Wald- u. Garten-Grundstücke für Eigenheime und Ferienhäuser — Aeusserst billige und günstige Kaufgelegenheit.
Neu-Sadowa
Stat. Sadowa, a. d. Strasse n. Biesdorf. 5 Min. vom Bahnhof. Qu.-Rute von 15 M. an.
Kaulsdorf
Neu erschlossenes Gelände. 5 Minuten v. Bahnhof. Quadr.-Rute von 12 M. an.
Petershagen
Station Fredersdorf a. d. Ostbahn. Qu.-Rute von 6 M. an.
Biesdorf
Station an der Ostbahn, direkt am Bahnhof beginnend Qu.-Rute von 20 M. an.
Bei kleinster Anzahl. langjähr. Hypotheken. — Verkaufsstellen an den Bahnhöfen und auf dem Gelände. — Prospekte kostenlos.
Nieschalke & Nitsche
Berlin NO 43, Neue Königstr. 16, Fernspr.-Amt Königst. 6376

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.

Diese Woche!
Ein Posten reichgestickter
Plüsch-Portieren
nur soweit Vorrat!
Pro Fenster 6,85 M. (regulär 10,50 M.)
Viktoria-Tuchportiere mit allerliebst. Stickerei 9,85 M.
Eine Partie reichgestickter
Plüschdecken
à 6, 8, 10 M. (bisher 8-15 M.)
Riesen-Auswahl
Tüllbettdecken
à 1,85, 3, 4,50 bis 75 M.
Buntpersische doppelseitige
Divandecken
M. 7,50 — 8,75 (bisher 12-15 M.)
Divanrückwände 3,85—18 M.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen.
Spezial-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.
Heute nur von 8—10 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Sonntag, den 14. Juli, Familienausflug nach Kiekemal bei Köpenick. Treffpunkt daselbst von 10 Uhr vormittag ab im Restaurant Heidekrug.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 216—220a findet am Dienstag, den 16. Juli, abends 8½ Uhr, in den Ritttersälen, Ritterstraße 75, ein Extra-Zahlabend statt.

Das Sommerfest des 4. Kreises findet statt in den Lokalen: Mentes Volksgarten, Lichtenberg, Röderstraße; Ludwigs Viktoriagarten, Treptow; Brauerei Friedrichshain und Bellevue, Rummelsburg. Für reichhaltige und genußreiche Unterhaltung ist Sorge getragen.

Bei dem mäßigen Eintrittspreise wird natürlich auf Massenbesuch gerechnet.

Friedenau. Dienstag, den 16. Juli cr., abends 8½ Uhr, im Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 65: Generalversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht des Vorstandes und der Funktionäre. Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Der Vorstand.

Neukölln. Das Sommerfest des Wahlvereins findet heute in den Lokalen „Vereinsbrauerei“ und „Hoppes Festsäle“ statt. Von 4 Uhr nachmittags ab: Großes Doppel-Konzert („Neues Tonkünstler-Orchester“, Dirigent: Fr. Hollfelder). Turnerische Aufführungen. Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin, sowie des Artistenvereins „Berolina“. — Einlaßkarte 25 Pf. — Im hinteren Teile des Gartens der „Vereinsbrauerei“ Kinderspiele, Volksbelustigungen aller Art, großer Fackelzug. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. In beiden Sälen: Tanz. Herren zahlen 50 Pf. nach.

Die berechtigten Forderungen der streikenden Kellner in der „Vereinsbrauerei“ sind durch den Oekonom Herrn Hartmann unterschriftlich anerkannt worden. Differenzen bestehen also nicht mehr.

Das Komitee.

Britz-Buckow. Mittwoch, den 17. Juli cr., abends 8½ Uhr, im Lokal „Rosensee“ (Pariser), Chausseestraße, Ecke Jahnstraße: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Gesamtvorstandes; Bericht des Gemeindevertreters; Bezirksneueinteilung. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Tempelhof. Dienstag, den 16. Juli, abends 8½ Uhr, im Wilhelmsgarten, Berliner Straße 9: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung u. a.: Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. Mitgliedsbuch legitimiert.

Nieder-Schöneweide. Dienstag, den 16. Juli, abends 8½ Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Schweizerhaus. Bericht und Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Ober-Schöneweide. Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, bei Prochowski (Neue Post): Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Tarnow, Bezirksangelegenheiten und Diskussion.

Die Bezirksleitung.

Ortsteil Rummelsburg. Dienstag, den 16. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Café Bellevue für den früheren Ortsteil Boxhagen-Rummelsburg die Generalversammlung statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Anträge zum Parteitag und zur Kreisgeneralversammlung. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Geschäftsbericht wird in der Versammlung ausgegeben.

Reinickendorf. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich jetzt im Lokal des Genossen Brückner, Provinzstr. 74 (nicht mehr 82). Die Ausgabe der Bücher erfolgt wie bisher an jedem Montag abends von 7½ bis 9 Uhr.

Die Bibliothekskommission.

Vorsigwalde-Wittenau. Das heutige Sommerfest des Wahlvereins findet im Wittenauer Gesellschaftshaus, Hauptstr. 65, im alten Dorf statt. Das Lokal ist, um irrtümlichen Annahmen vorzubeugen, selbstverständlich frei.

Berliner Nachrichten.

Die Ferienspielplätze der Stadt Berlin

haben in diesem Jahre einen Zulauf gefunden, wie nie zuvor. Eröffnet wurden die sechs außerhalb Berlins gelegenen Plätze diesmal mit einer Beteiligungsziffer von mehr als 20 000 Kindern, das ist rund das Dreifache der im vorigen Jahr bei der Eröffnung gezählten Beteiligung. Gewiß bedeuten auch 20 000 Kinder leider noch nicht viel gegenüber der Gesamtzahl der Berliner Gemeindeschulkinder, von der sie noch kein Zehntel sind. Aber freuen dürfen wir uns über den in diesem Sommer eingetretenen ganz außerordentlichen Aufschwung, wenn es auch den leitenden Stellen sehr unerwartet gekommen ist und manche Schwierigkeiten mitgebracht hat. Er läßt auf eine Steigerung des Interesses für die Ferienspiele schließen, von der man wünschen muß, daß sie in die nächsten Jahre hinein sich fortsetzen möge. Vor einigen Tagen haben wir mitgeteilt, wie sehr namentlich von Eltern bedauert wird, daß für das Publikum die Ferienspielplätze gesperrt bleiben müssen. In der Bevölkerung würde das Vertrauen zu der ganzen Veranstaltung noch zunehmen, wenn Eltern selber sich davon überzeugen könnten, wie es bei den Ferienspielen zugeht.

Ein bißchen nach „Zigeunerleben“ sieht ja das Treiben da draußen aus, aber eben das bildet für die Jungen und oft auch für die Mädel einen Hauptreiz, und das ihnen zugestandene reichliche Maß von Ungebundenheit macht ihnen die Ferienspielplätze lieb. Wenn des Morgens um 8 Uhr herum in allen Stadtteilen die langen Marschkolonnen der Kinder mit Sack und Pack nach den Abfahrtstellen der Straßenbahnen, der Hochbahn, der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ziehen, dann hemmt mancher Vorübergehende seine Schritte und schaut lächelnd dem Völkchen nach. In allen möglichen Behältern, in Rucksäcken, Handtaschen, Schultornistern, Botanisiertrommeln, Marktnetzen, Körben, Bündeln, schleppen sie mit, was sie draußen zu brauchen glauben, vor allem natürlich den eigenen Proviant, sodann das Trinkgefäß für Milch oder Kaffee, oft noch einen Napf für das Mittagessen, dazu möglichst auch einen Eßlöffel. Manche, die auf dem Spielplatz inmitten des allgemeinen Jubels sich ein „eigenes Heim“ schaffen wollen, beladen sich mit den nötigen Materialien zur Aufstellung eines Zeltes, mit Tüchern, Decken, Stangen, Latten usw. Von 42 über die ganze Stadt verteilten Sammelstellen, je 7 für jeden der 6 Ferienspielplätze, ziehen die Kinder, geführt und behütet von Lehrern und Lehrerinnen, nach den Abfahrtstellen. Die unerwartet starke Beteiligung macht in diesem Jahre den Marsch durch die Straßen für die Führer und Führerinnen zu einem schweren und verantwortungsvollen Stück Arbeit, das viel Vorsicht und Umsicht erfordert. Meist sind für jede Sammelstelle nach den Erfahrungen der früheren Jahre nur ein Lehrer und eine Lehrerin zur Verfügung gestellt, die Zahl der sich einfindenden Kinder übersteigt aber in diesem Jahre an vielen Sammelstellen das halbe Tausend. Wenn die ganze Schar am Morgen wohlbehalten hinausgebracht und am Abend wohlbehalten den Eltern zurückgegeben werden soll, so müssen beim Marsch durch die Straßen die Kinder möglichst sämtlich unter Aufsicht und Obhut der Führenden sein und daher in langen Kolonnen zusammenbleiben. Wir sind gebeten worden, eine öffentliche Mahnung an die Kutscher zu richten, daß sie die Züge der Kinder geschlossen vorbeimarschieren lassen. Selbstverständlich wird andererseits auch von den Führenden darauf geachtet werden, daß nicht ohne Not der Wagenverkehr aufgehalten wird. Aus der plötzlichen und starken Zunahme der Beteiligung an den Ferienspielen haben auch für die Hinausbeförderung mit Straßenbahnen usw. sich Schwierigkeiten ergeben, die in den ersten Tagen sehr unangenehm empfunden wurden. Eltern haben uns geklagt, daß die Kinder überlange an den Abfahrtstellen warten mußten, besonders da, wo Straßenbahnen benutzt wurden. Das war nicht zu vermeiden, inzwischen aber ist wohl auch dieser Uebelstand überall gemildert worden. Wir hören, daß auch beabsichtigt wird, die Führer und Führerinnen nachträglich noch zu vermehren, wie es die diesjährige Beteiligungsziffer erfordert.

Auf den Spielplätzen, die wir alle sechs in der ersten Woche gesehen haben, wird wohl weniger ein Mangel an Führern und Führerinnen empfunden. Hier sind überall aus den Kindern selber zahlreiche „Ordner“ genommen worden, die z. B. bei der Verteilung der Speisen und Getränke sich nützlich machen. Bei den geregelten Spielen, die einige Male im Laufe des Tages veranstaltet werden, spielen die Lehrer und Lehrerinnen mit. Manche geben mit glücklichem Erfolg sich dabei so ungezwungen, daß der Schulpädagoge in ihnen nicht wiederzuerkennen ist. Für die übrige Zeit des Tages wird der Grundsatz befolgt, daß man die Kinder sich nach eigenem Belieben tummeln läßt, wobei nur der Platz nicht verlassen werden darf. Jede zulässige Eigenart eines Kindes findet Raum und Gelegenheit, sich zu betätigen. „Den Lehrern ist's lieber, daß wir uns selber helfen“, erzählte uns altklug ein Zehnjähriger, der behaglich sich im Grase räkelte. „Da!“ rief er im nächsten Augenblick lebhaft aus, indem er sich aufrichtend mit der Hand nach drüben wies. Ueber den weiten Wiesenplan stürmte mit wildem Geschrei eine Horde von „Indianern“, kriegerischen Federschmuck auf den erhitzten Köpfen, die holzgeschnitzte „Mordwaffe“ in den Fäusten schwingend. Ihnen schaute verwundert aus seinem Zelt ein stiller Junge nach, der von seinem Lesebuch auch auf dem Spielplatz sich nicht zu trennen vermocht hatte, und aus dem Nachbarzelt ein Mädchen, das zärtlich eine Puppe betraute. Solche Gegensätze stören einander nicht, kein Kind beengt da das andere, und besonders auf den sehr umfangreichen Plätzen, die bei Buch, bei Wartenberg und bei Blankenfelde zur Verfügung gestellt sind, finden die Tausende von Kindern alle nur wünschenswerte Bewegungsfreiheit. Viele zogen in diesen heißen Tagen eine beschauliche Ruhe vor, ließen halbnackt sich von der Sonne braten oder krochen unter die schützenden Zelte, die sie sich errichtet haben. Daß Kinder sich von den anderen absondern, ist nun allerdings gerade nicht der Zweck dieser Spielplätze. Erwünschter ist es, daß sie Gelegenheit dazu geben, in den Kindern das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu wecken und zu pflegen. Aber der Besitz eines solchen Zeltes als „Eigenheim“ scheint doch manchen Kindern der Gipfel des Glückes zu sein. Ganz vereinzelt sieht man Zelte aus Segeltuch, meist sind sie aus allen möglichen Materialien zusammengestückt, aus alten Plaids, Bettdecken, Umschlagetüchern, Packleinewand, Schürzen usw., die durch mitgebrachte Stangen oder aufgelesene Aeste gestützt werden. Wer ein bißchen Sinn für Schönheit hat, fügt wohl auch Fähnchen als Schmuck hinzu, oder für das Innere einen dem Sonntagsblatt entnommenen Bildschmuck.

Sehr nachdenklich kann es den Besucher dieser Spielplätze stimmen, wenn er sieht, wieviel Dürftigkeit sich dem Blick darbietet. Die Zahl der Kinder, deren Eltern nicht einmal den Kostenbeitrag von meist 20 Pf. pro Tag zahlen können, ist sehr groß. Leider hat die unerwartete Zunahme der Beteiligungsziffer auch dazu geführt, daß die Vergünstigung der Freikarten eingeschränkt wurde. Beabsichtigt war, daß alle auszugebenden Freikarten an jedem Tag vom Kostenbeitrag befreiten. Von leitender Stelle war uns diese Mitteilung gemacht worden, die wir dann in der zweiten Hälfte des Juni und nachher nochmal im Juli veröffentlichten. Inzwischen ist uns von unbemittelten Eltern geklagt worden, daß die ihren Kindern bewilligten Freikarten nur für zwei oder drei Tage pro Woche gelten. Diese Angabe trifft leider zu. Die Beschränkung hat den Zweck, einer größeren Zahl von Kindern wenigstens für einige Tage eine Freikarte geben zu können. Aus je 1000 Karten zu sechs Tagen pro Woche kann man 2000 Karten zu drei Tagen oder 3000 Karten zu zwei Tagen machen, ohne daß von der Stadt ein Pfennig mehr ausgegeben wird. Wir wundern uns, daß wir nicht rechtzeitig von dieser Verwässerung der Wohltat in Kenntnis gesetzt worden sind. Durch sofortige Bekanntgabe hätte verhütet werden können, daß der Unmut der in ihren Erwartungen getäuschten Eltern die Führer und Führerinnen für die Einschränkung verantwortlich machen will. Diese trifft selbstverständlich keine Schuld, da nicht sie darüber zu bestimmen haben. Das Richtige wäre es, die unzulänglichen Mittel kurzerhand durch Etatüberschreitung zu vervollständigen, damit alle begründeten Ansprüche auf vollgültige Freikarten erfüllt werden können.

Sehr viel mehr Geld für die Ferienspielplätze herzugeben, das wird man überhaupt von der Stadt Berlin fordern müssen. Die Ferienspiele, deren Entwickelung vor einem Jahrzehnt in der Stadtverordnetenversammlung durch unseren Genossen Singer einen kräftigen Anstoß erhielt und nachher durch unseren Genossen Borgmann liebevoll gefördert wurde, sind heute eine unentbehrliche Einrichtung geworden. Eine Vermehrung der Ferienspielplätze und der Hilfskräfte aus den Reihen der Lehrer und Lehrerinnen wäre schon für dieses Jahr nötig gewesen.

Pastor Pfeiffers Eifer.

Von einem noch schulpflichtigen Kinde, das Ende Februar wegen einer Verfehlung vom Schulinspektor aus der bisher besuchten Schule ausgeschlossen worden war und von da an bis zu den Sommerferien unbegreiflicherweise noch keinen anderen Unterricht gehabt hat, berichteten wir in Nr. 152. Wir fügten hinzu, anscheinend sei ein Verfahren auf Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung im Gange, womit allerdings keineswegs entschuldigt wäre, daß das Kind, von dem man wohl sittlichen Nachteil für andere Kinder gefürchtet hat, Monate hindurch ohne jeden Unterricht geblieben ist. Tatsächlich war schon versucht worden, das elternlose Kind aus der Obhut der Großmutter herauszunehmen und es durch Vermittelung des vielgeschäftigen Pastors Pfeiffer, des Geschäftsführers vom „Kinderrettungsverein“, in eine Anstalt zu bringen.

Von dem Pastor Pfeiffer darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß hier wieder ein Kind für ihn reif sei, ist nicht recht klar. Es scheint, daß die Schule dabei ihre Hand im Spiele gehabt hat. Eines Tages kam dann eine der Helferinnen Pfeiffers, diesmal eine Frau Gerlach, uneingeladen den Angehörigen des Kindes in die Wohnung, um ihnen ihre Hilfe anzubieten. Nachdem sie damals mit ihrem Vorschlag, das Kind im „Zellerhaus“ (jetzt in Buckow) unterzubringen, kein Glück gehabt hatte, hat sie jetzt ihren Besuch wiederholt und nunmehr die Anstalt „Siloah“ (in Pankow) empfohlen. Sie hatte den Einfall, das Kind „gleich mitnehmen“ zu wollen, auch jetzt haben die Angehörigen sich ablehnend verhalten, weil sie nichts ohne den Vormund des Kindes unternehmen zu dürfen meinten. Daran haben sie recht getan. Der Vormund, ein Lehrer, soll dem Kind bisher ein lebhaftes Interesse entgegengebracht haben. Daß er inzwischen die Vormundschaft abgegeben hätte oder sie ihm gar genommen worden wäre, ist den Angehörigen nicht bekannt geworden. Läge etwas Derartiges vor, so wäre es ihnen ja auch vom Vormundschaftsgericht wohl gemeldet worden. Mit welchem Recht da der Pastor Pfeiffer schon seine Helferin in Bewegung setzt, die das Kind „gleich mitnehmen“ will, das ist uns unverständlich. Wenn zu seinen Tausenden von Mündeln etwa doch auch dieses Waisenkind ihm noch in Vormundschaft gegeben worden sein sollte, so müßte er in der Lage sein, durch seine Helferin eine Bestallung vorweisen zu lassen. Solange aber ein Wechsel der Vormundschaft den Angehörigen des Kindes nicht schwarz auf weiß mitgeteilt wird, sind sie für das Kind dem bisherigen Vormund verantwortlich und dürfen es nicht ohne seine Zustimmung an eine Privatperson, wie Herr Pfeiffer und seine Helferinnen es für sie einstweilen noch sind, zur Unterbringung in irgendeiner Anstalt ausliefern. Etwas anderes wäre es, wenn etwa eine vorläufige Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung angeordnet würde und dann unerwartet ein Polizist das Kind abholen wollte. Ihm müßte es sofort ausgeliefert werden.

Pastor Pfeiffer kann, wie wir schon öfter dargelegt haben, als Vormund sich nicht persönlich um alle seine Mündel kümmern, sondern muß das den Helferinnen überlassen, die der Verein besoldet, sowie den Pflegerinnen, die „im Ehrenamt“ (d. h. nebenbei) dem Verein dienen. Aus einem Bericht über den „Kinderrettungsverein“ ersehen wir, daß dort jetzt für etwa 3000 Kinder die Vormundschaft geführt und außerdem für etwa 1000 Kinder die Pflegschaft ausgeübt wird. An Hilfskräften stehen dem Vereinsgeschäftsführer Pastor Pfeiffer außer den im Bureau beschäftigten Personen die folgenden zur Verfügung: 4 Kandidaten der Theologie, 12 besoldete Helferinnen (mehr nicht), 168 ehrenamtliche Pflegerinnen. Möge hiernach jeder sich ausrechnen, wieviel von der Tätigkeit dieser Hilfskräfte einem einzelnen Kinde — bei überhaupt 4000 — zugute kommen kann. Die Vormundschaften über die unehelichen Kinder wird übrigens Pastor Pfeiffer so nach und nach los werden, weil seit 1. April d. J. die Stadt Berlin eine von der Waisenverwaltung zu führende Sammelvormundschaft eingeführt hat. Für uneheliche Kinder, die nach dem 1. April 1912 in Berlin geboren werden, kann nicht mehr Pastor Pfeiffer sich die Vormundschaft sichern, sondern sie fällt ohne weiteres der Waisenverwaltung und ihrem Vormundschaftsamt zu. Wir haben es mit Befriedigung begrüßt, daß künftig wenigstens die unehelichen Kinder nicht mehr so ohne weiteres in den Machtbereich des Pastors Pfeiffer kommen können.

„Geschiedene Frau bevorzugt.“ Durch Vermittelung des Massenblattes will sich ein Freiherr aus vornehmster, altadeliger Familie möglichst schnell an eine hochgebildete, elegante reiche Jüdin, Witwe oder geschiedene Frau bevorzugt, verschachern. Das ist wieder mal eine neue Pointe auf dem Heiratsmarkt, zeigt aber auch gleichzeitig den Gipfel moralischer Verkommenheit sogenannter Kavaliere, denen es ganz gleichgültig ist, was für eine Frau sie heiraten, wenn sie nur recht viel Geld hat. Zur geschiedenen Frau gehört ja noch lange nicht der Begriff des Unmoralischen, aber hier wird zwischen den Zeilen darauf hingestoßen, daß dem aristokratischen Mitgiftjäger auch das Geld der anrüchigsten Frau nicht stinkt. Schöne Seelen finden sich . . . In ähnlichen Inseraten, die von „Edelsten der Nation“ ausgehen, werden zur Heirat reiche Mädchen mit schweren körperlichen Fehlern verlangt. Bekannt ist auch, daß neuerdings verlumpte Sprößlinge aus vornehmster, altadeliger Familie nicht davor zurückschreckten, Prostituierte zu heiraten, die auf dem Fleischmarkt ein Vermögen erworben haben.

Die Halsbinde der Straßenreiniger.

Die Direktion der städtischen Straßenreinigung hält streng auf soldatische Disziplin unter den Angestellten. So kommt es, daß von den Vorgesetzten oft ein Ton angeschlagen wird, der dem auf manchen Kasernenhöfen üblichen in keiner Weise nachsteht. Was diese strenge Disziplin freilich mit der Reinigung der Straßen zu tun hat, ist uns schon immer recht schleierhaft geblieben. Aber Ordnung muß sein! Man muß nur einmal Gelegenheit haben, die Personalakten der Straßenreiniger durchzusehen, um mit Staunen wahrzunehmen, in welcher militärischen Weise die Anzeigen der Vorgesetzten gegen Angestellte abgefaßt sind und welche Strafen auf die kleinsten Vergehen und Versehen, die oft keine sind, folgen.

Bei der jetzigen Hitze haben die Straßenreiniger, die täglich viele Stunden dem Sonnenbrande ausgesetzt sind, nichts zu lachen. Während den Tieren jede Erleichterung gewährt wird, müssen die Straßenreiniger streng nach der Instruktion gekleidet gehen und manche Erschwernisse in den Kauf nehmen. Die Halsbinde ist eines jener Bekleidungsstücke, die unter allen Umständen zum eisernen Bestande jedes Straßenreinigers gehören. Diese schwarze Halsbinde muß den Hals jedes Straßenreinigers ständig umschließen. Und wehe dem, der sich erlaubt, bei der jetzigen Hitze diese recht lästige Binde abzunehmen. Während jeder andere Mensch versucht, sich so frei und leicht wie möglich zu bewegen, der Straßenreiniger muß seine Halsbinde um seinen Hals würgen. Tut er das nicht, verstößt er gegen die Disziplin und wird bestraft. Wiederholt sich diese „Verfehlung“, kann Entlassung erfolgen. Jeder Arzt, jeder Hygieniker wird das Verlangen der Direktion, die Halsbinde bei der Hitze zu tragen, als unhygienisch, wenn nicht als Menschenquälerei zu bezeichnen. Sollte nicht auch die Direktion der städtischen Straßenreinigung endlich erkennen, daß sie die Pflicht hat, ihren Angestellten alle möglichen Erleichterungen bei der jetzigen Hitze zu gewähren? Und die Ablegung der Halsbinde wäre eine solche Erleichterung.

Die Erregung unter den Patienten der Beelitzer Heilstätten

über die letzten Verfügungen des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Berlin ist noch sehr groß. Sie beweist, wie schädlich für die Patienten solche fortgesetzten Verfügungen sind, die nur Erbitterung und Aerger unter den Patienten hervorrufen. Soll die Kur in Beelitz den Patienten nützen, so muß alles ferngehalten werden, was geeignet ist, die Ruhe unter den Patienten zu stören. Eine Verwaltung, die sich ihrer Aufgabe bewußt ist, wird alles tun, um den Pfleglingen Aufregung und Aerger zu ersparen, anstatt sie fortgesetzt zu reizen und durch neue Verordnungen zu provozieren. Nur wenn die Patienten zu der Anstaltsverwaltung Vertrauen haben, wird beiden Teilen gedient sein. Durch Maßnahmen, wie sie aber in letzter Zeit von dem Vorstande der Anstalt getroffen worden sind, wird das Vertrauen nicht hergestellt.

Natürlich billigen wir auch nicht, wenn Patienten der Verwaltung Schwierigkeiten bereiten und außer acht lassen, daß eine erfolgreiche Kur nur ermöglicht wird durch die Einhaltung der Bestimmungen, die nun einmal für den geordneten Betrieb einer Anstalt unerläßlich sind. Nur dadurch, daß auch die Patienten der Anstaltsleitung gegenüber dasjenige Verhalten betätigen, das die Verwaltung verlangen kann, wird auch die Achtung der Verwaltung vor den Patienten steigen. Dazu gehört, daß die organisierten Arbeiter diejenigen Elemente zurückweisen, die den Augenblick einer Erregung zu allen möglichen Ungehörigkeiten benutzen wollen. Solche Quertreibereien mancher Querköpfe, die unter den vielen

Patienten natürlich auch vertreten sind, sollten organisierte Arbeiter mit der Würde und Entschiedenheit abweisen, die ihnen durch die Schulung der Gewerkschaft und Partei anerzogen worden ist.

Die Belohnung von 4000 M., die die American Expreß Co. auf die Wiederherbeischaffung der durch ihren Kassenboten Max Haase veruntreuten Summe gesetzt hatte, ist gestern vormittag an den Verteidiger Haases, dem Rechtsanwalt Paul Bredereck ausgezahlt worden. Rechtsanwalt Bredereck hat einen Teil der Belohnung der Mutter des Defraudanten zugesichert. Der andere Betrag wird für die Verteidigung Haases verwendet werden. Die Auszahlung der Belohnung an den Rechtsanwalt erregt lebhaftes Befremden.

Zu dem Mordanschlag in der Fehrbelliner Straße wird uns mitgeteilt, daß es bisher noch nicht gelang, den als Täter in Frage kommenden Maler Reinelt zu ermitteln. Reinelt, ein tüchtiger Handwerker, hat früher bessere Tage gesehen. Festgestellt werden konnte, daß er bei der Flucht kein bares Geld besaß. Vorgestern abend versuchte er bei einem ihm bekannten Manne einen Betrag zu borgen. Dieser ging jedoch darauf nicht ein. Wahrscheinlich wird er versuchen, sich an anderer Stelle Barmittel zu beschaffen. Unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 500 M. ersucht die Kriminalpolizei nochmals alle Personen, die zweckdienliche Angaben machen können, dies umgehend zu tun. Ein Bild des Flüchtigen ist von der Kriminalpolizei vervielfältigt worden. An Hand dieses Bildes werden von den Beamten überall Nachfragen nach dem Gesuchten angestellt.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt wieder die Polizeibehörde. Auf dem Treppenpodest des Hauses Gormannstr. 25/26 fand der Verwalter des Grundstücks die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Sie war eingewickelt in einen rotgestreiften Kopfkissenbezug und blau-weißgestreiften Schürzenstoff. Der Verwalter übergab den Fund der Polizei, die die kleine Leiche nach dem Schauhause bringen ließ, wo festgestellt werden soll, ob das Kind nach der Geburt gelebt hat. Aeußere Merkmale eines gewaltsamen Todes waren nicht sichtbar. Die Suche nach der Mutter des Kindes waren ohne Erfolg.

Explosionskatastrophe auf einem Schießplatz. Auf dem Schießplatz Kummersdorf bei Berlin ereignete sich gestern morgen ein schwerer Unglücksfall, durch den ein Mann der Versuchsbatterie der Artillerie-Prüfungskommission getötet und 4 andere verletzt wurden, davon 2 schwer. Bei Absuchen des Platzes nach Sprengstücken der verschossenen Munition hatte ein Kanonier ein blindgegangenes, noch mit Zünder versehenes Geschoß vorschriftswidrig aufgehoben und auf den zur Aufnahme der Sprengstücke bestimmten Wagen geworfen. Plötzlich explodierte das Geschoß und traf die fünf in der Nähe stehenden Kanoniere. Die Verletzten wurden nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof gebracht.

Ueber den Unglücksfall auf dem Schießplatz wird noch weiter gemeldet: Durch die Explosion des Geschosses wurde der Gefreite Sauer von der Versuchsbatterie der Artillerie-Prüfungskommission getötet, die Kanoniere Gaede und Uhlemann schwer und Sergeant Pokrieske und Kanonier Krüger leicht verletzt. Die beiden Schwerverletzten befinden sich augenblicklich nicht in Lebensgefahr.

Aus der Selbstmordchronik. Durch einen Schuß in die rechte Schläfe nahm sich gestern nachmittag der 24 Jahre alte Kellner Walter Teich in seiner Wohnung in der Palisadenstr. 9 das Leben. Liebesgram veranlaßte ihn zu dem Selbstmord. — Liebeskummer hat auch den 22 Jahre alten Bureaugehilfen Adolf Rettkowski aus der Johann-Huß-Straße 4 aus Neukölln in den Tod getrieben. — In den Anlagen des Hohenstaufenplatzes an einem Baume erhängt hat sich der 44 Jahre alte Lederarbeiter Wilhem Krenz aus der Hobrechtstr. 8 zu Neukölln. Der Mann hat die Tat wegen langer Krankheit begangen.

Der Tod des Obdachlosen. Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 48 Jahre alten wohnungslosen Gelegenheitsarbeiters Ferdinand Frilaff. Dieser hatte sich in der Nacht zu gestern mit einem anderen wohnungslosen Arbeiter auf einem unbebauten Grundstück am Nordhafen hinter einem Stapel Mauersteine zum Schlafen niedergelegt. Als der Schlafgenosse Frilaffs am anderen Morgen erwachte, fand er seinen Freund bewußtlos daliegen. Er benachrichtigte einen Schutzmann, der einen Arzt herbeirief. Dieser konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen, nicht aber die Ursache. Die Leiche wurde deshalb zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht.

Groben Unfug verübte irgend ein Tagedieb wieder einmal durch Aufgabe eines Inserates in dem vom Verlag der „Berliner Morgenpost" herausgegebenen „Berliner Arbeitsmarkt". In dem Inserat wurden Zettelverteiler (zum Antritt fertig) gesucht, die sich Freitag nachmittag um ½4 Uhr am Lehrter Hauptbahnhof melden sollten. — Manch armer gebrechlicher Arbeiter, der noch die Kraft zum Zettelverteilen in sich zu haben glaubte, pilgerte nach dem Lehrter Bahnhof, oder opferte den letzten Groschen zur Fahrt, um nur rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein. Etwa 180 junge und alte Leute hatten sich eingefunden, in der Hoffnung, einige Groschen zu verdienen. Jedoch es verging eine Viertelstunde nach der anderen, ja es verstrichen 1½ Stunden, aber der angebliche Arbeitgeber ließ sich nicht sehen. Die armen Arbeitsuchenden merkten bald, daß irgend ein Gauner sie als Objekte zu seinem frivolen Spiel gemacht hatte. — Wieviel derartige Schwindelinserate werden sich wohl täglich in dem bekannten Arbeitsmarkt befinden.

Zu der Totschlagsaffäre in der Patzenhofer Brauerei wird uns unter Bezugnahme auf unsere Notiz vom 7. Juli mitgeteilt, daß der Getötete, der Mitfahrer Otto Klostermeier, „im Gegensatz zu Prussok kein streit- und händelsüchtiger Charakter" gewesen sei, wie dort steht. Die Berufskollegen des verstorbenen Klostermeier schildern diesen vielmehr als einen in der Brauerei Patzenhofer NO. bekannten Spatzvogel, der oft derbe Späße machte, die aber von keinem Kollegen böse aufgefaßt wurden. Klostermeier war bei seinen Kollegen, als auch bei der von ihm als Mitfahrer bedienten Kundschaft wohlgelitten.

Wer ist die Tote? Aus dem Teltowkanal gelandet wurde gestern vormittag die Leiche eines ungefähr 20 Jahre alten Mädchens, das keine Papiere zur Feststellung seiner Persönlichkeit bei sich führte. Die unbekannte Tote hat braune Augen, gute Zähne, aufgeworfene Lippen und ein rundes volles Gesicht. Bekleidet war sie mit einer weißen Bluse, einem dunkelblauen Rock und einem schwarzen Samtgürtel. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Zu dem Tode des Schankwirts Dresse werden wir gebeten mitzuteilen, daß Dresse infolge eines unglücklichen Zufalles ums Leben gekommen sei. D. sei in der Küche auf einem Stuhle eingeschlafen und hat wahrscheinlich den Schlauch vom Gaskocher mit dem Arme abgerissen, so daß das Gas ungehindert ausströmen konnte.

Der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend brachte der verflossene Monat Juni einen Umsatz von 1 057 498,07 M., was gegen den gleichen Monat des vorigen Jahres eine Steigerung von 287 916,06 oder 27,2 Proz. bedeutet. — In den Eigenbetrieben ist gleichfalls ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen. Die Bäckerei konnte wiederum über eine enorme Steigerung berichten. Der Wert der hergestellten Backwaren betrug im Monat Juni 198 253,55 M. Die Zahl der hergestellten Brote betrug 358 320 Stück. Diese kolossale Umsatzsteigerung, insbesondere die der Bäckerei, zwingt die Geschäftsleitung schon jetzt an eine weitere Vergrößerung derselben zu denken, um den Brotkonsum, der nach den Ferien sicher 200 000 M. und noch mehr pro Monat betragen wird, befriedigen zu können. Mit dem Monat Juni schließt auch das Geschäftsjahr der Genossenschaft. Das vorläufige Ergebnis wird man als ein durchaus befriedigendes ansprechen können. Der Gesamtjahresumsatz hat die Summe von 10½ Millionen überschritten, was einer Steigerung von zirka 4½ Millionen oder 75 Proz. gleichkommt. Der Gesamtumsatz wurde bewältigt in 88 Verkaufsstellen, gegen 60 im Vorjahre. Die Mitgliederzahl, die zu Anfang des vorigen Jahres 38 423 betrug, hat sich auf rund 55 000 erhöht. Mit diesem Umsatz hat sich die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, die im vorigen Jahre noch an achter Stelle unter den deutschen Konsumvereinen stand, auf die vierte Stelle heraufgeschwungen.

An die Arbeiterjugend Groß-Berlins!

Wie in den Vorjahren, so wird sich auch in diesem Jahre die gesamte proletarische Jugend Groß-Berlins zusammenfinden, um durch Wanderungen in die freie Natur Körper und Geist zu stählen. Am Sonntag, den 21. Juli 1912, findet ein

Massenausflug

zum „Alten Freund" auf Pichelswerder statt. In Berlin erfolgt von nachstehenden Treffpunkten der Abmarsch früh 7 Uhr:

Gesundbrunnen: Vinetaplatz und Humboldthain (Normaluhren) — Badstraße, Ecke Schwedenstraße — Exerzierstraße (Normaluhr). Fahrgeld 20 Pf.

Schönhauser Vorstadt: Bahnhof Schönhauser Allee. Fahrgeld 40 Pf.

Nordost: Arnswalder Platz—Danziger Straße, Ecke Greifswalder Straße—Danziger Straße, Ecke Weißenburger Straße. Fahrgeld 20 Pf.

Moabit: Stromstraße, Ecke Turmstraße (Denkmal im Kleinen Tiergarten.) Fahrgeld 20 Pf.

Südost: Görlitzer Bahnhof (Unfallstation)—Lausitzer Platz (Kirche). Fahrgeld 40 Pf.

Süden: Hohenstaufenplatz (Normaluhr)—Moritzplatz—Lindenstraße (Jerusalemer Kirche)—Dönhoffplatz (Steindenkmal). Fahrgeld 40 Pf.

Osten: Samariterstraße, Ecke Frankfurter Allee—Weidenweg, Ecke Zorndorfer Straße—Comeniusplatz—Küstriner Platz—Strausberger Platz. Fahrgeld 40 Pf.

Wedding: Malplaquetstraße, Ecke Nazarethkirchstraße—Nettelbeckplatz (Normaluhr).

Rosenthaler Vorstadt: Pappelplatz, Ecke Ackerstraße—Gartenplatz, Ecke Ackerstraße (Litfaßsäule)—Arkonaplatz, Ecke Fürstenberger Straße—Teutoburger Platz, Ecke Templiner Straße. Fahrgeld 30 Pf.

Westen-Südwesten: Belleallancestraße, Ecke Gneisenaustraße—Bülowstraße, Ecke Mansteinstraße. Fahrgeld 30 Pf.

Der Abmarsch erfolgt pünktlich 7 Uhr früh. Einmarsch im Lokal von 11—1 Uhr. Proviant und Liederbücher mitbringen. Die Mitglieder der Jugendsektionen der Gewerkschaften sowie die Turner gehen, falls ihnen näheres seitens ihrer Leiter nicht bekannt wird, zu dem ihrer Wohnung nächstliegenden Treffpunkt.

Die Jugendlichen der Vororte treffen sich an ihren bekannten Treffpunkten. Einmarsch im Lokal wie oben.

Den Anordnungen der Ordner ist unbedingt Folge zu leisten.

Auf zum Massenausflug!

Ein armer Lehrling hat am Freitag zwei Hundertmarkscheine auf dem Wege von der Frankfurter Allee (Ecke Weichselstraße) bis Sonntag- Ecke Lenbachstraße verloren. Da der Lehrling ersatzpflichtig ist, wird der Finder um Abgabe an das Polizeirevier I in Lichtenberg gebeten.

Beim Spielen der Arbeiterjugend sind auf dem Spielplatz Humboldthain folgende Gegenstände gefunden worden: ein Herrenhut, ein kleiner Spazierstock, eine Hutnadel, zwei Taschentücher, ein Schlüssel, ein Namenstempel mit Stempelkasten. Abzuholen beim Spielleiter Erich Habersath, Berlin N. 28, Graunstr. 46, im Zigarrenladen.

Straßenunfall. Gestern vormittag 8½ Uhr wurde der jetzt ermittelte Landgerichtsrat Richard Hellwig am Lützowplatz von einem Kraftwagen angefahren und umgestoßen. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft, wo er nachmittags gestorben ist.

Feuer im Kaufhaus H. Gerson am Werderschen Markt alarmierte am Sonnabendmittag die Berliner Feuerwehr. In wenigen Minuten waren sechs Löschzüge mit 20 Fahrzeugen dort unter dem Branddirektor Reichel versammelt. Es stellte sich dann heraus, daß dem Monteur Lorenz eine Benzinlötlampe explodiert war, wobei Lorenz Brandwunden zweiten Grades an der linken Hand erlitten hatte. Da keine Gefahr mehr vorlag, konnte die Feuerwehr bald wieder abrücken.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Wohnungsnachweis der Stadt Charlottenburg ist in dem Hause Lützower Str. 8a, nahe dem Rathause eingerichtet und vollständig kostenlos. Vermittelt werden Wohnungen von ein und zwei Zimmern nebst Küche. Der Charlottenburger Wohnungsnachweis ist in der Lage, den Wohnungsuchenden eingehende Mitteilungen zu machen über die Größe, die Lage und den Mietspreis der zu vermietenden Wohnungen. In den meisten Fällen steht auch eine kleine Grundrißskizze zur Verfügung, aus der die Lage der Räume zu einander hervorgeht. Auf diese Weise wird dem Mieter das Wohnungsuchen bedeutend erleichtert; er braucht nicht mehr Straße für Straße abzulaufen, um eine große Zahl für ihn teilweise völlig ungeeigneter Wohnungen zu besichtigen; vielmehr kann er sich auf dem Wohnungsnachweis mit Hilfe des dort angestellten Beamten einige für ihn passende Wohnungen heraussuchen; auf deren Besichtigung kann er sich dann beschränken und kann sich unter ihnen ohne große Mühe diejenige auswählen, die für ihn am geeignetsten ist. Dadurch erspart der Suchende viel unnütze Lauferei und hat dazu die Gewißheit, eine Wohnung zu finden, die für seine besonderen Ansprüche und Verhältnisse paßt.

Neukölln.

Vom Spiel in den Tod. Im Schiffahrtskanal ertrank die sechsjährige Schülerin Frida Keilonath, deren Eltern Weichselstraße 87 wohnen. Die Kleine hatte mit anderen Kindern am Weiganduser herumgespielt und war dabei an die Böschung herangeraten und in den Kanal gestürzt. Anstatt Hilfe herbeizuholen, bekamen es die anderen Mädchen mit der Angst zu tun und rannten fort. Erst einige Zeit später wagten sie etwas zu sagen. Jetzt war es natürlich zu spät. Nur noch die Leiche der K. vermochte man zu bergen.

Schöneberg.

Ein Kind verbrannt. Ein entsetzlicher Unfall hat sich gestern nachmittag in dem Hause Barbarossastraße 10 abgespielt. In der zu ebener Erde belegenen Wohnung des Arbeiters Friedrich Dobroch wollte sein 11jähriger Enkel Erich Feuer in der Kochmaschine anmachen und goß auf die noch immer glimmenden Kohlen aus einer Literflasche Petroleum. Durch die unvorsichtige Handhabung des Knaben explodierte die Glasflasche, der brennende Inhalt ergoß sich über das Kind und im nächsten Augenblick stand der Knabe in Flammen. Gellende Hilferufe ausstoßend stürzte er auf die Straße, wo ein im Nebenhause wohnender Schmiedemeister Turing das Kind zur Erde warf und die Flammen zu ersticken versuchte. Trotz der raschen Hilfe war der Körper des kleinen D. jedoch schon über und über mit Brandwunden bedeckt, so daß er sterbend in das Schöneberger Krankenhaus eingeliefert wurde. Auch der Retter hatte ziemlich erhebliche Brandwunden davongetragen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Wilmersdorf.

Unfall beim Bau der Untergrundbahn. Beim Bahnbau in der Mannheimer Straße schlug eine Stahlschlepptrosse, die zum Ziehen der Loris verwendet wird, dem Arbeiter Lorenz N. aus der Mannheimer Straße 84 an den Kopf, so daß der Betreffende eine große stark blutende Kopfwunde erlitt. Nachdem er auf der Rettungswache einen Notverband erhalten hatte, mußte seine Ueberführung in das Lichterfelder Krankenhaus erfolgen.

Lankwitz.

Der Ferienausflug nach dem Karpfenteiche fand infolge des schlechten Wetters anstatt am Montag unter reger Beteiligung erst am Donnerstag statt. Die Kinder haben sich gut amüsiert und ist zu erwarten, daß die nächsten Veranstaltungen noch besser besucht werden. Der Treffpunkt ist jeden Montag und Donnerstag pünktlich 2 Uhr vor der neuen Schule in der Seydlitzstraße. Am kommenden Montag geht es nach dem Osdorfer Walde. Die Kinder sind mit Eß- und Trinkvorräten zu versehen, außerdem wird Selterswasser mit Himbeer gratis verabfolgt.

Adlershof.

Die Kinderausflüge, veranstaltet von der Kinderschutzkommission, finden während den Ferien Dienstags und Freitags, nachmittags 2 Uhr vom Jugendheim, Bismarckstraße 11, aus statt. Da die am Ort bestehende Sonntagsschule gleichfalls ihre Ferienausflüge Dienstags und Freitags veranstaltet, bitten wir alle proletarische Eltern, ihre Kinder nur an den Ausflügen der Kinderschutzkommission teilnehmen zu lassen.

Friedrichshagen.

Der Wahlverein nahm in seiner letzten Generalversammlung den Bericht über das abgelaufene Geschäfts-Halbjahr entgegen. In dieser Zeit fanden 8 öffentliche Versammlungen und 7 Leseabende statt, außerdem wurden 30 800 Flugblätter verbreitet. Bemängelt wurde, daß die Mitgliederzahl sich nicht wesentlich erhöht habe. Am 30. Juni gehörten dem Wahlverein 365 männliche und 35 weibliche Mitglieder an. Der vorgelegte Kassenbericht erstreckte sich auf das ganze Jahr. Die Einnahme belief sich auf 2210,28 M., die Ausgabe auf 1954,36 M., so daß ein Bestand von 255,92 M. vorhanden war. An den Kreis sind 1160,64 M. abgeführt worden. In der Diskussion wurde, um die Beitragsrückstände zu vermeiden, angeregt, das System der Hauskassierung einzuführen. — Der Bildungsausschuß hatte der Reichstagswahlen wegen nur Theatervorstellungen arrangiert. Die Einnahmen betrugen 837,02 M., die Ausgaben 627,49 M.

Die Bibliothek hat einen Bestand von 425 Bänden, von denen im Berichtsjahr 115 ausgeliehen wurden.

Aus dem Bericht der Kinderschutzkommission ist zu entnehmen, daß 7 schulpflichtige Knaben und 8 Mädchen beim Zeitungs- und Frühstücksaustragen ermittelt wurden.

Die Lokalkommission berichtete, daß bis auf das Lokal Neu-Heringsdorf alle Lokale frei sind. Die Zahl der „Vorwärts"-Abonnenten für Friedrichshagen und Umgegend ist auf 562 gestiegen.

Die Bezirksleitung besteht nach dem neuen Kreisstatut jetzt aus drei Personen. Es wurden gewählt als Vorsitzender H. Micke, Kassierer Fritz Schötzau, Schriftführer R. Aßmann. Zur Unterstützung dieser wählte die Versammlung die Genossen Reiche, Reinh. Krüger, Mittenzwei, Kroll und Korsing. Revisoren wurden die Genossen Franke, Barth und Schulze, Bibliothekare Möser, Schulz und Hoffmann. In die Zeitungsbeschwerdekommission wurden gewählt Höcker und Aßmann, in die Lokalkommission Werkmann und Schulze und in die Kinderschutzkommission Frau Schwarz.

Gegen den Gastwirt Grünberg, Rahnsdorfer Straße, soll das Ausschlußverfahren eingeleitet werden. Grünberg hat nicht nur zur Gemeindevertreterwahl in Friedrichshagen sein Wahlrecht nicht ausgeübt, sondern sogar seine Forensenstimme in Hessenwinkel den Gegnern übertragen. Ein Antrag auf Wiedereinführung der Monatsversammlungen wurde den Zahlabenden überwiesen.

Pankow.

Die hiesigen höheren Schulen wurden zu Beginn des zweiten Quartals von insgesamt 2201 Schülern besucht, von denen 1682 Einheimische und 519 Auswärtige waren. Sie besetzten in den drei Lehranstalten 73 Klassen mit einer Durchschnittsfrequenz von rund 30 Schülern. Auf die einzelnen Lehranstalten verteilten sie sich folgendermaßen: Das Realgymnasium (einschließlich Vorschule) besuchten 598 (411 einheimische und 187 auswärtige) Schüler. Sie waren in 22 Klassen mit einer Durchschnittsfrequenz von rund 27 untergebracht. In der Oberrealschule (einschließlich Vorschule) wurden 808 (604 einheimische und 204 auswärtige) Schüler in 25 Klassen mit einer Durchschnittsfrequenz von 32,32 unterrichtet. Am Lyzeum und Oberlyzeum (einschließlich Seminar) wurde an 795 (667 einheimische und 128 auswärtige) Schülerinnen und Seminaristinnen in 26 Klassen mit einer Durchschnittsfrequenz von 30,6 Unterricht erteilt.

Interessant ist ein Vergleich der Klassenfrequenzverhältnisse der höheren Schulen mit denen der Gemeindeschulen. Während letztere in der gleichen Berichtszeit eine Durchschnittsklassenfrequenz von 46,67 aufwiesen, betrug diese bei ersteren nur rund 30. Bei den Gemeindeschulen betrug die höchste Belegzahl einer Klasse 67, die niedrigste 14, bei den höheren Schulen 58 resp. 8. Interessant ist ferner ein Vergleich der erforderlichen Zuschüsse aus Gemeindemitteln bei den höheren Lehranstalten und den Gemeindeschulen. Bei Zugrundelegung der im Voranschlag für 1912 hierfür vorgesehenen Beträge ergibt sich, daß, während die Gemeinde für einen Gemeindeschüler an Zuschuß aus Gemeindemitteln rund 104 M. zu leisten hat, dieser für einen Schüler der höheren Lehranstalten rund 130 M. beträgt.

Reinickendorf-Ost.

Zur Gemeindevertreterersatzwahl findet heute, Sonntag vormittag in dem zur Wahl stehenden Bezirk noch eine Flugblattverbreitung statt. Gewählt wird nachmittags von 1 bis 5 Uhr in der Aula der 4. Gemeindeschule, Hoppstr. 7. Alle Stimmen vereinigen sich auf unseren Kandidaten Genossen Paul Gursch. Zur glatten Abwickelung des Wahlgeschäfts und als Legitimation dient die den Wählern vom Gemeindevorstand übersandte Legitimationskarte, die möglichst am Wahltisch vorzuzeigen ist.

Weißensee.

Konflikt zwischen Gemeindebeamten und Gemeindevertreter. In einer der letzten Gemeindevertretersitzungen glaubte Herr Gemeindevertreter Knorr (Fortsch. Fr.) sich ganz besonders hervorzutun, indem er die Wahrnehmung zum Besten gab, daß die Gemeindebeamten immer etwas verspätet zum Dienst gehen und bevor die Arbeit beginnt, erst das Frühstück eingenommen wird. Diese Ausführungen, die, allgemein ausgesprochen, nicht zutreffen, hatten unter den Beamten ziemliche Erregung hervorgerufen und wurden in ihrem Verein recht lebhaft besprochen. Ihr Unwille kam in einer Resolution zum Ausdruck, wo Herrn Knorr das Aufsichtsrecht über die Gemeindebeamten abgesprochen wurde; es wird ferner bedauert, daß ein Gemeindeverordneter die Beamten in so unfeiner Weise herabzuwürdigen versucht hat. Bei etwaigen Wiederholungen wollen die Beamten die erforderlichen Maßnahmen treffen. Für Herrn Knorr müssen diese Beschuldigungen recht unangenehm sein, denn von gegnerischer Seite wird die Tatsache konstatiert, daß die Gemeindebeamten für seine Wiederwahl im März dieses Jahres große Hilfe leisteten.

Französisch-Buchholz.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins erstattete der Bezirksleiter, Genosse Risch, den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl beträgt 90, „Vorwärts"-Leser sind 137 zu verzeichnen; öffentliche Versammlungen wurden 9 abgehalten, außerdem unternahmen die Genossen 14, teilweise von gutem Erfolg gekrönte Agitationstouren. — Bei der Gemeindevertreterwahl konnte zu Mandat erobert werden; die Kinderschutz- sowie die Jugend-

kommission haben eine eifrige Tätigkeit entfaltet. — Nach dem Kassenbericht, den Genosse Schmidt erläuterte, betrugen die Einnahmen 236,45 und die Ausgaben 207,81 M. — Die Neuwahl der Bezirksleitung hatte folgendes Ergebnis: 1. Bezirksleiter Risch, 2. Bezirksleiter Ernst Neumann; Kassirer Hartung; Schriftführer Tobel; Beisitzer und Lokalkommission Plöger; Revisor Metzkow; Jugendausschuß Schulz und Eichhorn; Bibliothekar Achterberg; Kinderschutzkommission Genossin Achterberg.

Den Bericht von der Kreiskonferenz erstattete Genosse Risch, dabei erwähnte er besonders, daß für die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen die preußische Staatszugehörigkeit nötig ist.

Lanke.

Oberförster Finsterwalder ist fuchsteufelswild darüber, daß die Inhaberin des Restaurants Schloßpark, Witwe Wetzker, ihr Lokal trotz aller Drohungen für sozialdemokratische Versammlungen freihält. Als das Lokal im Jahre 1910 freigegeben wurde, ging der Oberförster Finsterwalder in Begleitung des Gendarmen zu Frau Wetzker und erklärte ihr, wenn sie das Lokal für sozialdemokratische Versammlungen hergeben würde, dann würden die Holzauktionen in ihrem Lokal nicht mehr abgehalten, Eis würde ihr nicht mehr geliefert, die Festlichkeiten des Kriegervereins würden in ihrem Lokal nicht mehr abgehalten werden. Die Wirtin blieb fest. Sie blieb auch fest, als Finsterwalder ankündigte, es würde alles in Klumpen geschlagen, wenn Stadthagen in der in Lanke anberaumten Versammlung spräche. Die Versammlung fand statt. Finsterwalder sammelte auf dem Gutshofe die von ihm aufgerufenen „Patrioten" und „Nationalen" und rückte im Trupp mit ihnen zum Lokal. Der Trupp wurde eingelassen, der Oberförster wegen seines in Wandlitz betätigten provozierenden Verhaltens vom Besuch der Versammlung durch den Versammlungsleiter ausgeschlossen. Die Versammlung, in der von den „Nationalen" der konservative Wanderredner Döring sprach, hatte einen prächtigen Verlauf.

Herr Finsterwalder tut aber nach wie vor sein möglichstes, die Inhaberin des Schloßparks zu schädigen. Sie hatte an die Verwaltung des v. Friedländer-Fuld gepachteten Gutes sich mit der Bitte gewendet, den gegen sie durch den Oberförster veranlaßten Boykott aufzuheben, in ihrem Lokal wieder Holzauktionen stattfinden zu lassen und ihr wieder Eis zu liefern. Darauf richtete der Oberförster Finsterwalder an die gräfliche Generalverwaltung in Greiffenberg in der Uckermark die dringende Bitte, dem Gesuch der Frau Wetzker nicht stattgeben zu wollen. In dem Gesuch schildert er seine eindringlichen, vergeblichen bei der Inhaberin des Schloßparkes unternommenen Bemühungen, das Lokal den Sozialdemokraten zu sperren jammert darüber, daß er die Versammlung nicht habe betreten dürfen, und behauptet der Wahrheit zuwider, Stadthagen habe „in der bekannten Manier die Arbeiter gegen den Herrn Grafen und Herrn v. Friedländer-Fuld aufgehetzt" — Stadthagen hat keinen von den beiden erwähnt —, es sei ihm niemand gehörig entgegengetreten — Wanderredner Döring redete etwa eine Stunde lang — und so habe der böse Sozi „bewirkt, daß sich unser Arbeitsverhältnis seit dieser Zeit wesentlich verschlechtert hat". Den Beweis hierfür bringe das Ergebnis der Reichstagswahl, bei der von 109 Stimmen 55 sozialdemokratische, 52 konservative, 2 liberale abgegeben wurden. Das Gesuch der Frau Wetzker wurde jetzt abgelehnt.

Der Vorfall zeigt treffend, wie terroristischer Boykott von konservativer Seite in behördlichem Beisein angedroht und durchgesetzt wird. Unsere Genossen suchen selbstverständlich den Schloßpark trotz der beweglichen Klagen des Oberförsters nach Möglichkeit zu unterstützen.

Friedrichsfelde-Neu-Lichtenberg.

Die Kinderspiele finden am heutigen Sonntag nicht im Schloßpark, sondern auf dem Turnplatz in der Hohenlohestraße statt. Der Schloßpark ist Sonntag von der Militärverwaltung gesperrt.

Petershagen bei Fredersdorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden in die Steuervoreinschätzungskommission der Gemeindevorsteher Körper und als Stellvertreter Genosse Höfelbarth gewählt. — Die zum neuen Schulbau erforderlichen Klosettanlagen sind dem Bauunternehmer Lindholz zum Preise von 3000 M. übertragen. Einige kleinere Sachen fanden noch ihre Erledigung.

Eine gemeinsame Zusammenkunft der Gemeindevertretungen von Fredersdorf, Vollensdorf, Vogelsdorf, Petershagen und Eggersdorf fand am Freitag in Fredersdorf statt, um die von seiten Fredersdorfs gegebenen neuen Projekte für die direkte Verbindung mit der Frankfurter Chaussee bis nach Strausberg zu besprechen. Es ist jedoch nichts weiter herausgekommen, als die Wahl einer verstärkten Kommission, die dieserhalb beim Landrat vorstellig werden soll. Der Hemmschuh für die ganze Entwickelung ist und bleibt eben der Gutsbesitzer und Amtsvorsteher v. Bothe in Fredersdorf.

Mühlenbeck.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzten Sitzungen beschäftigten sich wiederholt mit der Frage der Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers. Dieser Wunsch, der vom Landrat des Kreises ausging und auch von den Beamten in den Sitzungen begründet wurde, fand bei der Mehrheit der Gemeindevertreter keine große Gegenliebe, erst als Genosse Bärsch die durch eine besoldete Anstellung sich ergebenden Vorteile für die Gemeinde erläuterte, schienen einige Herren anderer Meinung zu werden. Unser Vertreter führte bezüglich der Anstellung u. a. aus: Der Gemeindevorsteher bezieht heute von der Gemeinde 1000 M. an Entschädigung und vom Amtsbezirk 1290 M.; eine Schreibhilfe wird mit 1200 M. honoriert. Allzu groß würden demnach die Mehrausgaben für die Gemeinde nicht werden, die diese bei der besoldeten Anstellung zu leisten hätte. Den Gemeindeangehörigen würden nebenbei noch allerlei Vorteile erwachsen. — Die Mehrzahl der Gemeindevertreter war jedoch für eine besoldete Anstellung des Gemeindeoberhauptes nicht zu haben. — Unter Verschiedenem wurde der Vertreter des Landratsamts beauftragt, sich der Verbreiterung der historischen Fließbrücke anzunehmen, die nur den dritten Teil der eigentlichen Wegebreite hat.

Nowawes.

Als praktische Neuerung dürfte gewiß allgemein die seitens des Gemeindevorstandes bekanntgegebene Einrichtung eines Fischmarktes angesehen werden. Der Fischmarkt soll allwöchentlich Sonnabends nachmittags von 3 bis 6 Uhr in der Priesterstraße, und zwar in der Gegend der Einmündung der Friedrichstraße, stattfinden. Ob sich diese den vielfachen Wünschen entsprechende Einrichtung auf die Dauer halten wird, hängt natürlich nicht nur von den Käufern, sondern wohl in erster Linie von der Preisnormierung der Fischhändler ab.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche:

Berlin. Am Montag, 2. Abteilung: bei Dase, Brunnenstr. 154, abends 8½ Uhr.

Spandau. Am Mittwoch bei Peczilles, Pichelsdorfer Straße 5, abends 8 Uhr.

Mariendorf. Am Montag bei Löwenhagen, Chausseestr. 27, abends 8½ Uhr.

Nowawes. Am Montag bei Schmidt, Friedrich-, Ecke Wilhelmstraße, abends 8 Uhr.

Schöneweide. Am Montag in der Siemensstr. 12, abends 8½ Uhr.

Friedrichshagen. Am Donnerstag, Friedrichstr. 60, 2. Hof, abends 8½ Uhr.

Allgemeine Familiensterbekasse. Heute Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr im Restaurant Ackerstr. 123.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Lessing-Theater. Allabendlich: Vergnügungsreise. (Anfang 8¼ Uhr.)
Berliner Theater. Allabendlich: Große Rosinen. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Täglich: Sylvester Schäffer. I. Klasse. (Anfang 8¼ Uhr.)
Kurfürsten-Oper. Allabendlich: Der Tanzanwalt. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Theater. Allabendlich: Der liebe Augustin. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines Theater. Allabendlich: Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte. (Anfang 8½ Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Allabendlich: Das Konzert. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Allabendlich: Die keusche Susanne. (Anfang 8¼ Uhr.)
Theater in der Königgrätzer Straße. Bis auf weiteres täglich abends 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Thalia-Theater. Allabendlich: Rutschebahn. (Anfang 8 Uhr.)
Lustspielhaus. Allabendlich: Ein Königreich m. d. H. (Anfang 8¼ Uhr.)
Neues Operetten-Theater. Allabendlich: Parkettsitz Nr. 10. (Anfang 8 Uhr.)
Rose-Theater. Allabendlich: Die Tragödie einer Ehe. (Anfang 8¼ Uhr.)
Metropol-Theater. Allabendlich: Schwindelmeier u. Co. (Anfang 8 Uhr.)
Folies Caprice. Allabendlich: Parisiana-Ensemble. (Anf. 8¼ Uhr.)
Apollo-Theater. Abends täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Wintergarten. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Reichshallen-Theater. Sonntag u. Montag: Sanatorium Sonnenstich. Ab Dienstag täglich: Dresdener Viktoria-Sänger. (Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.)
Königstadt-Kasino. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Prater-Theater. O diese Berliner. (Anfang 7½ Uhr.)
Passage-Theater. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Admiralspalast. Eisballett: Yvonne. (Anfang 10 Uhr.)
Urania-Theater. Sonntag: Von Meran zum Ortler. Montag, Mittwoch und Freitag: Der Vierwaldstädter See und der St. Gotthard. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sonntag: In den Dolomiten. Montag: Ueber den Brenner nach Venedig. (Anfang 8 Uhr.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9½ Uhr abends — Sonnabends von 4½—6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Fahrstuhl) statt.

F. G. Zentralverband der Handlungsgehilfen, jetzt C. 25 Münzstraße 20 II, früher Neue Königstr. 36. — **A. B. 1912.** Der Anspruch auf Erstattung der Gerichtskosten verjährt in vier Jahren. Die Frist beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Kosten fällig werden. — **F. M. Schöneweide.** Die Kasse ist zur Zahlung derartiger Kosten nicht verpflichtet. Vielleicht wenden Sie sich mal an den Vorstand. Die Lohnbeschlagnahme konnte erfolgen. — **Paul.** Es kommt darauf an, wem ein größeres Verschulden trifft. Ihr Vater muß sich an die Gesellschaft wenden und seinen Schaden geltend machen. — **Bothe.** Sie müssen auf Herausgabe der Bilder klagen. — **M. M. Tempelhof.** Bis zum 16. Lebensjahr des Kindes. Sie können das Kind nicht verlangen. — **A. S. 20.** Nur, sofern die Steuern nicht länger als drei Monate fällig sind. Event. müssen Sie sich an das zuständige Amtsgericht wenden. — **W. Rostock.** Uns ist der Erlaß ebenfalls nicht bekannt. — **O., Carmen-Sylvastraße.** Nein. — **B. G.** Bis zu 60 Meter Tiefe. Zurzeit ist es unmöglich, darüber hinauszugehen. — **O. B. 12.** 100 Prozent. — **G. 110.** Diese Fragen lassen sich nicht mit Ja oder Nein erledigen. Dazu würden geologische Abhandlungen notwendig sein, deren Umfang weit über den Rahmen des Briefkastens hinausgehen würde. Am besten informieren Sie sich in der einschlägigen Fachliteratur, die in jeder größeren Bibliothek ausgeliehen wird. — **G. P.** Wenn Sie Abonnent des „Vorwärts" sind, so müssen Sie die Antwort auf dieses reichsverbändlerische Machwerk schon vor einigen Wochen in unserem Blatte gelesen haben. — **P. R. 32.** Kommt wohl hauptsächlich darauf an, wieweit man sich in dieser Nachbarschaft wohlfühlt, also persönliche Angelegenheit.

Oeltur. Fragen hygienischer Natur müssen wir ablehnen. Wenden Sie sich an einen Arzt. — **W. L. 103.** Für 1. und 2. fragen Sie in einem guten Drogengeschäft nach. 3. und 4. Ein Klavier, dessen Saiten senkrecht gestellt sind. — **Max 33.** 1. Wenden Sie sich zunächst an den Rektor Ihres Bezirks. 2. Fragen Sie den Aussteller des Rezeptes. Wir mischen uns aus guten Gründen nicht ein. — **H. K. 200.** Auskunft erhalten Sie auf dem Polizeipräsidium, Alexanderplatz. — **R. R.** Nein. — **P. O.** Ja. — **A. B. 99.** 1. Ueber die Berufung muß verhandelt werden. 2. Nein. 3. Der Angeklagte. — **W. 111.** Ja. — **A. W. 15.** War das Mädchen verlobt? Dann muß sie die Geschenke zurückgeben. Wenn nicht, braucht sie dies nur zu tun, wenn sie sich dem Beschenkten gegenüber oder eines nahen Angehörigen des groben Undanks schuldig macht. Ev. muß auf Herausgabe geklagt werden. — **H. F. 25.** Vorläufig sind Sie an den Vertrag gebunden. — **H. 75.** 1. Für einen Monat wird die Steuer nicht erhoben, vorausgesetzt, daß Sie nicht mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt sind. 2. Nachdem Sie Aufforderung zur Zahlung erhalten haben, ev. auch gleich nach der Uebung. — **G. K. 23.** Nein. — **H. 18.** Das ist keine Hypothek, sondern nur eine Vormerkung. Zinsen verjähren in vier Jahren; die Verjährungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, wo die Zinsen entstanden sind. Sie können also die Zinsen von 1908 ab einklagen. Die Prozeßkosten brauchen Sie nicht besonders einzuklagen, sondern nur die Kosten durch Ihren Anwalt bei Gericht festsetzen lassen. Die Forderung verjährt in 30 Jahren. — **Schönholz 5.** Wenn das Schulmaterial Ihrem Sohn geschenkt war, kann die Firma nur das Geschenkte zurückfordern, wenn Ihr Sohn sich der Firma gegenüber des groben Undanks schuldig gemacht hat, hat die Firma den Betrag nur verauslagt, kann sie ihn fordern. — **J. N. 700.** Das alte Mietverhältnis mit dem neuen Besitzer bleibt bestehen. —

Marktbericht von Berlin am 12. Juli 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—5,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Aale 1,20—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,80. Barsche 0,70—2,40. Schleie 1,20—3,20. Viele 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—40,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 7. cm	seit 11. 7. cm¹)	Wasserstand	am 12. 7. cm	seit 11. 7. cm¹)
Memel, Tilsit	100	—2	Saale, Grochlitz	56	—2
Pregel, Insterburg	—49	0	Havel, Spandau²)	34	—4
Weichsel, Thorn	42	+2	„ Ratenow²)	10	—19
Oder, Ratibor	108	—10	Spree, Spremberg²)	80	—2
„ Krossen	90	—4	„ Beeskow	73	+1
„ Frankfurt	102	—2	Weser, Münden	105	—5
Warthe, Schrimm	—16	—4	„ Minden	186	+2
„ Landsberg	—27	—2	Rhein, Maximiliansau	512	—3
Netze, Vordamm	—20	—2	„ Kaub	278	—3
Elbe, Leitmeritz	—32	+10	„ Köln	262	+3
„ Dresden	—157	—14	Neckar, Heilbronn	58	—12
„ Barby	112	—9	Main, Hanau	108	—6
„ Magdeburg	99	—8	Mosel, Trier	16	+1

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Witterungsübersicht vom 13. Juli 1912.

Stationen	Barometer 0 mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0 m	Stationen	Barometer 0 mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0 m
Swinemünde	768	ONO	2	wolkenl	19	Haparanda	771	SW	2	wolkenl	18
Hamburg	765	SSO	3	wolkenl	22	Petersburg	771	ONO	1	wolkenl	15
Berlin	767	SO	1	halb bd.	22	Scilly	764	NW	3	wolkig	14
Frankf. a. M.	764	NO	1	wolkenl	21	Aberdeen	762	NW	2	bedeckt	14
München	765	O	1	wolkenl	18	Paris	761	N	2	wolkenl	20
Wien	765	NO	1	wolkenl	20						

Wetterprognose für Sonntag, den 14. Juli 1912.

Zunächst vorwiegend heiter, trocken und sehr warm bei ziemlich lebhaften südöstlichen Winden; später zunehmende Bewölkung, Gewitterneigung und etwas Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

Eiweiß-Nährschokolade — Für Blut, Kraft, Nerven

Riba Schokolade Sarotti Riba Kakao

Für Gesunde und Kranke — Eiweiß-Nährkakao

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 30—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12885*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntags geöffnet. *

Klappsportwagen, Kinderbettstelle. Joachim, Frankfurter Allee 128 III.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 17648*

Schönhauser Allee 114 (Ringbahnhof). Pfandleihhaus. Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettenverkauf, Freischwinger, Taschenuhren, Goldwaren, Monatsgarderobe, Gardinenverkauf, Plüschportieren, Steppdeckenlager. Spottpreise! 10188*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Betten, Stand 9,—, Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

Afrana-Haus. Beste Afrana-Nähmaschinen für Industrie und Hausbedarf. Preise billig. Abzahlung günstige Bedingungen, weitgehende Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung.

Abessinierpumpe 6,75, Sauger 2,50, Rohre, Flügelpumpen, Gartenspritzen, gebrauchte Gummischläuche, Meter 0,50. Pumpenfabrik Schroeder, Hochstraße 43.

Steppdecken! Prachtvolle Simili-seide: 3,85, 4,85, 6,00 bis 15,00, Tüllbettdecken 2,50. Wolff Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbuserthor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9,—, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße.

Zinkwaschkäsper, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Damenhemden mit gestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 3,95, Bettlaken 1,25, drei Handtücher 0,70, zehn Meter Hemdentuch 3,00, hochelegante einzelne Mustersachen, passend zu Ausstattungen bis zur Hälfte des Wertes. Mittwoch Stoffrestverkauf. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz.

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Aufgabehalber Belgier Riesenkaninchen, alte und junge, verkauft billig Weißensee, Charlottenburgerstraße 109. 24555

Sohlleder, Schäfte, Leisten. Kühl, Schöneberg, Bahnstraße 43. †12

Hemdentuch, 10 Meter 3,50—8,50, Bezüge, Inlette, Bettfedern, Stickereien, Tischwäsche. Damenwäsche Fabrikpreise! Wäschefabrik Langen u. Co., Zimmerstraße 49 (Hof), nahe Jerusalemerstraße. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots Ulster, Gummimäntel, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Hosen spottbillig Rosenthalerstraße 48, eine Treppe. 110/12

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 17868*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 65.

Nähmaschinen, gecinge Anzahlung und Ratenzahlung. Magner, Wienerstraße 67. †68

Seifenkonserven, prima Vorschläger, billigst. Müller, O., Stralauerstraße 29. 24545

Lieferwagen und alte Sorten Räder Palisadenstraße 101. 24645

Klappsportwagen, herrschaftlich, nagelneu, spottbillig. Exerzierstr. 21b, II links, Ingenieur. †49

Kleine Hobelbank, Roseld, Rostockerstraße 33. †78

Sargmagazin Stephanstraße 55. Große Särge 25,00. 1

Teilzahlung Woche 0,50 an. Möbel, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bilder, liefert Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbuserthor. Möbelkunden 5 Mark Vergütung. Besuch oder Postkarte. Sonntags 8—10 geöffnet. 17638*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärts-leser. Teppiche, Fabrikfehler, jetzt fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.25 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Künstlergardinen, Garnitur 3.85, 4.75, 5.95, 6.65 usw.

Leinen, Tischportieren, Garnitur 2.65, 3.65, 4.95, 5.50, 6.75, 7.85 usw.

Plüschportieren, 5.65, 6.75, 7.85, 9.85 bis 30 Mark. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Steppdecken, Purpur 2.85, 3,75, 4.25, Simili, Seide 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75, 11.50.

Schlafdecken 0.95, 1.25, 1.65, 2.25, 2.85 bis 35 Mark.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75 usw.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern, in allen Farben, unglaublich unter Preis.

Diwandecken 3.75, 4.50, 5.45, 6.85, 8.50 bis 30 Mark.

Möbelstoff, Läufer, Linoleumreste fabelhaft billig. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1751R*

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1. Telephon Amt 6, 15687, bietet stets Gelegenheitskäufe in verpfändet gewesenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remontoire-Uhren, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Pianinos, Fahrräder, Freischwinger 10 Mark an. Richard Eichelmann. 200R

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldschatz. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rixdorf, Kaiserstraße 10.

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stoflager, Paletot, Anzug 40 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

Geschäftsverkäufe.

Gutgehende Restauration zu verkaufen. Schmidt, Ritterstraße 47. *

Lokal wegen Krankheit der Frau zu verkaufen, Mariannenplatz 12. *

Zigarrengeschäft wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Baumschulenweg, Baumschulenstraße 68. Vermittler verbeten. 1787R

Zigarrengeschäft, beste Lage Moabits (Fahrstelle) anderer Unternehmungen wegen billig verkäuflich. Postlagerkarte 616 Postamt 21.

Restaurant, sichere Existenz, 30 bis 38 Halbe, zu verkaufen. Muskauerstraße 9, Schulz. †69

Eckdestillation, gute, verkäuflich. Adalbertstraße 33. †150

Restauration wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Swinemünderstraße 20. †21

Restaurant, gutgehend, billig verkäuflich. Auskunft Danzigerstr. 67, Plattladen. 2452b

Holzhandlung, kleine, billig zu verkaufen. Näheres bei Woll, Alte Jakobstraße 69. †39

Putzgeschäft, altes, reelles, flottes Geschäft, ist sofort oder später sortimentshalber sehr billig verkäuflich. Offerten M. P. 6921 „Morgenpost“, Kochstraße. 2450b

Restaurant, nachweislich gutgehend, unter günstigen Bedingungen verkäuflich. Auskunft Bastianstraße, „Vorwärts“-Spedition. †49

Altes Restaurant, 5 Jahre einer Hand, Straßenbahn-Haltestelle, wegen Kurzarbeit, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 51. †49

Restaurant, nachweislich gut, für Metallarbeiter passend, unter günstigen Bedingungen verkäuflich. Auskunft „Vorwärts“-Spedition, Bastianstraße.

Zigarrengeschäft, 8 Jahre bestehend, sofort billig zu verkaufen, Tegel, Brunowstraße 39. 2475b

Räucherwaren-Geschäft, gutgehend, gute Lage, krankheitshalber preiswert verkäuflich Putlitzstraße 21.

Tischlerei sogleich mit 10 Bänken, für Bau und Möbel eingerichtet, unter günstigen Verhältnissen verkäuflich, gute Aufträge vorhanden (Handbetrieb). Offerten unter D. 2, Haupt-Expedition des „Vorwärts“.

Möbel.

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung. Kassenpreis, geringe Anzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten unter „Tischlermeister“, Postamt 90 249/16*

Bis 15. August. Wegen Umbau und Vergrößerung meiner Fabriklager gelangen mehrere 100 Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen zu ganz besonders herabgesetzten Preisen zum Sonderverkauf. Allergünstigste Kaufgelegenheit. Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Bezirkreiser. Sonntags von 8—10 geöffnet. 1559R*

Rehfeld, Badstraße 49. Wohnungseinrichtungen 165,— an, auch außerhalb. *

Rehfeld, Badstraße 49. Umbau, Plüschsofas 45,—. *

Rehfeld, Badstraße 49, englische Bettstellen, Matratze 39,—, gebrauchte 12,—, 15,—, 18,— usw. *

Rehfeld, Badstraße 49, Kleiderschränke 25,—, gebrauchte, große Auswahl. 2821R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessnerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Kleiderspind, Vertiko 20,—, Bettstelle 12,—, Ausziehtische 7,—, Umbauten, Sofas, Küchen, Büfetts 60,—, Schreibtische 22,—, Garnituren 65,—. Zurückgesetzte, verstellen gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung. Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1685R*

Möbel-Gelegenheitskäufe aus Versteigerungen, Auflösungen, nur neue gediegene Möbel. Enorm große Auswahl in bürgerlichen Ein- bis Drei-Zimmereinrichtungen, ganz bedeutend unter regulärem Preise. Für Brautleute bedeutende Ersparnis. Gleichfalls größte Auswahl in Ergänzungsmöbeln, Büfetts, Standuhren 70,—, Schreibtische 45,—, Sofas 40,—, Garnituren 85,—, Trumeau 33,—, Bettstellen 25,—, Teppiche, Bilder, Klubsessel, Ledersofas, Kronen, Piano usw. Hans Lennert, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 1604R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-Leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbelhaus Andreasplatz. Brautleute, Möbelsuchende kaufen jetzt bedeutend billiger, enorm riesige Auswahl. Besichtigung lohnend. Andreasstraße 25, neben Meyner. 1773R*

In unseren Speicherräumen Massen lagernder Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtung, Einzel-Möbel, gelangen zum spottbilligen Verkauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit versäumen. Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg und Brückenstraße 6 (Zannowitzbrücke), Laden. 2434b*

Nußbaumwirtschaft, moderne Stuben und bildschöne Kücheneinrichtung, noch neu, spottbillig verkäuflich. Bauer, Waßmannstraße 13, eine Treppe. Auch Sonntags. 109/7*

Metallbetten, zwei, modern, Plüschteppich spottbillig verkäuflich Jessnerstr. 10, Hutgeschäft. 109/1*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—, Kleiderauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Sofa, Bettstellen mit Matratzen billig. Becker, Königsgrätzerstraße 78.

Komplette englische Wohnungseinrichtung, alles noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Rosenthalerstraße 57, vorne III rechts. 110/2

Verkaufe schleunigst privatim Plüschsofa 30,00, Nußbaumschrank, Spiegelvertiko 26,00, Säulentrumeau, Englischbetten 33,00, Regulator 6,00, Stühle 1,25, Küche, Brautleuten Gelegenheit, auch Sonntag. Neue Königstraße 79 II. 226/2

Nußbaumwirtschaft, Stube, Kücheneinrichtung, komplett 200,00, Alte Schönhauserstraße 58, II links.

600 komplette Zimmer, welche 50 Prozent ermäßigt. Für Brautpaare Kleiderschränke, Sofas, Umbaue, Mahagonibüfetts, Schreibtische, Bettstellen, Kommoden, Trumeaus, Schlafzimmer, hübsche Küchen. Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle, auch Grünerweg 85, Dwinatzki. *

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Pianinos modernster Konstruktion, jeder Holz- und Stilart, in jeder Preislage, große Auswahl, Zahlung nach Wunsch. Ferdinand Manthey, Potsdamerstraße 27B, vorn I. 1631R*

Pianino, hohes, goldgraviert 110,00 (Teilzahlung). Zander, Turmstr. 9.

Pianino, 265,00, kreuzsaitig, schnellstens. Pechmann, Neukölln, Julusstraße 59. †29*

Nußbaumpianino guterhalten, Tonfülle, umständehalber 160,—. Konetzny, Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 226/4

Prachtgrammophon verkauft Drews, Schliemannstraße 19. 109/26

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Oelgemälde 2,00 verkäuflich. Piechozki, Warschauerstraße 84.

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Adlerherrenrad, Glockenlager 25,00, Damenfahrrad sofort. Schrader, Weberstraße 42. 108/14*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 57. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Adlerfahrrad 30,00, Freilauffahrrad. Kraus, Andreasstraße 54.

Herrenfahrrad, besseres, 30,00, sowie Damenfahrrad. Frau Brandt, Große Frankfurterstraße 121. 110/15

Herrenfahrrad, gutes, 30,00, fast nagelneues Freilaufrad, billigst, Garantieschein. Grosser, Frankfurter Allee 104. 110/14

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, schönes, modernes, spottbillig. Kämmerelt, Große Frankfurterstr. 14, Hof. 110/7

Fahrrad, Wandschrank, Matratze verkauft Meisner, Schönleinstraße 18.

Gelbfelgenrad, billig, muß verkaufen. Wolff, Thaerstr. 44. 2460b

Damenfahrrad billig, verkauft Frau Kraus, Andreasstr. 54. 110/6

Kaufgesuche.

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Groh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 1659R*

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Nieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Platinabfälle, Gramm 3,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahle für Brockhaus Meyers Lexikon, Meyers Klassiker, Brehms Tierleben ich Ankauf die höchsten Preise, Leihhaus Elsasserstraße 45/46, Norden 2750. 1688R

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaufe, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Zinn, Quecksilber, Blattgold, Goldwatten, Kupfer, Messing höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 1716R*

Frauenhaar, ausgekämmtes, kauft Holland, Amsterdamerstraße 8. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 225/19*

Futterreste kauft Loewinsohn, Gollnowstraße 36. 108/12*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor“, Hollmannstraße 30. *

Kaufe Kupfer, Kilogramm 1,15, Messing 76, Blei 22, Zinn 2,25, Quecksilber 2,25. Schermer, Rüdersdorferstraße 21. †39

Platina, Gold, Silber, Brillanten kauft höchstzahlend jeden Posten Schmelzerei Elsasserstraße 9a, Goldladen, parterre. 2473b

Unterricht.

Gratis-Unterricht in Stenographie und Maschinenschreiben wird Damen und Herren erteilt gegen Erstattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres melden. Nach Ausbildung kostenlose Stellenvermittelung. „Regina“-Maschinenschreibschule, Charlottenstraße 6. *

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Königl. Regierungs-Baumeister Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Technikerkurse, Ingenieurkurse, Polierkurse, Innungsmeisterkurse. Abendkurse, Tageskurse.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Polytechnisches Gewerbe-Institut, Inhaber Ludwig Barth, Ingenieur, Berlin, Chausseestraße 1. Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenkonstruktion. Ausbildung von Ingenieuren, Technikern, Maschinen- und Werkmeistern, Monteuren, Elektromonteuren, Ingenieur- und Maschinisten-Anwärter der Marine. Kurze Studienzeit, Tages- und Abendkurse, Schülerzahl über 400, beste Referenzen, Prospekte gratis. *

Damenfrisieren. Brunnenstr. 184, Rosentaler Tor, Frau Elger, langjährige Friseurlehrerin. Fachgemäße, gründliche Ausbildung modernster Frisuren (nachweislich), Nagelpflege, Schönheitspflege.

Schreibmaschine-, Stenographieunterricht. 4,— Mark. Fiedler, Königsbergerstraße 34, IV. 110/13

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 1026R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Kunststopferei von Frau Kokoschka Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Mittagstisch 60 Pfennig mit Bier, gute Hausmannskost, nur 56, Zimmerstraße 56. 2417b*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Gehrockanzüge verleiht, auch Frackanzüge, Smokinganzüge Landsbergerstraße 91a, eine Treppe. *

Pfandleihe Heinersdorferstraße 13, Ecke Greifswalderstraße. 106/17*

Handwäscherei. Große Stücke, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Dienstags, Mittwochs. Friedrich Gewzler, Köpenick, Müggelheimerstraße 18. 1788R

Dampfwäscherei Gustav Brauns, Neue Königstraße 87, liefert tadellose Wäsche. Drei Handtücher 0,10, Laken 0,10, Bezüge 0,15. Kein Vertauschen. Abholung täglich. 2449b

Aufpolsterung, Matratzen 4,00, Sofa 5,00, im — außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 110/11

Abendtisch (Wiener Küche) 70 Pf. Neukölln, Rogatstraße 33, III. Meyer.

Lewandowsky-Sänger, Dultzowstraße 105. †78

Vermietungen.

Geschäftskeller, für jedes Geschäft passend (Laden, Stube, Kammer, Küche nebst Zubehör und Stall), monatlich 40 Mark, ist zu vermieten Stallschreiberstraße 53. 2467b

Restauration im Betrieb befindlich, mit anschließender Wohnung auf größerem Fabrikgrundstück, ist sofort zu vermieten Boppstr. 10, direkt am Kottbuserdamm. 110/8

Eine Werkstatt zu vermieten Oranienstraße 2a. †67*

Zigarrenladen mit schöner Einrichtung, großer Verkehr, billig vermietbar Linienstraße 35, Schönhauser Tor. 2451b

Wohnungen.

Schöne Wohnungen im Vorder- und Hinterhause mit Gas zum 1. Oktober zu vermieten, Buttmannstraße 15 beim Wirt. 1695R*

Stube und Küche sofort oder 1. Oktober zu vermieten, Oranienstraße 2a. †67*

Spottbillige, geräumige, kleine Wohnungen Steglitz, Herderstraße 5.

Billige Hofwohnungen Am Schlesischen Bahnhof 3. 2412b*

Soldinerstraße 41. Vermiete neurenovierte, gesunde Wohnungen, 1 Stube und Küche, per sofort oder 1. Oktober, monatlich 19 Mark an. Dauermieter vergüte Umzug. 2355b*

Gartenhauswohnungen, zwei, ein Zimmer, Bad, Loggia, sofort, auch später. Greifswalderstraße 206. *

Vorder- und Hinterwohnungen, zwei, ein Zimmer, Zubehör. Sonnenburgerstraße 27. 2358b*

Stube, Küche, sofort. Vorderwohnungen, zweizimmerig, Balkon. Soldinerstraße 16. 2359b*

Zwei-Stubenwohnung mit Bad und Kammer zum 1. Oktober zu vermieten, Miete 39 Mark, Charlottenburg, Rosinenstraße 2, Gartenhaus II rechts.

Zwei Zimmer, Bad, Balkon, Kammer 31 Mark, Laden mit Zweizimmer-Wohnung, Atelier. Marienfelde, Kurfürstenstraße 16. 110/5

Neukölln, Bahnhof Hermannstraße, Knesebeckstraße 67, eine Stube, Küche und Zubehör 18,50. †3

Partere-Wohnung, drei Zimmer, Küche, Korridor, sauber gemacht, passend für jedes Gewerbe. Preis 37 Mark. Chorinerstraße 28, Wirt.

Landhaus sofort oder 1. Oktober: Stube, Küche, zwei Kammern, Garten. Mahlsdorf-Süd, Steinstr 31, Bahnhof Köpenick. 2457b

Reinickendorf-West. Sehr billige Wohnung, 2 Stuben 20,—, 1 Stube 16 Mark, Auguste-Viktoria-Allee 21.

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer zu vermieten Marheinekeplatz 10 III, bei Schumann. 2276b

Freundlich möbliertes Zimmer vermietet sofort Hille, Kaiser Friedrichstraße 240, Hermannplatz. †29

Möbliertes Zimmer für Herren oder Damen. Angermann, Ackerstraße 28, Portal II, 4 Treppen. †16

Freundlich möbliertes Zimmer vermietet Kühn, Liegnitzerstraße 17, vorn II. 110/3

Zwei Herren, freundliches, großes Vorderzimmer. Luckauerstraße 3, vorn 4 Treppen links (Moritzplatz). †120

Möbliertes Einzimmer für zwei Herren. Stumpe, Oranienstraße 185.

Freundlich möbliertes, zweifenstriges Vorderzimmer. Götze, Lübbenerstraße 28 I. †69

Kleines möbliertes Zimmer für Herrn. Bärwaldstraße 40, Hof partere. Tietze. †46

Gut möbliertes Balkonzimmer gegenüber Park. Bärwaldstraße 54, II links, Stephan. †46

Alleiniges Zimmer vermietet Frau Stahn, Soldinerstr. 41. †49

Möbliertes Zimmer, 1 Herrn mit Kaffee, 16 M. Krulick, Manteuffelstraße 95 II, v. †69

Möbliertes Zimmer für zwei Herren. Tesch, Chausseestraße 22.

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, zu vermieten. Schade, Naunynstraße 4, v. I.

Gewerkschafts-Sekretär.

Für das Gewerkschaftskartell **Krefeld** wird zum sofortigen Antritt ein **Sekretär gesucht.** Derselbe muß rednerisch und schriftstellerisch befähigt sein und genaue Kenntnis des Partei- und Gewerkschaftslebens besitzen. Es wird auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert. Selbstgeschriebene Offerten mit Lebenslauf sind unter der Aufschrift „Tüchtig“ bis spätestens 25. Juli an **Karl Kuhwald,** Breitestr. 59 zu richten. 203/9*

Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstraße 82. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Neul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. F. Trapp, Bastianstr. 6. Karl Mars, Greifenhagener Str. 27. J. Hönisch, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. Taehn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. F. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engeluser 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 18, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Selenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gehrt, Britzer Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillert, König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Schlafstellen.

Bessere Schlafstelle vermietet Neukölln, Mansenstraße 22, vorn III. †29

Schlafstelle, Bad und Zentralheizung, Woche 4 Mark, Neukölln, Weichselstraße 8, Aufgang 16, Baltz.

Saubere Schlafstelle vermietet Klockow, Schöneberg, Prinz-Georgstraße 7. †12

Saubere Schlafstelle sofort Herrn, 12,00, Lortzingstraße 35, vorn IV, rechts. †21

Möblierte Schlafstelle bei Kühne, Brunnenstraße 116. †21

Möblierte Schlafstelle, 2 Personen, Flureingang, Reichenbergerstr. 142 I.

Möblierte Schlafstelle vermietet Felix, Schererstraße 6. †86

Freundliche Schlafstelle vermietet Baumann, Antonstr. 3, vorn I. †86

Allein-Schlafstelle bei Schuft, Breslauerstraße 11. †39

Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, 6,00. Klotz, Weißenburgerstraße 59.

Möblierte Schlafstelle, allein, zum 15. oder 1. August vermietet Dueda, Grünthalerstraße 26, Quergebäude I. †49

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Handke, Kottbuserstraße 26.

Schlafstelle, allein, 8 Mark, Landsberger Allee 128, vorn IV rechts. †57

Schlafstelle sofort oder später. Kleinert, Yorkstraße 44, 3. Aufgang III. 2468b

Alleinige Schlafstelle. Schuster, Kopernikusstraße 33, Quergebäude I.

Saubere Schlafstelle vermietet Frau Schreiber, Wisnackerstraße 20, Hof parterre. 2474b

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer (allein) sucht Herr. Preisangabe erbittet Leschper, Wienerstr. 18 IV. 2458b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtige Zeitungsfrau für Mahlsdorf gesucht. Näheres Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17, Heßberg. *

Heizungsmonteur nach Rumänien gesucht, möglichst unverheiratet. Firma Leirich u. Co., Nachfolger C. Weinlich, Bukarest, bei gutem Lohn und Akkord, Stellung dauernd. Offerten unter K. M. 21, Berlin, Postamt 68, Lindenstraße. 2443b*

Marmorschleifer, Buntmarmor, verlangt Bergmannstraße 69. †46

Revolverdreher verlangt Herrmanns Maschinenfabrik, Grünerweg 117. 2466b

Pylaks-, Backenmäherin, außerm Hause sofort Flöter Fauchert, Kopenhagenerstraße 75. †102

Mamelks auf Damenpaletots sucht Eliert, Schöneberg, Gustav-Müllerstraße 46. †13

Pleureusenknüpfen vergibt, gute Arbeit, höchster Verdienst, Heimarbeit, anlernen. Müllerstraße 178, nur Seitenflügel parterre. 110/10

Damenhosen-Näherinnen, weiß, Petschat, Gleimstraße 1. †144

Maurer, 45 Pfg., 11stündige Arbeitszeit, sofort gesucht.
Vorherige Meldung an **Karl Welthe,** Zimmermeister, **Putlitz.**

Bureaugehilfin,
perfekte Stenotypistin, für **sofort** gesucht. Offerten unter **E. 2** an die Hauptexpedition des Blattes. 293/11

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für Hartgummi-Arbeiter die Firma Matthaey, Schlesische Straße 32.
Erzgebirgische Holzindustrie in Brand, Filiale Dessauer Str. 36
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes“.
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Maler, Lackierer, Anstreicher!

Die landwirtschaftliche Maschinenfabrik von Bekert, Frankfurter Allee, beharrt bei den gemachten Abzügen.

Der Streik dauert deshalb fort!

Alle Arbeitsangebote der Firma sind unbedingt zurückzuweisen. 129/16
Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
Filiale Berlin.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt folgender Prospekt bei:
Für den Norden u. Osten: Max Laserstein, Kaufhaus Berlin N., Wörther Str. 29.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.